Wirksamer Grenzschutz ist möglich Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 45 – 6. November 2015
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Läuft Gefahr, seine Glaubwürdigkeit zu verlieren: CSU-Chef Horst Seehofer

Bild: pa

Blufft Seehofer bloß?

»Positionspapier« von CDU und CSU enthält keine Lösung zur Asylflut

Die Politik will weiterhin nichts Ernsthaftes unternehmen, um den Zustrom zu bremsen. Stattdessen verschlimmert sie das Problem.

CSU-Chef Seehofer läuft akut Gefahr, seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Seit Monaten übt er sich in scharfer Kritik an der Politik der uferlosen Zuwanderung. Er ließ streuen, dass er die CSU-Minister aus Merkels Kabinett abziehen könnte – das wäre der offene Bruch der Gemeinschaft von CDU und CSU. Zuletzt stellte Seehofer der CDU-Chefin gar ein Ultimatum bis vergangenen Sonntag.

Das Ultimatum verstrich mit einem denkbar dünnen Ergebnis, die CSU-Minister sind dennoch geblieben. Selbst eine komplette Umsetzung des „Positionspapiers“ von CDU und CSU würde am Massenzustrom nichts ändern. Die grenznahe Kontrolle in „Transitzonen“ ist lediglich für einen Bruchteil der Hereinströmenden vorgesehen, etwa für Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ wie den Balkanstaaten oder für bereits abgelehnte Asylbewerber. Die große Masse käme weiterhin ungebremst herein, SPD-Chef Gabriel lästert von nur „2,4 Prozent“, welche in den Zonen überprüft würden.

Der Familiennachzug, der pro Asylant im Schnitt weitere vier bis acht Personen ins Land führen könnte, soll laut Unionspapier bei Geduldeten lediglich auf Eis gelegt werden. Außerdem strebe man „Rückführungsabkommen“ mit Staaten wie Afghanistan oder Bangladesch an.

> »Transitzonen« träfen nur einen Bruchteil der Asylbewerber

Das ist, wie die übrigen Vorschläge, völlig unzureichend, um die Asylflut merklich aufzuhalten. Es hat den Anschein, als solle bloß Aktivität vorgetäuscht werden, um die schwindende Wählerschaft wieder einzufangen.

Das aber dürfte schiefgehen. Die Massenzuwanderung kann – im Unterschied zu anderen Problemen – nicht einfach durch Formelkompromisse und die Mithilfe geneigter Medien weggeredet werden, bis die Deutschen ihren Unmut wieder vergessen haben. Denn der Zustrom erreicht nach und nach jedes Dorf, jede Haustür auf ganz plastische Weise. Da reichen keine Worthülsen mehr, da sind Taten gefordert.

Das scheinen die etablierten Parteien und ihre Repräsentanten noch immer nicht begriffen zu haben. Sie verharren in ihren parteipolitischen Ritualen und propagandistischen Tricks.

Damit aber bleibt das Problem nicht nur ungelöst, es wird zusätzlich verschärft. Denn obwohl sie Wirkungsvolles gar nicht ernsthaft ins Auge fassen, erzeugen Merkel, Seehofer und Gabriel mit ihren Schaufensterreden in den Herkunftsländern Torschlusspanik. Aus Furcht, bald nicht mehr so leicht nach Deutschland zu gelangen, machen sich noch mehr Menschen auf den Weg; die wachsenden Zahlen belegen es. Um diesen Trend zu stoppen, müsste eine rasche Lösung her, statt, wie von Merkel angekündigt, „immer weiter zu verhandeln“.

So steuert die Politik das Land immer schneller in Richtung Chaos. In Seehofers Bayern werden die Menschen das als erste zu spüren bekommen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Polit-Folklore

Was wir gerade in der Auseinandersetzung um die Asylantenflut erleben, beweist die ungebrochene Gültigkeit von „Godwins Gesetz“ aus dem Jahre 1990: „Mit zunehmender Länge einer Diskussion nähert sich die Wahrscheinlichkeit für einen Vergleich mit den Nazis oder Hitler dem Wert Eins an.“ Kein Wunder also, dass auch Pegida-Chef Lutz Bachmann sich irgendwann zu einer solchen Entgleisung hat hinreißen lassen und über Justizminister Heiko Maas gesagt hat, dieser sei „einer der schlimmsten geistigen Brandstifter seit Goebbels“. Angesichts der schrillen öffentlichen Empörung könnte man annehmen, Bachmann sei der erste gewesen, der in dieser Diskussion den Tabubruch begangen hat. Doch dafür hätte er vor Georg Restle, dem Leiter des ARD-Politmagazins „Monitor“, aufstehen müssen. Restle hatte sich nämlich auf der Internetseite des zwangsabgabenfinanzierten Staatssenders WDR über den AfD-Politiker Björn Höcke ausgelassen. Dort ist unter der Überschrift „Höckes Reden – Goebbels' Sound“ vom „Goebbels-Tremolo“ in den Höcke-Reden zu lesen und davon, dass der Geschichtslehrer Höcke genau wisse, wen er imitiere. Empörung? Keine!

Bachmann und Restle befinden sich in guter Gesellschaft. Konrad Adenauer attackierte mit einem Goebbels-Vergleich Kurt Schumacher, Herbert Wehner Franz Josef Strauß, dieser wiederum linke Demonstranten, Willy Brandt und Hans-Joachim Kuhlenkampff Heiner Geißler, obwohl Letzterer eigentlich Edmund Stoiber meinte, und Helmut Kohl Michail Gorbatschow. Der Nazi-Vergleich ist eben längst zur „Folklore in der Politik“ geworden, wie die französische Sprachwissenschaftlerin Marie-Hélène Pérennec meint.

»Schon ganz nah dran am Dritten Reich«

Pastor kritisiert gesellschaftliche Ausgrenzung wegen asylkritischer Predigt – Auch in Österreich droht Verfolgung

Weil der Pastor der Evangelischen Freikirche im oberschwäbischen Riedlingen die Asylpolitik der Bundesregierung mit deutlichen Worten kritisiert hat, soll er zum Schweigen gebracht werden. In einer Predigt hatte Jakob Tscharntke gefordert, ein Christ müsse „mit dem Thema Flüchtlinge wahrhaftig umgehen“, und anschließend erläutert, dass die meisten Menschen, die aus Syrien nach Deutschland kommen, keine Kriegsflüchtlinge seien, weil sie in syrischen und türkischen Lagern sicher aufgehoben seinen. Deswegen sei es nicht wahrhaftig von der Regierung, ihre Politik mit dem Asylrecht dieser Menschen als Kriegsflüchtlinge zu rechtfertigen. Das, was Deutschland in diesen Tagen erlebe, sei „erst der Schneeball“. Die Lawine komme erst noch, wenn nicht schnellsten energisch eingegriffen werde.

Weiter sagte er: „Unsere Kanzlerin zwingt unserem Volk einen Weg auf, den der größte Teil unseres Volkes von Anfang an nicht wollte.“ Merkel wolle ein anderes Deutschland. „Und da dürfte sie nicht die einzige sein, die das will. Merkel allein hat nicht die Macht, das alles zu inszenieren. Hinter Merkel stehen sicher andere, weit mächtigere Kräfte. Was wollen die? Ich befürchte, dass diese Kräfte unser Volk in bürgerkriegsähnliche Zustände steuern wollen.“

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Tscharntke wegen Volksverhetzung, der Bund Evangelischer Freikirchlicher Gemeinden hat sich von ihm distanziert und der Bürgermeister hat entschieden, dass er nicht mehr in den Kirchlichen Mitteilungen im Amtsblatt der Stadt erwähnt werden soll. Seine Kirchengemeinde hingegen steht zu Tscharntke. Dieser fühlt sich, „was die Unterdrückung anderer Meinungen betrifft“, schon „ganz nah dran am 3. Reich“. So werde er „nun schon ganz offiziell durch die Stadtverwaltung aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung getilgt“.

Schlimm ist es auch dem Journalisten Christoph Biro ergangen, nachdem ihm angesichts der Situation an den Grenzen der Kragen geplatzt war. In der steierischen Regionalausgabe der „Kronen Zeitung“, Österreichs größter Tageszeitung, schrieb er in einem Kommentar: „Die Stimmung ist längst gekippt. Vorbei die Zeiten, da ankommende Flüchtlingsströme mit Applaus empfangen wurden. Es ist zu viel passiert seit damals.“ Man erfahre „von jungen, testosterongesteuerten Syrern“, die sich „äußerst aggressive sexuelle Übergriffe“ geleistet hätten, von Afghanen, die Sitze in Bahnwaggons aufgeschlitzt und ihre Notdurft verrichtet hätten, weil sie nicht dort hätten Platz nehmen wollen, wo Christen gesessen hätten. „Horden stürmen die Supermärkte, reißen die Packungen auf, nehmen sich, was sie wollen, und verschwinden wieder. Die Polizei ist machtlos. Integration? Ein schönes Wort, mehr nicht. Integration kann bestenfalls in Einzelfällen funktionieren. Spätestens seit Freitag, als sämtliche Ordnungskräfte einfach überrannt wurden; spätestens jetzt, da alle Notquartiere übervoll besetzt sind – und trotzdem Tausende wie auf Kommando über unsere Grenzen trampeln, spätestens jetzt ist allen klar geworden – ganz egal, ob rechter Hardliner oder linker Sozialromantiker: Die Grenzen müssen dicht gemacht werden“, so Biro weiter.

Die Polizei und die Österreichische Bundesbahn dementieren die von Biro angeführten Vorfälle und sprechen von „absolutem Blödsinn“. Dabei handele es sich um „Facebook-Gerüchte, für die Beweise fehlen“. Nachdem ein Sturm der Entrüstung über ihn hereingebrochen war, erklärte Biro, das „Augenmaß verloren“ und die Zustände „etwas überzeichnet“ zu haben. Er habe bei seinem Kommentar das bei diesem Thema erforderliche „ganz besondere Fingerspitzengefühl“ vermissen lassen.

Seinen Arbeitsplatz als Chefredakteur der Regionalausgabe ist er jetzt los, angeblich „aus eigenen Stücken“. Gegen ihn sind 37 Beschwerden beim Presserat anhängig und die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts der „Verhetzung“ und der „wissentlichen Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte“. Beides sind in Österreich Straftaten, für die mehrjährige Haftstrafen drohen. *J.H.*

MELDUNGEN

Attacke auf Schleuserboote

New York City – Einem Bericht der Organisation „Human Rights Watch" zufolge ist es in den Gewässern der Ägäis im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Griechenland inzwischen achtmal zu Einsätzen von Unbekannten gegen Boote von Menschenschleusern gekommen. Schleuserboote sollen von professionell vorgehenden Personen attackiert worden sein. Berichtet wird weiterhin, dass die Vermummten keine Hoheitsabzeichen an ihren Uniformen trugen und bewaffnet waren. Die hochmotorisierten Schlauchboote der Angreifer sollen gemäß Augenzeugenberichten von größeren Schiffen zu Wasser gelassen worden sein. „Human Rights Watch" berichtet von drei Fällen, in denen Zeugen eine griechische Flagge an dem Boot der Angreifer wahrgenommen haben wollen. *N.H.*

Gelenkte Menschenflut

Montreal – Wie das Informationsportal Globalresearch.com berichtet, hat eine wissenschaftliche Analyse von sogenannten Original-Tweets des sozialen Internetdienstes Twitter ergeben, dass eine große Zahl der Nachrichten, welche die Bundesrepublik Deutschland und Österreich mit einer positiven Aufnahme von Asylsuchenden in Verbindung bringen, ihren Ursprung in angelsächsischen Ländern hat. Der Auswertung von 19000 Twitter-Nachrichten zufolge stammten lediglich 6,4 Prozent aller „#RefugeesWelcome+Germany Tweets" ihrem Ursprung nach aus Deutschland. Fast die Hälfte der untersuchten Twitter-Tweets mit entsprechendem Inhalt hatte dagegen ihren Ursprung in den englischsprachigen Ländern USA, Großbritannien und Australien. *N.H.*

Asyl: Gemeinde trickst Land aus

Kiel – „Nicht mit uns", dachte man sich im schleswig-holsteinischen Groß Weeden, als bekannt wurde, dass das 60-Seelen-Dorf 1500 Zuwanderer aufnehmen sollte, und kaufte das betreffende Grundstück dem Land kurzerhand vor der Nase weg. Dabei schien dem Bau einer Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Gelände einer ehemaligen Großdiskothek nichts mehr im Wege zu stehen. Auf drei Hektar sollten bis Ende Januar 375 Wohncontainer bezugsfertig aufgebaut sein. Doch dann machte die Amtsverwaltung dem Grundstückseigentümer ein Angebot von einer Million Euro, das dieser nicht ausschlagen mochte. Die Willkommenskultur und das ehrenamtliche Engagement seien überragend, sagte Amtsleiter Karl Bartels, um zu ergänzen: „Allerdings auch endlich". Eine solch hohe Zahl an Flüchtlingen sei einfach zu viel. Sein Amt muss im kommenden Jahr 158 Zuwanderer unterbringen. Deshalb sollen auf dem Gelände nun elf Doppelhäuser für 100 bis 150 „amtseigene" Asylbewerber entstehen. Geplant seien keine Behelfsunterkünfte, sondern ganz normale Wohnhäuser in Fertigbauweise. Die bestehenden Diskogebäude sollen für Betreuungseinrichtungen und Sprachkurse genutzt werden. *J.H.*

Im Camp der Illusionen

Tausende campieren in Calais in Dreck und Elend, um irgendwie nach Großbritannien zu gelangen

Tausende Menschen harren vor dem Eurotunnel in Calais aus und hoffen, einen Weg nach Großbritannien zu finden. Für die meisten „Migranten" ist das „Dschungel" genannte wilde Lager Endstation ihrer Reise. *PAZ*-Autor Thilo Gehrke ist dort gewesen und schildert seine erschütternden Eindrücke von einer „Dritten Welt an der Kanalküste".



Wie in der der Dritten Welt: Wasserversorgung im „Dschungel" Bild: Gehrke

Sobald in Calais die Dämmerung einsetzt, beleben sich die im Herbst leeren Straßen des kleinen Städtchens an der französischen Kanalküste. Gruppen junger Afrikaner und Araber bewegen sich in Richtung des Eurotunnels. Sie hoffen auf eine Möglichkeit, illegal und unter Lebensgefahr in einem Güterzug oder Lastkraftwagen nach Großbritannien einzureisen, einem Land, in dem in ihren Träumen Milch und Honig fließen. Eurotunnel und Fährhafen sind gesichert wie einst die DDR-Grenze.

Jede Nacht wiederholt sich dasselbe Katz-und-Maus-Spiel, Heerscharen von Polizei und Grenzschutz versuchen, den illegalen Grenzübertritt der Verzweifelten zu verhindern. Sobald die Straße die Stadt verlässt, belebt sich das Buschwerk, sobald sie mich sehen, tauchen sie ab in das Dickicht dichter Dornenbüsche. Sind sie nicht die dringend benötigten „migrantischen" Fachkräfte, von denen unsere Medien und führenden Politiker immerfort fabulieren? Könnte es nicht sein, dass diese jungen Männer in ihren Heimatländern und Familien viel dringender gebraucht werden? Gern habe ich mich somit eingeladen gefühlt, im dortigen Asylsuchendenlager die bunte kulturelle Vielfalt und bereichernde Begegnungen mit diesen abenteuerlustigen Menschen zu suchen.

Was ich dort sah, spottet jeder politisch korrekten Beschreibung. Es ist eine Dritte Welt an der Kanalküste, weit vor den Toren der Stadt im Niemandsland zwischen versteppten Dünen und Industrieanlagen. Der Weg dorthin gleicht einer Schnitzeljagd. Im von der Polizei schwer gesicherten Rathaus von Calais wollte man nichts von einem Flüchtlingslager wissen, zu beschämend schien meine Frage zu sein. Emotional aufgeladen beklagte sich ein anderer Mitarbeiter über die vielen Ausländer, die tagsüber auf den Straßen und Parks der Stadt herumlungerten, die Touristen verschreckten und Frauen belästigten. Die aggressive Stimmung vieler zunehmend fordernd auftretender „Migranten" hat sich längst auf die verängstigten Bürger übertragen, handfeste Auseinandersetzungen gab es schon mehrfach. Die Kriminalität stieg messbar an. „Der Staat lässt uns hier mit diesen Problemen alleine. Wir müssen uns schützen", seufzt der Mann. Natacha Bouchard, die Bürgermeisterin, schenkte den Zuwanderern im Januar dieses Lager, das alle nur „Dschungel" nennen. Dutzende Lager, die vorher über die ganze Stadt verteilt waren, sind nun hier vereint, auf einer alten Mülldeponie neben der Chemiefabrik. Nun fordert sie 50 Millionen Euro Entschädigung von den Briten, sie scheinen für alle die Schuldigen an dieser Misere zu sein, da sie die Immigranten nicht willkommen heißen wollen. „Es ist ein Zustand wie im Krieg", sagt der Rathausbeamte. Doch es ist ein Krieg, in dem es nur Verlierer gibt. Obwohl die Regierung in Paris über die unhaltbaren Zustände in Calais im Bilde ist und der „Dschungel" wiederholt zur Chefsache erklärt wurde, ändert sich nichts.

Wo kein Sozialstaat Wohncontainer, Wohnungen oder Mannschaftszelte stellt: Plastikzelte prägen das Elendslager Bilder (2): Gehrke

Für den Abend ist ein Marsch der Immigranten mit Demonstration für eine menschenwürdige Unterbringung vor dem Rathaus angekündigt. So folge ich instinktiv den Menschen fremdländischen Aussehens, und je dunkler deren Hautfarbe wird, desto näher wähne ich mich am Ziel.

Schon von Weitem umschließt mich ein fauliger Geruch. Auf einer Brücke stehen Polizeifahrzeuge mit Überwachungstechnik, dahinter erstreckt sich eine bunte Campingzeltstadt inmitten schwelender Müllberge unter einer toxischen Dunstglocke. Der Regen der letzten Tage hat die Wege in eine Schlammwüste verwandelt, viele Zelte und Kartonhütten sind zusammengebrochen. Es ist ein Transit-Elendsquartier, in dem über 6000 Menschen jenseits jeglicher zivilisatorischer und staatlicher Unterstützung ihres besseren Lebens harren. Es gibt weder Strom noch fließendes Wasser in dieser Einöde.

Gleich am Eingang fungiert eine Hütte als eine Art Wache. Ich erkenne junge Frauen und Männer mit heller Haut und Rastazöpfen, vielleicht sollen sie kritische Beobachter oder gar Polizisten abfangen. Ich folge dem Trampelpfad und sehe sogar einige verschleierte Frauen, sie verziehen sich schnell in die Unsichtbarkeit ihrer Behausungen. Zwischen schwelendem Plastik und Klamottenbergen werde ich unfreiwillig Zeuge menschlicher Verrichtungen, denn es gibt nur eine Handvoll Plumpsklos und Wasserstellen. Dabei bemühen sich einige Nichtregierungsorganisationen (NGO) um eine Verbesserung der Bedingungen. Es gibt Spuren einer Versorgungsinfrastruktur, eine primitive Krankenstation, Moscheen und sogar eine Kirche. Angesichts der fehlenden Weiterreisemöglichkeiten über den Kanal nach England ist hier das Ende einer Sackgasse. Auch die NGO sind hier überfordert. Der bevorstehende Winter, die Abschottung der Kommune und auch die Zögerlichkeit europäischer Asylpolitik lassen eine humanitäre Katastrophe in naher Zukunft unausweichlich erscheinen. Nicht weit entfernt steht in Calais ein riesiges Krankenhaus leer.

> »Im Internet steht, dass die deutsche Präsidentin Merkel alle Flüchtlinge eingeladen hat«, freut sich ein Eritreer

Ich schiebe den Vorhang zur Seite, der den Eingang eines großen Zeltes mit arabischen Schriftzeichen und der Flagge des Sudan verdeckt. Um die 50 Afrikaner dösen auf schmutzigen Matratzen vor sich hin, der Geruch ungewaschener Leiber lässt mich zurückweichen. Es ist später Nachmittag, vor seiner Behausung begrüßt mich ein junger Araber, ich soll ihm in sein Zelt folgen. Dort sitzen drei Männer um einen Topf mit Reis auf dem Boden, zwei weitere schlafen im hinteren Teil. Beim Essen kommen wir rasch ins Gespräch. Der Araber spricht ein wenig Englisch, stellt sich als Muhammad vor, sei verfolgter Christ aus Oman und wolle sich nach London durchschlagen, wo Verwandte von ihm wohnten. In seiner Heimat hat er Rosen geerntet, die dann zu Rosenwasser verarbeitet wurden. Heute, sobald es dunkel wird, wird er es wieder versuchen. Er zeigt mir eine lange Narbe am linken Unterarm, eine Verletzung vom Grenzzaun am Eurotunnel. Sechsmal hätten die Polizisten ihn schon erwischt und zurückgeschickt.

Mein Sitznachbar Mallaku aus Eritrea ist 26 Jahre alt, hat als Farmer bei der Armee gearbeitet und spricht Arabisch. Ihn störte die Unfreiheit im diktatorischen System Eritreas. Frau und Kinder warten noch in seiner Heimat, übersetzt Muhammad. Er ist seit sieben Monaten auf der Reise: Äthiopien, Sudan, Libyen, Italien, seit einem Monat ist er im „Dschungel", der „Zwischenhölle". Für ihn ist es eine Prüfung, die Gott ihm abverlangt auf dem Weg ins Paradies. Sobald er den großen Sprung in die britische Verheißung geschafft hat, will er seine achtköpfige Familie nachholen. Als die Männer erfahren, dass ich aus Hamburg komme, beginnen ihre Augen zu leuchten. Mallaku lässt fragen, ob ich ihn nicht mitnehmen könne. Im Internet hat er erfahren, dass die „deutsche Präsidentin Merkel" alle Flüchtlinge eingeladen hat. Er weiß, dass es in Deutschland schon viele Eritreer gibt, sogar die Familie kann man nachholen. Der Austausch mit der Familie, der Flüchtlingsgemeinschaft und deren Unterstützern läuft über moderne Smartphones.

Heiß begehrt und dringend gebraucht: Versorgung aus dem Kleinlaster

Als ich das Zelt verlasse, drängen sich Dutzende vor einem lärmenden NGO-Notstromaggregat. Im Lager gibt es feste Strom-Zeiten, um die Akkus der Handys zu laden. Im Gegensatz zu den Moschee-Hütten, in denen mehrmals täglich Allah verehrt wird, ist die einzige Hütte mit angedeutetem Kirchturm verwaist. Auf der schlammigen Hauptstraße werden aus einem Kleinlaster heraus neue Hosen verteilt. Es hat sich bereits eine lange Schlange gebildet. Unter den wartenden Männern herrscht Unmut, denn einige haben sich schon zum zweiten Mal angestellt. Die jugendlichen Helfer bemühen sich, die Disziplin unter den Wartenden zu wahren. Sally aus Canterbury hat wache Augen, viel Metall im Gesicht und filzige rötliche lange Haare. Die Studentin kommt wöchentlich über den Ärmelkanal um zu helfen und findet es rassistisch, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft nicht nach England kommen dürfen. Sie träumt von einer Welt ohne Grenzen, Gesetze und Polizei.

Auch wenn Frankreich im vergangenen Jahr mit 57000 Anträgen im Vergleich zu Deutschland nur ein Drittel der eingereichten Asylgesuche zu bewältigen hatte, haben Staat und Gesellschaft mit dieser Einwanderung massiv zu kämpfen. Schließlich beklagt das Land heute schon 3,5 Millionen Arbeitslose und bekommt seine Wirtschaftskrise und die staatliche Neuverschuldung nicht in den Griff. Da es in Frankreich außerdem bis dato keinen regionalen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber gibt, kommt es in den bevorzugten Großräumen Paris und Lyon sowie im Osten Frankreichs zum Teil zu chaotischen Zuständen. Durch das koloniale Erbe herrschen in den Banlieues, den Vorstadtghettos des Prekariats, bereits seit Jahrzehnten muslimische Parallelgesellschaften. Sie gelten heute als Brutstätte der Gewalt – und seit dem Anschlag auf „Charlie Hebdo" sogar des Terrorismus.

An Verkehrsknotenpunkten der Pariser Banlieues begegneten mir bettelnde syrische Kriegsflüchtlinge, deren Familien mit Kleinkindern unter freiem Himmel auf Verkehrsinseln hausen. Es ist eine Kultur des Schönredens und Wegschauens, die diese Zustände verschuldet. Wenn führende Politiker im Namen des Volkes „Asyl kennt keine Obergrenze – Wir schaffen das!" und „Der Islam gehört zu Deutschland" verkünden, ist das nicht nur eine Zumutung für jeden Bürger, sondern eine unverantwortliche Verkennung der Realität und hat eine Sogwirkung für Glücksritter aus Staaten mit fragwürdigem Rechtsverständnis. Bislang hat sich noch keiner dieser Realitätsverweigerer in den „Dschungel" von Calais gewagt.

Thilo Gehrke

Staat in Selbstauflösung

Die Behauptung, dass sich Grenzen nicht wirksam schließen ließen, ist eine Lüge

Nur ein Staat in Selbstauflösung schützt sein Territorium nicht vor Eindringlingen. Die übrige Welt achtet peinlich genau auf sichere Grenzen. Je nach Gefahrenlage auch mit höchstem Aufwand.



Bau eines Grenzzaunes in Ungarn. Mit Erfolg: Man sei nur noch Beobachter der Flüchtlingskrise, so Präsident Orbán Bild: Mauritius

Es ist Mittwoch, der 21. Oktober. Für den ehemaligen Major des österreichischen Bundesheeres, Rudolf Moser, wird es nach eigenem Bekunden „der schwärzeste Tag" seines Lebens. Der frühere Kompanieführer ist dabei, als um 11.30 Uhr mehrere tausend Migranten die österreichische Grenze nahe dem Ort Spielfeld überrennen. Moser spricht von „jungen, durchtrainierten Männern" und vermutet sogar, dass der Großteil militärisch ausgebildet und kampferprobt sei. Fassungslos beschreibt er danach die Situation: „Ich musste mit ansehen, wie die Okkupanten über eine Stunde in bedrohlicher, arroganter und auch aggressiver Art und Weise wie selbstverständlich österreichisches Staatsgebiet besetzten, Müll in völlig unzivilisierter Manier einfach wegwarfen und ungeniert ihre Notdurft verrichteten." Moser beklagt, dass „alle Schönredner" unterdessen in ihren sicheren Büros seien und von lieben Flüchtlingskindern und armen Frauen daherreden. Empört fragt er: „Wo ist unsere Armee? Wo unsere Exekutivkräfte? Wer schützt in dieser bedrohlichen Lage die österreichische Bevölkerung?"

Und wer schützt die deutsche?, möchte man hinzufügen. Wer tritt endlich an, das Land an seinen Außengrenzen abzuschirmen? Es gehört zu den Abstrusitäten der Asylkatastrophe, dass verantwortliche Politiker mit größter Dreistigkeit leugnen, was eigentlich selbstverständlich ist: Grenzen lassen sich immer und jederzeit schließen. Himmelschreiender Unsinn ist es, wenn Angela Merkel vor dem EU-Parlament erklärt, Abschottung und Abriegelung im Zeitalter des Internets seien eine Illusion. Solange sich kein menschliches Wesen in digitale Bits und Bytes verwandeln lässt, um am Zielort auf magische Weise aus dem PC zu treten, bleibt ein fester, überwachter Zaun so wirksam wie eh und je. Und wenn Siegmar Gabriel ebenfalls die Erkenntnis zum Besten gibt, dass Abschottung nichts bringe, fragt man sich, ob er auch bei seinem Wohnhaus in Goslar die Türen jederzeit sperrangelweit offenstehen lässt.

Die eigenen Grenzen zu sichern, zählt zu den elementaren Aufgaben eines Staates. Tut er es nicht, gibt er sich quasi selber auf. Er bringt alles, was ihn ausmacht, in Gefahr. Für Staatsrechtler sind dies drei Elemente: Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet. Ein Staatsgebiet ohne klare und funktionierende Grenzen ist nicht denkbar. Sie definieren den Raum, in dem die Staatsgewalt ausgeübt wird. Diese gerät wiederum ins Wanken, wenn eine Regierung „grenzenlos" Fremde in das Land lässt. Recht und Ordnung lassen sich dann kaum noch durchsetzen. Im Deutschland der Asylkatastrophe sind derzeit neben 750000 registrierten Asylbewerbern nach Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etwa 300000 nicht erfasste Migranten unterwegs. Niemand weiß, welche Absichten sie hegen oder wie viele IS-Terroristen unter ihnen sind.

> Lässt Gabriel auch daheim die Türen sperrangelweit offen?

In existenzielle Not gerät auch das Staatsvolk, wenn ein Land von Zuwanderern überrannt wird. „Wir sind 80 Millionen", hat Angela Merkel jüngst vollmundig erklärt. Aber wieviele Reisewillige gen Deutschland mögen dem gegenüberstehen? Angesichts von beispielsweise 23 Millionen Einwohnern Syriens, 31 Millionen Afghanen und 182 Millionen Pakistanis lässt sich genauso gut sagen: „Wir sind nur 80 Millionen." Grundsätzlich gilt: Identität, Kultur, Heimatempfinden und geistige Verwurzelung eines Volkes schwinden dahin, wenn Fremde in solchen Größenordnungen kommen.

Aus all diesen Gründen schützt jedes Land seine Grenzen. Je nach Gefahrenlage und Gefährdungssituation tut es dies mehr oder weniger aufwendig. Der Airbus-Konzern hat mit seiner Sicherheitssparte „Airbus Defence und Space" gerade die 9000 Kilometer lange Grenze Saudi-Arabiens aufgerüstet. Radare, Sensoren, Kameras und Drohnen schotten das Land von unruhigen Nachbarn wie dem Irak ab. Um seine Bevölkerung vor Selbstmordattentätern und anderen Angreifern zu schützen, hat Israel seine rund 750 Kilometer lange Grenze zum palästinensischen Westjordanland unter anderem mit einer acht Meter hohen Mauer aus Stahlbeton ausgestattet. An anderen Stellen sollen Gräben, Bewegungsmelder und Metallzäune Eindringlinge abhalten. Mit fünf Reihen straff gespanntem Stacheldraht und sieben Meter hohen Zaunelementen aus armdicken Stahlrohren grenzt sich die USA über 3000 Kilometer vom Nachbarland Mexiko ab. Drogenschmuggler und illegale Einwanderer werden abgehalten.

Schön sind solche Zaunmonstren nicht – und sie fordern Leben. Illegale Grenzgänger zwischen Mexiko und den USA verdursten in den Wüsten des Imperial Valley oder ertrinken im Ozean, wenn sie versuchen an der Begrenzung vorbeizukommen. Zäune und Mauern retten aber auch Leben. Wer weiß, dass eine Grenze schier unüberwindlich ist, vermeidet es, seine Gesundheit zu riskieren, um auf die andere Seite zu kommen. Bewahren sie ein Land oder sogar einen Kontinent davor, im Chaos zu versinken, sind sie ein notwendiges Übel.

Sie können übrigens umso kleiner ausfallen, je weniger attraktiv das Reiseziel den Heranströmenden gemacht wird. *Frank Horns*

(Dazu auch ein Kommentar, S. 8)

MELDUNGEN

30 Millionen Bausparverträge

Berlin – Die 21 deutschen Bausparkassen verwalten nach Angaben der Bundesregierung zusammen 29 364 Millionen Bausparverträge. Dabei beträgt die durchschnittliche Bausparsumme rund 29 000 Euro. Bedingt durch die Niedrigzinsphase stehen hohen Aufwendungen für die Bauspareinlagen sinkende Erträge aus Bauspardarlehen und aus der Anlage der Einlagen gegenüber. Mit der Novellierung des Bausparkassengesetzes will die Regierung dazu beitragen, dass die Bausparkassen besser auf diese Situation reagieren können. Neue risikoreiche Geschäftsfelder will sie den Bausparkassen allerdings nicht erlauben. *U.M.*

Pädagogen für »Migrantenquote«

Berlin – Der Deutsche Philologenverband (DPhV) fordert eine „Migrantenquote" für Schulklassen, um Zuwandererkinder erfolgreich integrieren zu können. Schon wenn der Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache bei 30 Prozent liege, setzte ein Leistungsabfall ein. Dieser werde ab 50 Prozent dramatisch. Nur so könnten Integration gelingen und Abstriche bei der schulischen Ausbildung vermieden werden. Dies sei unter anderem durch eine Pisa-Begleitstudie und weitere Untersuchungen belegt. Der Verband befürwortet Willkommens- und Sprachlernklassen, spricht sich aber dagegen aus, im Regelbetrieb reine Flüchtlingsklassen einzurichten, da dies Parallelgesellschaften fördere. Nach DPhV-Angaben sind bis zu 25 000 Lehrer nötig, um den Zustrom von Zuwandererkindern zu bewältigen. Der 1903 gegründete DPhV vertritt als gewerkschaftliche Dachorganisation 90 000 Lehrkräfte an Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen, die auf das Abitur vorbereiten. *J.H.*

Volksfront gegen die AfD

Etablierte und kriminelle Linke üben den Schulterschluss

Die Umfragewerte für die Alternative für Deutschland (AfD) steigen seit Wochen. 8,5 Prozent wurden am vergangenen Dienstag für die Partei um Frauke Petry und Jörg Meuthen gemessen. Das ist der höchste Wert seit den Wahlerfolgen im zurückliegenden Herbst. Im Zuge der öffentlichen Diskussionen ist es in den vergangenen Tagen mehrfach zu gewalttätigen Aktionen gegen Funktionäre der Partei gekommen. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner fuhr zudem schwere Geschütze gegen die AfD auf und fordert eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Jemand wie der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke sei „von Neonazis nicht mehr zu unterscheiden", sagte Stegner der Zeitung „Die Welt". Die Partei nähere sich immer stärker der rechtsextremen NPD an. „Solche Typen" in der Führungsriege der Partei seien „ein Fall für Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft".

Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen reagierte in einer Pressemitteilung empört auf Stegners Einlassungen: „Stegner ist ein geistiger Brandstifter, der durch seine fahrlässigen Äußerungen die zunehmende Gewalt gegen die AfD weiter schürt. Wenn es nach Stegner ginge, würden unliebsame Meinungen wie zu DDR-Zeiten ausgespäht, unterdrückt und verfolgt", erklärte der Wirtschaftsprofessor.

Auf der linksextremen Internetseite indymedia wurden die Gewaltaktionen gegen die AfD bejubelt. Selbst auf ihrer eigenen Facebookseite sah sich die stellvertretende AfD-Vorsitzende Beatrix von Storch, deren Auto in der vergangenen Woche angezündet wurde, Hohn und Spott ausgesetzt. „Zum Glück war's nur ihr Auto und keine Flüchtlingsunterkunft. Ihre Hass-Partei hat schon genug Schaden angerichtet!", heißt es dort oder: „Ich spreche den Verbrechern meine Hochachtung aus."

> Mit Verfassungsschutz und Gewalt gegen bürgerliche Gegner

Stegner äußerte sich ähnlich zynisch: „Wer so viel Hass und Unfrieden verbreitet, hat es gerade nötig, hier die Opferrolle zu markieren." Das mediale Echo auf die Gewaltorgie gegen die AfD blieb erwartungsgemäß leise. „Wer die Hetze gegen die AfD mitgemacht hat und sich jetzt nicht davon scharf distanziert, ist mit Schuld. Dann macht er sich durch Schweigen mit diesen Verbrechern gemein", mahnte Frau von Storch vergeblich in einer öffentlichen Stellungnahme.

Die Auseinandersetzungen um die AfD erinnern an die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Republikaner. Deren 2005 verstorbener Parteigründer Franz Schönhuber schrieb in seinen Memoiren, „dass uns nichts so sehr geschadet hat, wie der Ruf nach dem Verfassungsschutz. Bürgerliche Mitglieder wurden unter Druck gesetzt und haben aus Angst um ihre Existenz das Parteibuch zurückgegeben." Gerade in den westdeutschen Verbänden wächst daher die Angst, eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht könnte der AfD erheblichen Schaden zufügen. Zudem werde es für eine kriminalisierte Partei immer schwieriger, öffentliche Einrichtungen anzumieten. Pächter und Vermieter würden bedroht und unter Druck gesetzt. Dass diese Befürchtungen nicht unbegründet sind, zeigte sich bereits in den vergangenen Tagen. In Karlsruhe musste die Partei eine Veranstaltung absagen, nachdem es ihr nicht gelungen war, einen Raum anzumieten. Gleiches passierte auch im bayerischen Landshut. Stegner freut dies. Unverhohlen fordert er, „dass wir den Druck auf die AfD erhöhen müssen." *Peter Entinger*

Nicht nur ein Problem der Dritten Welt

Von der Landkonzentration ist in der Bundesrepublik vor allem der Norden und Osten betroffen

Nahrungsmittelkonzerne sind eine Weltmacht. Das Terrain, auf dem sie beständig neues Land erobern, liegt in den Ländern des globalen Südens, aber auch in den gemäßigten Breiten. In der Europäischen Union sind sie seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch, vollends seit der Finanzkrise 2008.

Grund und Boden ist auch in Deutschland zum Spielball von Spekulanten geworden. Immer mehr Investoren stecken ihr Geld in wachstumsorientierte Agrarkonzerne. Vor allem in Nord- und Mitteldeutschland führte die Konzentration von Landbesitz zum Höfesterben, zur Ausräumung riesiger Landstriche, zur Ausbreitung von Monokulturen mit dem Einsatz großer Mengen von Ackergiften sowie zum Verlust von ökologisch wertvollem Wiesen- und Weideland. Die lokale Einwohnerschaft ist hilflos, kann sich nicht gegen den Einfluss marktorientierter, ortsfremder Manager wehren, deren unternehmerische Strategien auf die Märkte und die Agrarpolitik ausgerichtet sind. Auf den Agrargütern wird Tieflader-Landwirtschaft betrieben: Man arbeitet mit schwerem technischen Gerät und stellt möglichst wenig Mitarbeiter ein.

Wegen der Verheißung von Belohnungen für Geschäfte mit Agrosprit vor eineinhalb Jahrzehnten und einer einseitigen Förderpraxis ist die EU mitverantwortlich für das Land Grabbing (Landnahme) in Europa. Von 6,2 Milliarden Euro an Direktzahlungen aus dem EU-Fördertopf der Gemeinsamen Agrarpolitik an die deutschen landwirtschaftlichen Betriebe entfiel 2014 auf die zwei Prozent mit der größten Betriebsgröße ein ganzes Drittel. Im Durchschnitt wurden den Bauern 310 Euro pro Hektar ausgezahlt.

In Mitteldeutschland ist die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen im Besitz sogenannter juristischer Personen. 1992 übernahm die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH als zuständiger Ableger der Treuhand die Verwaltung und Privatisierung von 2,1 Millionen Hektar Ackerbodens. Ein Teil der Ländereien wurde an die Alteigentümer zurückgegeben. Eingetragene Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Wiedereinrichter übernahmen rund 3000 Nachfolgebetriebe der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für maximal 20 Jahre als Pächter. Damit dominierten die großbetrieblichen Produktionsformen der ehemaligen DDR weiterhin in der Mitte Deutschlands, während sich in den alten Bundesländern der Trend zum Großbetrieb erst im Zuge der Flächenförderung der EU für Maisanbau und des Preisdrucks bei Agrarerzeugnissen durchsetzte.

EU-Subventionen fördern den Prozess der Konzentration

In den mitteldeutschen Bundesländern laufen viele Pachtverträge mit der BVVG aus. Das Land kommt wieder auf den Markt und wird zu Höchstpreisen neu verpachtet. Noch immer sind Agrarflächen in Mitteldeutschland vergleichsweise günstig, jedoch sind die Preise seit 1998 um mehr als 50 Prozent gestiegen (Deutschland insgesamt: 25 Prozent, Stand 2010). Hochgetrieben wurden sie von den zahlungskräftigen Großbetrieben, für andere Wettbewerber sind die Flächen oft unerschwinglich. Dasselbe gilt für Verkäufe bei anstehendem Generationswechsel in den landwirtschaftlichen Betrieben. Zudem geraten die Großbetriebe durch Aufkauf von Genossenschaftsanteilen mehr und mehr in den Besitz von Agrarkonzernen. Eine Rendite von vier bis sechs Prozent wirkt bei einer Inflation von zwei Prozent verlockend, desgleichen die steigenden Bodenpreise.

Durch eine Studie der Bundesoberbehörde „Johann Heinrich von Thünen-Institut – Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei“ wurde 2013 bekannt, dass „nichtlandwirtschaftliche Investoren“ je nach Region in Deutschland zwischen 20 und 50 Prozent der Äcker und Wiesen in Händen halten. In Brandenburg verfügen mehr als 93 Prozent der Betriebe jeweils über mindestens 100 Hektar Agrarfläche, in Bayern sind es nicht einmal 20 Prozent. Kirchen, Nichtregierungsorganisationen wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland prangern diese verhängnisvolle Entwicklung seit Langem an, bislang ohne Erfolg.

Wissenschaftler schlagen vor, die Fördermittel in Zukunft nur Landwirtschaftsunternehmen zu zahlen, die sich für Lebensmittelsicherheit, Umwelt, Naturschutz und Artenvielfalt einsetzen. Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Welthungerhilfe, erklärt: „Der Schlüssel zur Sicherung der Welternährung liegt nicht in der Steigerung der großflächigen Agrarproduktion, wovon über die Hälfte für Biokraftstoffe abgezweigt wird, oder der Spekulation mit Nahrungsmitteln an den Finanzmärkten, sondern in den Händen der Millionen Kleinbauern weltweit.“ *Dagmar Jestrzemski*

45 000 Hektar Ackerland in einer Hand

Einer der größten Nahrungsmittelkonzerne Europas ist die börsennotierte, extrem wachstumsorientierte Holding KTG Agrar SE, bei der unter anderem ein chinesischer Investor mitmischt. Das in Hamburg ansässige Unternehmen mit dem Kerngeschäft Ackerbau hat als Geschäftsmodell den Besitz der gesamten Wertschöpfungskette, ist Nahrungs- und Futtermittelhersteller sowie Logistikdienstleister. Satellitengestützt kultiviert KTG 45 000 Hektar Ackerland (2011: 35 000 Hektar) überwiegend in Mitteldeutschland sowie in Litauen. Jährlich vergrößert sich die KTG-Gruppe um 2500 Hektar, was ungefähr 45 deutschen Durchschnitts-Bauernhöfen entspricht. 2013 erhielt der Konzern von der EU neun Millionen Euro an Beihilfen, davon 1,5 Millionen allein für die landwirtschaftlichen Betriebe im brandenburgischen Putlitz. An 21 Standorten betreibt KTG Biogasanlagen mit einer elektrischen Anschlussleistung von insgesamt rund 60 Megawatt. Dafür werden auf 27 000 Hektar Energiepflanzen in Monokulturen angebaut, was 45 000 Fußballfeldern entspricht. Aufmerksamen Beobachtern war 2011 nicht entgangen, dass der Unternehmensname im Register des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) fehlte. So wurde die Bundesregierung nicht in die Pflicht genommen, die KTG-Gruppe in ihren Dossiers und Statistiken zu erwähnen. Wiederholt kritisierte die BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning die Ungerechtigkeit der EU-Beihilfen für derartige Konzerne. Inzwischen seien infolge der EU-Transparenzrichtlinie die Namen der Agrarkonzerne zwar in den amtlichen Unternehmenslisten sichtbar, doch die größten Subventionsprofiteure seien noch schwerer auffindbar als vorher. *D.J.*

Einer der größten in Europa



Gehört auch zum KTG-Konzern: Biogasanlage Seelow

Bild: KTG

Was ist Land Grabbing?

Land Grabbing ist die Kolonisation des 21. Jahrhunderts. Das größte Ausmaß hat die Expansion in Asien, Afrika und Südamerika. Allein im indonesischen Regenwald wurden 13 Millionen Hektar Regenwald in gigantische Palmölplantagen verwandelt. Indonesien ist der größte Palmölproduzent der Welt. Und der Raubbau geht weiter.

Der Sojawahnsinn für die Rinderzucht führte in Brasilien zur Zerstörung der ökologisch bedeutenden Cerado-Savanne und zu Kahlschlag im Amazonas-Regenwald. Die Auswertung von Satellitendaten durch Brasiliens Nationales Institut für Weltraumforschung (Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais, INPE) ergab, dass von 2002 bis 2013 allein im brasilianischen Teil Amazoniens 161 000 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt worden sind. Zum Vergleich: Deutschland hat eine Fläche von 357 000 Quadratkilometer.

Seit Jahren zielen Investoren überwiegend auf die ärmsten Länder, die kaum in den Welthandel eingebunden sind.

Kambodscha hat innerhalb der letzten Jahre große Landflächen an Unternehmen aus China, Vietnam, Südkorea, Kuwait und Katar verpachtet oder verkauft.

2007 traf die Volksrepublik China eine Vereinbarung mit der Demokratischen Republik Kongo. Es handelt sich um Chinas größtes Afrika-Geschäft, das im Gegenzug für Infrastrukturhilfen gleichsam die Selbstauslieferung des Kongo an den asiatischen Investitionspartner beinhaltet. Zunächst sicherten sich die Chinesen Anteile an den begehrten Vorkommen von Seltenen Erden. Inzwischen bewirtschaften chinesische Konzerne im Kongo 2,8 Millionen Hektar zur Gewinnung von Agrartreibstoffen und als Palmölplantagen.

2006 sicherte sich GEM Biofuels aus Großbritannien auf Madagaskar mehr als 450 000 Hektar zum Anbau von Jatropha für die Biokraftstoff-Produktion.

In Madagaskar wollte der südkoreanische Konzern Daewoo Logistics 1,3 Millionen Hektar Land, die Hälfte der dort insgesamt nutzbaren Fläche, für 99 Jahre pachten, um Mais und Palmöl für den Export nach Südkorea anzubauen. Das Projekt kam nicht zustande, weil die Bevölkerung rebellierte. *D.J.*

Extremfall Rumänien

Gier nach Feldern und Wäldern

In Rumänien kämpfen internationale Agrar-Multis und einheimische Oligarchen um den Besitz von Wäldern und Feldern. Das meiste wird den kleinen Familienbetrieben abgerungen.

Mit rund 14 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche besitzt Rumänien die größte Agrarfläche Europas. Wie schon im 19. Jahrhundert, als Rumänien die Kornkammer West- und Mitteleuropas war, ist die Landwirtschaft heute für die Wirtschaft des Balkanstaats von zentraler Bedeutung. Zehn Millionen Menschen, knapp die Hälfte der Rumänen, leben auf dem Land. Jeder dritte Erwerbstätige erwirtschaftet sein Einkommen in der Landwirtschaft. Doch seit Jahren wird die kleinbäuerliche und vielfältige Landwirtschaft massiv verdrängt, da finanzstarke, exportorientierte Unternehmen immer mehr Ländereien aufkaufen. Hinter ihnen stehen Banken, Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften hauptsächlich aus Westeuropa, internationale private Geldanleger und neureiche Rumänen.

Beobachter erklären, bei dem System sei stets Korruption im Spiel. Hier handele es sich um eine der verwerflichsten Vorgehensweisen beim Land Grabbing. Lokale Funktionäre werden von den Multis als Wegbereiter ausgesandt. Nach Abschluss der Geschäfte gründen die Konzerne Niederlassungen, unter deren Namen Ländereien hinzugekauft werden. Meistens werden die Flächen nicht selbst landwirtschaftlich genutzt, sondern verleast, die Leasingpartner sind wiederum dieselben Funktionäre. Man kassiert hohe Beihilfen von der EU, während die Kleinbauern, da sie die verschärften EU-Qualitäts- und Hygienevorschriften nicht einhalten können, vom inländischen Markt verdrängt werden. In einigen Regionen des Landes kam es bereits zu Versorgungsengpässen. Mittlerweile sind 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rumänien in der Hand von Investoren aus aller Welt. Landkonzentration, Landflucht, hohe Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen, steigende Landpreise, Verlust an biologischer Vielfalt, also ähnliche Prozesse wie in Deutschland, sind zu beobachten.

Korruption und starke agrarische Struktur wirken verschärfend

Überwiegend im Dunkel der Illegalität vollzieht sich der Raubbau an Rumäniens Wäldern. Zwar ist das Land nur noch zu etwa 27 Prozent der Fläche bewaldet, doch ist Rumänien noch immer Europas größter Holzlieferant. Das meiste Holz wird illegal geschlagen. Viele Privatbesitzer, die nach dem Fall des Ceausescu-Regimes den Wald ihrer Vorfahren zurückerhielten oder Wälder zur Nutzung erwarben, machen ihren Besitz notfalls auch gesetzeswidrig zu Geld. Insbesondere in den rumänischen Karpaten, der grünen Lunge Südosteuropas, fallen durch die Aktivitäten der Holzmafia ganze Wälder dem Raubbau zum Opfer. Förster, Polizei und die Politik schauen weg oder verdienen am Kahlschlag mit. Einzelne Umweltaktivisten wie der Deutsche Hans Hedrich dokumentieren den Raubbau an Rumäniens Wäldern. In den letzten 25 Jahren sollen fast 400 000 Hektar Wald illegal abgeholzt worden sein, eine Fläche fast anderthalb Mal so groß wie das Saarland. *D.J.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Zum Schattendasein verdammt

Friedrichswerdersche Kirche wackelt – Von Betonklötzen mit Luxuswohnungen zugebaut



Links und rechts von Neubauten eingekesselt: Die von Karl Friedrich Schinkel entworfene Kirche am Werderschen Markt

Bild: action press

Die Friedrichswerdersche Kirche in Berlin-Mitte wird von mehrstöckigen Neubauten regelrecht umzingelt. Kritiker warnen schon seit Langem vor dem unverantwortlichen Umgang mit einem Landesdenkmal. Jetzt kann es für die Schinkel-Kirche noch enger kommen.

Berlins größter „Problembezirk“ ist schon seit Jahren seine historische Mitte – wegen der zahlreichen Großbaustellen, die auch dem Senat zunehmend Kopfzerbrechen bereiten. Die Komplett-Sanierung der Staatsoper Unter den Linden wird statt 240 Millionen wohl 400 Millionen Euro kosten, und die längst geplante Wiedereröffnung lässt wohl bis 2017 auf sich warten. Nur 200 Meter weiter schreitet dafür der Bau des Stadtschlosses unerwartet vorbildlich voran.

Zwischen diesen beiden Mammutprojekten entwickelt sich dafür eine städtearchitektonische Katastrophe am Werderschen Markt. Genau gegenüber dem Auswärtigen Amt kommt am Schinkelplatz die Rekonstruktion der Bauakademie nicht voran. Seit Jahren existiert sie nur als „Planenhaus“ mit simulierter Originalfassade. Und direkt daneben wird die Friedrichswerdersche Kirche von Neubauten für Luxuswohnungen derart in die Mangel genommen, dass sie einzustürzen drohte.

Wer die seit 2012 für Besucher geschlossene neugotische Kirche des preußischen Baumeisters Karl Friedrich Schinkel betreten darf, sieht auf den ersten Blick, dass sie ziemlich „krank“ ist. Der Innenraum ist vollkommen eingerüstet, nachdem sich vom Fundament bis zum Gewölbe fingerdicke Risse gebildet hatten und außerdem quadratmetergroße Teile des Putzes von der Decke herabfielen.

Den Krieg hatte die Kirche einigermaßen heil überstanden. Jetzt machen ihr moderne Bausünden zu schaffen. Durch das Ausheben einer Baugrube für die sogenannten Kronprinzengärten, eines siebenstöckigen Wohngebäudes inklusive Dach-Swimmingpool, dessen östliche Fassade nur dreieinhalb Meter von der Schinkel-Kirche entfernt steht, entstanden an der Kirche schwere Kollateralschäden. Der spröde märkische Sand, auf dem der Schinkelbau seit den 1820er Jahren sicher stand, gab nach, und die Kirchenfassade neigte sich gefährlich nach Westen.

Wegen der Schäden entschied die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) schon vor drei Jahren, die Kirche für den Publikumsverkehr zu schließen. Seit 2001 dient das Gotteshaus, das als solches seit dem Krieg nicht mehr genutzt wurde, als Museumsdependance der Nationalgalerie. Noch 2011 schauten sich 170000 Besucher die dort ausgestellten Marmorskulpturen an, darunter Johann Gottfried Schadows beliebte Prinzessinnengruppe mit der späteren Königin Luise und ihrer Schwester Friederike.

Ob die ausgelagerten Damen jemals wieder in die von der SPK für 99 Jahre gepachtete Kirche einziehen werden, ist ungewiss. Zumal jetzt weiteres Ungemach droht. Denn nun soll die Kirche auch auf ihrer östlichen Seite zugebaut werden. Die Frankonia Eurobau plant auf dem letzten verblieben Baugrundstück zwischen dem Schinkelplatz und der Kirche weitere Luxuswohnungen. Nur zehn Meter vom Sakralbau entfernt wird eine drei Etagen tiefe Baugrube für Keller und Tiefgarage gebuddelt. Diese Gefahr von rechts könnte das Fundament der Schinkel-Kirche noch weiter zum Wackeln bringen.

SPK-Chef Hermann Parzinger fürchtet, dass durch diese Umzingelung die Kirche aus dem Stadtbild getilgt wird: „Ich bin erstaunt, mit welcher Rücksichtslosigkeit hier gegen künstlerische und kulturelle Werte vorgegangen wird.“ Für ihn sei es unverständlich, wie man nicht aus den Fehlern, die man beim Bau des ersten Nachbargebäudes gemacht habe, lernen könne. Jetzt werde die Kirche regelrecht zugebaut. „Das ist nicht nachvollziehbar, wenn man sieht, wie streng die Denkmalpflege solche Fragen sonst behandelt“, kritisierte er, „es ist skandalös, wie jetzt mit dem Erbe umgegangen wird.“

> Kritik an Bauprojekten stößt beim Senat auf taube Ohren

Bei der Berliner Politik stößt Parzingers Kritik auf taube Ohren. Beim Richtfest des ersten Bauprojekts lobte Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD): „Die Friedrichswerdersche Kirche erhält durch die Kronprinzengärten den städteräumlichen Kontext zurück, den sie bis zum Zweiten Weltkrieg hatte.“ Tatsächlich war das Areal um den Werderschen Markt einst dicht bebaut. Erst die Bombenangriffe und Ulbrichts Abrissbirnen ließen wieder einen freien Blick auf die Kirche zu.

Jedoch gab es in unmittelbarer Nachbarschaft nie so hohe Betonberge wie jetzt. Für den finanziell notorisch klammen Senat kamen die Bauvorhaben nicht ungelegen, schwemmte das kostbare Bauland doch viel Geld von den zahlungskräftigen Bauinvestoren in die Kasse. Kein Wunder, dass Kritik da schnell überhört wird.

Immerhin ließ der Senat die Baumaßnahmen stoppen, als erste Schäden an der Kirche bekannt wurden. Für einen Nachbarschaftsvertrag mit dem Investor zur Schadenbeseitigung musste die Landeskirche als Eigentümerin dann aber selbst verhandeln. Im Anschluss pumpte man mittels eines Hochdruckinjektionsverfahrens tausende Kubikmeter Zement zur Stabilisierung in das Kirchenfundament und stopfte die Risse notdürftig aus. Dem Bauherren entstanden dadurch zwar Mehrkosten von 15 Millionen Euro, die man aber durch höhere Preise bei den Wohnungen leicht wieder ausgleichen kann. Bis zu 20000 Euro pro Quadratmeter werden die Luxusappartements an Berlins teuerster Adresse einmal kosten.

Dass man auch einen anderen Weg gehen kann, der sich am Ende bezahlt macht, zeigt das Beispiel Dresden. Der lichte Platz um die rekonstruierte Frauenkirche zieht jährlich hundertausende Touristen an. Die Schinkel-Kirche in Berlin, immerhin das bedeutendste neugotische Bauwerk der Hauptstadt, wird zukünftig buchstäblich nur ein Schattendasein führen. *Harald Tews*

Sonderrechte für Linke?

Von Theo Maass

Am 29. Oktober hätte das Amtsgericht Zossen in der Strafsache gegen Irmela Mensah-Schramm verhandeln sollen. Die Richterin stellte aber einen Tag zuvor das Verfahren wegen geringen Verschuldens und fehlenden öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein. Mensah-Schramm hatte anlässlich eines Gegenaufzuges gegen eine NPD-Demonstration die Kundgebungsteilnehmer beleidigt, indem sie ihnen den ausgestreckten Mittelfinger zeigte. In der Rechtsprechung wird derartiges Verhalten normalerweise nach Paragraf 185 StGB geahndet. So hatte die Täterin einen vergleichsweise milden Strafbefehl über 450 Euro bekommen, gegen den sie Widerspruch einlegte.

Die Einstellung des Verfahrens ist ein schwerwiegender Vorgang. Es wird der Eindruck vermittelt, dass in Deutschland ein Gesinnungsstrafrecht Platz greift. Die Einstellung von Strafverfahren gegen prominente Linke wie den jetzigen Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow, oder den evangelischen Pfarrer Lothar König lassen den Verdacht keimen, dass man sich als Linker mehr erlauben darf.

Menschlich verständlich ist es, dass die Amtsrichterin in Zossen den Weg des geringsten Widerstandes gegangen ist und das Verfahren eingestellt hat. Der „öffentliche Druck“, den Linksradikale auch gegen Repräsentanten des Staates aufbauen, reicht von der Besetzung des Gerichtssaals bis zur Veröffentlichung von Privatadressen.

Trotz ihres Zurückweichens gerät die Richterin ins Visier des linken Randes. Martin Vesely vom linksextremen Verein „Opferperspektive“ aus Potsdam protestiert dagegen, dass es überhaupt zum Strafbefehl gekommen sei. Das Verfahren hätte bereits in der Anfangsphase eingestellt werden müssen.

Mensah-Schramm hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie keinerlei Unrechtsbewusstsein kennt. Linksmedien titulieren die 70-Jährige liebevoll als Anti-Nazi-Aktivistin oder Politputze. Sie selbst gibt unumwunden zu, Sachbeschädigung zu begehen. Vor Ort entscheidet sie gewissermaßen als selbsternannte Ordnungsmacht, Staatsanwalt und Richter in einer Person, was sie für „Nazidreck“ hält. Was sich nicht wegwischen oder abkratzen lässt, übermalt sie („taz“ vom 28. Juli 2007), und dem „Spiegel“ gegenüber brüstete sie sich 2009 sogar damit, dass durch ihre Tätigkeit Glasscheiben bersten und Firmenlogos zerkratzt würden.

Wenn der Rechtsstaat sich noch selbst ernstnehmen will, sollte die juristische Auseinandersetzung mit Mensah-Schramm geführt werden – je später das erfolgt, umso dorniger wird der Weg, aber er muss gegangen werden.

Berlins Russen fürchten Asylbewerber

Kadyrows Schergen unter syrischen Asylsuchenden – Sorgen um Leben und Wohlstand

Die Asylkrise spitzt sich auch nach Öffnung einer zweiten Aufnahmestelle für Asylsuchende in Berlin-Wilmersdorf weiter zu. Denn Asylbewerber müssen sich, um sich in Wilmersdorf registrieren zu lassen, vorher einen Termin im völlig überfüllten Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Moabit geben lassen. Die Folge: Behördenmitarbeiter verlieren langsam den Überblick, wie viele unregistrierte Asylsuchende sich in der Stadt aufhalten und wie viele Islamisten unter ihnen sind.

Die Veränderungen in der Hauptstadt durch unkontrollierte Flüchtlingsströme aus Syrien und anderen islamischen Ländern führen zunehmend auch zu Ängsten unter russischsprachigen Immigranten, die schon vor Jahren vor ihren Peinigern nach Berlin geflohen sind. In Internet-Blogs berichten sie von Bedrohungen, so wie der Tschetschene Asan Chadijew, der vor vier Jahren als Gegner des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow nach Berlin geflohen ist. Er berichtet, dass eine Anti-Kadyrow-Aktivistin auf offener Straße in Berlin von zwei Männern, die ihr vor der Haustür aufgelauert hatten, massiv mit dem Tod bedroht worden sei. Darüber, dass Kadyrow seine Gegner bis ins Exil verfolgen lässt, berichtete der Deutschlandfunk: Mindestens zwei von Kadyrows Vertrauten sollen sich in Berlin aufhalten. Offiziell kamen sie als Flüchtlinge, sollen aber regelmäßig nach Tschetschenien reisen, um sich dort mit dem Präsidenten zu treffen, wovon Fotos zeugen.

> Konkurrenz mit Syrern auf dem Arbeitsmarkt erwartet

Vor Kurzem stand der Moscheeverein „Fussilet 33 e.V.“ in der Perleberger Straße im Fokus der Berliner Sicherheitsbehörden. Der 30-jährige Imam Gadhizmurad A., ein russischer Staatsangehöriger dagestanischer Herkunft, wurde verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, sich als Terrorhelfer betätigt zu haben und in engem Kontakt mit dem selbsterklärten „Emir von Wedding“, Ismet D., junge Männer in einem Gebetszirkel auf den islamistischen Kampf in Syrien eingeschworen zu haben. (siehe *PAZ* 43/15)

Der Verfassungsschutz ermittelt und warnt davor, dass im Umfeld von Berliner Asylunterkünften Personen aus der salafistischen Szene auftreten und Werbung für ihre extremistische Interpretation des Islam machen.

Von den 360000 Russischsprachigen, die im Raum Berlin leben, bemerken auch diejenigen seit der Ankunft von Flüchtlingen eine Veränderung im Alltag, die selbst nicht als Wirtschaftsimmigranten nach Deutschland gekommen sind: Die 33-jährige Maria aus Belgorod kam einst als Studentin nach Deutschland. Heute arbeitet sie in der Verwaltung eines Hostels, das ebenfalls von einem Russen geführt wird und in dem zwei syrische Familien untergebracht wurden. Für sie zahle die Stadt 1500 bis 2000 Euro im Monat plus 200 Euro für jedes Kind. Es seien ordentliche Leute, sagt sie, aber sie fielen durch ihre eigene Kultur und eigene Verhaltensregeln auf. Etwa, wenn sie sich einfach bedienten, sei es bei der Bettwäsche oder Essbarem. Besonders ärgert die Russin auch, dass die deutsche Willkommenskultur mit Klagen über eine schlechte Unterbringung, das Essen oder gar über das Wetter beantwortet wird. Maria empfindet Dankbarkeit gegenüber Deutschland, weil sie sich hier etwas Wohlstand erarbeiten konnte. Sie will die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, erwartet aber, künftig mit Syrern auf dem deutschen Arbeitsmarkt konkurrieren zu müssen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Ein Park erwacht

Vorzeige-Anlage der DDR wird wiederbelebt

Der Berliner Senat will zehn Millionen Euro in den verfallenden Kulturpark Plänterwald stecken. Derzeit wird schon das Dach des „Eierhäuschens“, eines zu DDR-Zeiten sehr beliebten Gastronomiebetriebes, erneuert. Ein konkretes Konzept für die Nutzung wird bis Ende 2015 erstellt.

> Einst Freizeitspaß für Millionen Menschen

Es darf gebaut werden, nachdem das Stadtentwicklungsamt Treptow-Köpenick einen Bebauungsplan vorgelegt hat. Das kann erst geschehen, wenn ein konkretes Konzept für Parknutzung besteht. Das Projekt findet im Rahmen des Investitionsprogramms „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (Siwa)“ statt. Im Sommer 2016 soll der Plänterwald wieder öffnen.

Zu DDR-Zeiten galt der Park als beispielgebend für eine moderne Freizeitanlage. 1969 wurde im Ostteil Berlins im Stadtteil Treptow der Kulturpark Plänterwald als Vergnügungspark eröffnet. Er blieb die einzige Anlage dieser Art in der DDR, die jährlich bis zu 1,7 Millionen Besucher anlockte.

Mit den neuen Konkurrenten am Unterhaltungsmarkt nach der Vereinigung konnte der Park indes kaum mithalten. Nach einer Privatisierung und Umgestaltung ging die Anlage insolvent und verfällt seit 2002 zunehmend. Gelegentlich dort abgehaltene Veranstaltungen änderten nichts an diesem Zustand.

Die Überschuldung der Anlage verhinderte jahrelang einen Neubeginn. Die Deutsche Bank wollte nicht auf ihre Forderungen verzichten und das Insolvenzverfahren zog sich in die Länge. 2013 sollte eine Zwangsversteigerung stattfinden, die aber vom Berliner Finanzsenator verhindert wurde. Aber nun tut sich etwas. *H.L.*

MELDUNGEN

Südkorea rüstet Raketenwaffe auf

Seoul – Lange Zeit verfügten die südkoreanischen Streitkräfte lediglich über Raketen mit einer Reichweite von 300 Kilometern, die zwar die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang, ansonsten aber nur wenige Gebiete Nordkoreas hätten erreichen können. Kürzlich stellte der Süden daher die 6,4 Meter lange Hyunmoo-2-B-Rakete in Dienst, die Ziele in einer Entfernung von 500 Kilometern und damit nahezu alle Teile im Norden treffen könnte. Gegenwärtig hat der Bau von Raketen begonnen, die mit ihrer Reichweite von 800 Kilometern nicht nur ganz Nordkorea abdecken, sondern auch Teile Chinas sowie das Grenzgebiet Nordkoreas zu Russland. *F.W.S.*

Weiter in den nächsten Krieg

Damaskus – Immer mehr IS-Terroristen fliehen vor den russischen Luftschlägen aus Syrien. Doch damit sind sie für die Sache des Propheten noch nicht verloren. So wurden 500 von ihnen mit vier Flugzeugen, die aus der Türkei gekommen waren, in den Jemen ausgeflogen, wo sie in einem weiteren Krieg zu den Waffen greifen können. Das berichtete Brigadegeneral Ali Mayhub von den syrischen Streitkräften: „Nachrichtendienstlichen Angaben zufolge landeten die Flugzeuge in Aden. Zwei davon gehörten den Turkish Airlines, ein Flugzeug war aus Katar und noch eines aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sie brachten etwa 500 IS-Terroristen aus Syrien, die sich vor russischen Luftangriffen retten wollten“, sagte Mayhub. „Die Extremisten wurden von Offizieren der saudischen Koalition in Empfang genommen. Die IS-Leute sollen an einer Bodenoperation der Koalition teilnehmen, die in den jüngsten Kämpfen gegen die Huthi-Milizen erhebliche Verluste hinnehmen musste.“ *FS*

Pulverfass Balkan glimmt wieder

Asylkrise rückt die Krisenstaaten Montenegro, Mazedonien und Kosovo ins Blickfeld

Schon immer galt der Balkan als das Pulverfass Europas. Angesichts der Asylsuchendenströme, die derzeit durch die Länder ziehen, gerät auch die Situation im Südosten Europas wieder stärker in den Blickpunkt.

In der vergangenen Woche hatte der Auslandsdienst der Deutschen Presse-Agentur beängstigende Neuigkeiten über den Ticker geschickt: „Ob in der Kosovo-Hauptstadt Priština oder in Podgorica in Montenegro: Am letzten Wochenende herrschte auf den Straßen Chaos. Demonstranten und Polizei lieferten sich Straßenschlachten. Brennende Autoreifen, Schockgranaten, Tränengas und Molotowcocktails inklusive“, hieß es darin. Im EU-Beitrittskandidaten Mazedonien sieht die Lage nicht besser aus. Dort drohte Brüssel unlängst mit dem Abbruch der Beitrittsverhandlungen, sollten sich die tief zerstrittenen Politiker nicht einigen. Die drei Krisenstaaten Montenegro, Mazedonien und Kosovo gehören zu den ärmsten Ländern Europas.

Gerade das Kosovo droht zum Sozialfall des Kontinents zu werden. Hunderttausende verlassen ihre Heimat, um im Westen Wohlstand zu finden. Doch die Regierung sieht sich außer Stande die wirtschaftlichen Probleme anzugehen. Seit fast 20 Jahren streitet man im Kosovo darum, wie die serbische Minderheit in den fast nur noch von Albanern bewohnten Staat integriert werden kann. Auf Druck der EU ist ein Abkommen zustande gekommen, mit dem die 70 000 Menschen starke serbische Minderheit weitgehende Autonomierechte erhält.

Die albanische Opposition fürchtet eine Spaltung des Landes und greift zu drastischen Mitteln. Im vergangenen Monat haben Oppositionsabgeordnete das Parlament dreimal mit Tränengas im Plenarsaal lahmgelegt. Das Land ist bettelarm, und ausländische Investoren tun sich schwer. Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer reiste in der zurückliegenden Woche mit Unternehmern ins Kosovo, um sich ein Bild zu machen. Grundsätzlich sei das Kosovo interessant, allerdings müsste die Lage viel stabiler werden, sagte ein Delegationsteilnehmer anschließend. Doch danach sieht es im Moment nicht aus.

Die EU hat in der vorigen Woche nun ihre womöglich letzte diplomatische Karte gezogen und mit dem Kosovo ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Damit verpflichtet sich das Kosovo, EU-Standards bei der Regierungsführung und für die Zivilgesellschaft einzuhalten. Die Justiz soll reformiert, die Korruption und organisierte Kriminalität sollen bekämpft, demokratische Standards wie die Menschenrechte sollen eingehalten werden. Im Gegenzug sollen natürlich Gelder fließen.

Regierungschef Isa Mustafa sieht sein Land bereits auf dem Weg in Richtung EU-Mitgliedschaft. Dabei verschärft sich die Lage innenpolitisch zusehends. Um den Dauerkonflikt mit der serbischen Minderheit zu entschärfen, dürfen sich diese selbst verwalten, sogar ein eigenes Parlament wählen. Der serbische Bevölkerungsanteil beträgt lediglich sechs Prozent, kontrolliert aber rund ein Viertel des Landes. Ministerpräsident Mustafa hat das Abkommen durch das Parlament gepeitscht, weil er es als Grundvoraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft sieht. Die Opposition sieht das anders. Zuletzt brannten Autos bei gewalttätigen Demonstrationen. Der Regierungschef wurde während einer Rede mit Eiern beworfen. Am Ende konnte ein Rumpfparlament nur noch unter Polizeischutz tagen. Anführer der Revolte ist der ehemalige Studentenaktivist Albin Kurti. Die Demonstranten sind überwiegend junge Männer. Sie fürchten die Etablierung einer serbischen Teilrepublik wie in Bosnien und Herzegowina und gewinnen zunehmend an Einfluss. In der Hauptstadt Priština stellt die Bewegung bereits den Bürgermeister.

> Die Balkanstaaten gelten als »Länder ohne Hoffnung«

Gewalttätig geht es auch in Montenegro zur Sache. Dort will die Opposition Regierungschef Milo Djukanovic stürzen. der seit 25 Jahren der alles beherrschende Politiker des Landes ist. Ein internationales Journalistennetzwerk hat kürzlich ein vernichtendes Fazit gezogen und „mafiaähnliche Strukturen“ ausgemacht und dem Ministerpräsidenten finanzielle Bereicherungen unterstellt. Tausende Demonstranten gingen zuletzt auf die Straße und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese räumte ein Protestcamp vor dem Parlament mit Gewalt. Wiederholt gab es Festnahmen und Verletzte. Im kommenden Frühjahr soll ein neues Parlament gewählt werden. Djukanovic hat angekündigt, sich wieder zur Wahl stellen zu wollen. Die Opposition fordert dagegen seinen sofortigen Rücktritt und die Einsetzung einer Übergangsregierung.

In Mazedonien ist die Situation ähnlich dramatisch. Dort haben selbst hartgesottene EU-Politiker abgewunken und die Beitrittsverhandlungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Mehrfach hatte die Regierung dort Termine ohne Angabe von Gründen platzen lassen, die Opposition hatte in der Vergangenheit wiederholt über Wahlfälschungen und Repressionen geklagt.



Kosovo, eines der ärmsten Länder Europas, ist zugleich Transit- und Herkunftsland: Straßenbild in Priština Bild: pa

Den drei Ländern sind nicht nur Phänomene wie Korruption, Misswirtschaft und politische Instabilität gemein. Sie werden auch von einer Arbeitslosenquote von teilweise mehr als 50 Prozent belastet. Dabei gibt es beispielsweise im Kosovo ein gut ausgebautes Bildungssystem, aus dem jährlich mehr als 50 000 Absolventen auf einen quasi nicht vorhandenen Arbeitsmarkt drängen. Eine Massenflucht ist die Folge. Das Online-Magazin „Kosovo 2.0“ bezeichnet die Balkanstaaten mittlerweile als „Länder ohne Hoffnung“. *Peter Entinger*

Sieg mit Hindernissen

Wahl in der Ukraine spiegelt Zerrissenheit des Landes wider

Es sollte ein Neustart nach der Kiewer Majdan-Revolution werden: Die Kommunalwahl in der Ukraine vom 25. Oktober sollte ein Gradmesser für die Zustimmung der Bürger zum Westkurs der Regierung werden.

Präsident Petro Poroschenko und sein nach ihm benannter Block sehen sich durch den Wahlausgang zwar bestätigt, doch gibt es einige „Aber“, wie das vorläufige Wahlergebnis zeigt. Die hohen Umfragewerte Poroschenkos in Kiew und in der Zentralukraine sprechen dafür, dass die Mehrheit der Ukrainer ihm ihre Loyalität ausspricht, aber in der Westukraine schnitt auch die rechtsradikale Partei Swoboda (Freiheit) stark ab.

Bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent wurden nicht nur radikale Kräfte im Westen gestärkt, sondern auch prorussische. In Kiew betrug die Wahlbeteiligung 42 Prozent, in den von Regierungstruppen kontrollierten Teilen der Konfliktgebiete Donezk und Lugansk betrug sie lediglich 31,7 und 35,3 Prozent. Insgesamt hatten sich 142 Parteien und über 210 000 Kandidaten um lokale Mandate beworben.

Im Osten des Landes gelang es Anhängern des 2014 gestürzten Präsidenten Janukowitsch, die sich in einem Oppositionsblock vereint hatten, vermehrt Stimmen zurückzugewinnen. Zwar waren es insgesamt weniger als erwartet, aber der Block konnte vor allem in den großen Städten punkten. In Charkow erzielte der amtierende Bürgermeister Gennadij Kernes, ein früherer Parteigänger Janukowitschs, auf Anhieb die absolute Mehrheit. Der Wahlkampf war bestimmt von



Bangt um sein Bürgermeisteramt in Kiew: Vitalij Klitschko

viel Populismus und Phrasen. Das vorläufige Wahlergebnis spiegelt insgesamt die Zerrissenheit des Landes wider. In Lemberg, Odessa und Dnjepropetrowsk muss wie in Kiew eine Stichwahl entscheiden.

Für Kiew steht der Termin für die Stichwahl bereits fest. Sie wird am 15. November durchgeführt. Obwohl Ex-Boxer Vitalij Klitschko knapp 40 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt, verfehlte er die absolute Mehrheit. Wer sein Gegner sein wird, steht noch nicht fest, da einige Kandidaten gleichauf lagen.

Die Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) berichteten zwar, dass die Wahl demokratischen Standards entsprochen habe, dennoch gab es Unregelmäßigkeiten und Pannen. Ausgerechnet in den ostukrainischen Städten Mariupol und Krasnoarmejsk, den Vorposten gegen die prorussischen Separatistengebiete, konnte nicht gewählt werden, weil keine Wahlformulare vorhanden waren. Dabei ist Mariupol eine strategisch wichtige Hafenstadt am Asowschen Meer.

In 122 von der Ukraine kontrollierten Kommunen nahe der Front und in den Gebieten der Ostukraine konnte überhaupt nicht gewählt werden. Im Minsker Abkommen hatten sich beide Seiten darauf geeinigt, dass dort erst im kommenden Jahr gewählt werden soll. Von ihrem Wahlrecht waren aber auch die 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge an ihren neuen Wohnorten in der Westukraine ausgeschlossen. *M. Rosenthal-Kappi*

Schweden denkt um

59 Prozent der Bürger wollen eine restriktivere Asylpolitik

Schweden galt vielen Kommentatoren als Paradebeispiel für eine liberale Bürgergesellschaft. Als osteuropäische Staaten ihre Grenzen gegen Flüchtlingsströme sicherten und auch in Deutschland die Menschen auf die Straßen gingen, da wurde gerne auf Skandinavien verwiesen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat in der Tat in den vergangenen Monaten kein anderer europäischer Staat auch nur annähernd so viele Menschen aufgenommen wie Schweden. Doch nun ist die Stimmung am Kippen. „Wir sind an der Grenze unserer Kapazität“, erklärte Regierungschef Stefan Löfven. Bis zu 190 000 Asylsuchende erwartet Schweden in diesem Jahr. Auf die Einwohnerzahl Deutschlands hochgerechnet wären das knapp 1,6 Millionen mehr, als die Bundesregierung bisher für Deutschland vorhersagt.

Die schwedische Bevölkerung geht zunehmend auf die Barrikaden. Gewalt gilt in Skandinavien generell als Tabu, politische Auseinandersetzungen werden auch im Parlament mit leisen Tönen ausgetragen. Doch in den vergangenen Tagen brannten plötzlich Asylunterkünfte. Ein Novum im liberalen Schweden. „Das ist nicht das Schweden, das wir kennen“, sagte Löfven erschrocken. Denn sein Land ist mittlerweile gespalten. Auf der einen Seite steht eine politische Klasse, die nie Zweifel an der großzügigen Flüchtlingspolitik zulassen wollte. Auf der anderen Seite wächst die Zahl der Gegner dieser Politik.

Ihr Sprachrohr ist die nationalliberale Partei der Schwedendemokraten, die im Europaparlament mit den britischen EU-Gegnern um Nigel Farage zusammenarbeitet. Die Partei will in den kommenden Monaten über eine Million Euro für eine Abschreckungskampagne ausgeben, die eigentlich für

> Asylsuchende lehnten Ferienheim als zu stadtfern ab

den Wahlkampf 2018 vorgesehen war. In Jordanien, dem Libanon und der Türkei soll eine Kampagne mit dem Titel „Kommt nicht her“ geschaltet werden, die vom Reiseziel Schweden abschreckt. Unter anderem soll vor dem ungemütlichen Wetter in Schweden gewarnt werden. Zudem forderte die Parteispitze eine Volksabstimmung über die bisherige Flüchtlingspolitik von Premierminister Löfven.

Der zuwanderungskritische Kurs der Partei wird vom Wähler zunehmend honoriert. Wären jetzt Wahlen, käme die Partei auf mehr als 20 Prozent der Stimmen. Laut einer repräsentativen Umfrage wünschen sich 59 Prozent der Schweden eine restriktivere Flüchtlingspolitik.

Schweden ist neben Deutschland nicht nur eines der europäischen Länder, die sich bei den zahllosen Migranten aus Nahost und Afrika besonderer Beliebtheit erfreuen, die Regierung in Stockholm tut auch alles, damit das so bleibt. So wurden von der Migrationsbehörde vor Kurzem 35 Flüchtlinge mit einem Bus in die mittelschwedische Ortschaft Lima gebracht, wo für sie Sommerhäuser eines Ferienheims bereitstanden. Allerdings stieß die schwedische Gastfreundschaft keineswegs auf das Wohlwollen der Begünstigten. Die Flüchtlinge weigerten sich, aus dem Bus zu steigen, wie die Zeitung „Dalarnas Tidningar“ schreibt. Der Grund: In dieser Ortschaft und diesen Häusern könne man nicht bleiben, denn sie seien zu weit vom städtischen Leben entfernt. Lima liegt 40 Kilometer von der nächsten Stadt Malung entfernt, und die Flüchtlinge fühlten sich vom Stadtleben isoliert. Es ist nicht das erste Mal, dass sich Migranten in Schweden über Isolation beschweren und deshalb ihre Unterkünfte ablehnen. *P.E./F.S.*

Hellas-Krise kehrt zurück

Wie gewohnt werden Neuerungen zwar verabschiedet, aber nicht umgesetzt

Griechenland müsste mit vielen Reformschritten bereits weiter sein. Wie früher werden Reformen zwar verabschiedet, aber ohne Ausführungsbestimmungen verlaufen sie im Sande. Dies geht aus einer internen Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor.

Die griechische Tzipras-Regierung hat zwar eine Menge Gesetze erlassen, damit die jüngsten Hilfen ausgezahlt werden können, diese aber nur zu einem Bruchteil umgesetzt. Zwei Drittel der Reformen warten noch auf ihre Umsetzung. Es ist wie bei allen Reformpaketen der letzten acht Jahre: Gesetze werden beschlossen, aber ohne Ausführungsbestimmungen, und deshalb verlaufen sie im Sande.

Damit steht Griechenland in bester byzantinischer Tradition. Auch das Osmanische Reich hatte im 19. Jahrhundert unzählige Reformpakete (Tanzimat-Reformen) auf den Druck europäischer Mächte hin vereinbart, aber schlussendlich keines davon umgesetzt.

Ein Grund für die Verzögerung in Griechenland war diesmal die Neuwahl des Parlaments vom 20. September, die das Land über Wochen politisch lähmte. Eine derartige Wahl könnte schon bald wieder anstehen. Denn falls Ministerpräsident Alexis Tsipras tatsächlich einige der bereits beschlossenen Reformen durchführen will, könnten ihm Teile seiner eigenen Partei erneut die Gefolgschaft verweigern.

Bis zum 23. Oktober sollten die europäischen Geldgeber die Fortschritte bei der Umsetzung des neuen Reformprogramms in Griechenland prüfen, das Athen für neue Hilfskredite abarbeiten muss. Bereits bis zum 15. Oktober sollte Griechenland 48 Reformschritte umgesetzt haben. Tatsächlich abgehakt sind davon aber bisher nur 16. Bis zum 4. November musste das griechische Parlament ein zweites Reformpaket verabschieden. Fünf Tage später tagen die Euro-Finanzminister. Geben sie grünes Licht, könnte der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) unmittelbar darauf eine weitere Hilfszahlung von einer Milliarde Euro nach Athen überweisen.

> Die internationalen Geldgeber haben die Auszahlung neuer Milliardenhilfen auf Eis gelegt

Das Geld wird dringend benötigt, weil in der Staatskasse mal wieder Ebbe herrscht. Die Steuereinnahmen bleiben weiter hinter dem Plan zurück, 12,5 Prozent weniger als für dieses Jahr offiziell erwartet. Als Gründe werden die schwache Konjunktur angeführt und die Schwierigkeiten vieler Privathaushalte und Firmen erstmals ihre Steuern zu bezahlen.

Diesmal erstmals verstärkt durch einen Vertreter des Euro-Rettungsfonds ESM kamen Mitte Oktober die Prüfer der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank wieder nach Athen. Ein Erfolg der Gespräche mit dem griechischen Finanzminister Euklid Tsakalotos ist alles andere als sicher. Zu den unerledigten Aufgaben gehören eine Strafrechtsänderung zur Verfolgung von Steuersündern, die Öffnung des Energiemarktes, Maßnahmen zur Bekämpfung des Schmuggels und die Privatisierung der Regionalflughäfen.

Ebenfalls im Rückstand ist die Regierung mit dem Haushalt 2016, neuen Steuergesetzen und einer Regelung zur Konsolidierung notleidender Bankkredite. Immer neue Verzögerungen gibt es auch bei den Privatisierungen, die als Prüfstein für den Reformwillen der Regierung Tsipras gelten. Ein Beispiel ist die seit Jahren immer wieder aufgeschobene Privatisierung der Hafengesellschaft von Piräus. Ursprünglich sollten die Interessenten ihre Gebote bis Ende Oktober abgeben. Jetzt wurde diese Frist bis Anfang Dezember verlängert, weil sich in der linken Regierungspartei Syriza Widerstand gegen das Projekt gebildet hat.

Ausgerechnet Alexis Tsipras von der Protestpartei Syriza muss als Ministerpräsident nun den Bürgern immer neue Lasten aufbürden. Tsipras steht unter Druck von allen Seiten. Die Geldgeber pochen auf Einhaltung des Reformkurses. Hafenarbeiter protestieren mit landesweiten Streiks gegen die geplanten Hafenprivatisierungen. Die Bauern bereiten Straßenblockaden gegen die geplante Abschaffung ihrer Steuerprivilegien vor. Und für den 12. November haben die Gewerkschaften zu Massenstreiks gegen die Rentenkürzungen aufgerufen. *Bodo Bost*



Gegen Privatisierung: Protest und 24-stündiger Warnstreik der Gewerkschaft griechischer Hafenarbeiter Bild: pa

MELDUNGEN

Neue Geldflut erwartet

Frankfurt – Eine große Mehrheit der Volkswirte rechnet für den Dezember mit einer weiteren Lockerung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Wie aus einer Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters unter fast 60 Ökonomen hervorgeht, glauben rund 80 Prozent der Nationalökonomen, dass es bei der für den 3. Dezember angesetzten EZB-Ratssitzung zu einem weiteren Lockerungsbeschluss für die Geldpolitik der Euro-Zone kommt. *N.H.*

Arbeitslosenzahl sinkt weiter

Nürnberg – Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober erstmals seit fast 24 Jahren wieder unter die Marke von 2,7 Millionen gesunken. Laut Bundesagentur für Arbeit waren in diesem Monat 2,649 Millionen Erwerbslose registriert. Das seien 59 000 weniger gewesen als im September und 83 000 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote sank im Oktober auf sechs Prozent. Grund sei die „positive konjunkturelle Grundtendenz“. *J.H.*

Für unsere Leser liegt dieser Ausgabe der Tafelkalender der *PAZ* bei

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.946.070.591 €
Vorwoche: 2.026.844.344.796 €

Verschuldung pro Kopf:
24.999 €
Vorwoche: 24.998 €

(Dienstag, 3. November 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Hoffnungsträger PiS

Regierungswechsel weckt in Polen große Erwartungen

Zum Wahlsieg der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwosc, PiS) bei den polnischen Parlamentswahlen vom vergangenen Sonntag (siehe auch Bericht Seite 14) hat die aktuelle Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa ebenso beigetragen wie eine allgemeine Unzufriedenheit mit der bislang regierenden Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO).

So hat die von der PO geführte Regierung noch kurz vor den Parlamentswahlen in Brüssel eine in Polen weithin abgelehnte Quotenregelung zur Aufnahme von Asylbewerbern akzeptiert. Weit verbreitet ist auch der Eindruck, dass die Bürgerplattform von Donald Tusk in acht Regierungsjahren zu einer Sammelpartei von Klientelinteressen degeneriert ist. Bei den Bürgern gepunktet hat hingegen die nationalkonservative PiS mit diversen Wahlversprechen.

Deren Einlösung könnte allerdings noch zu einem Problem werden. Noch relativ einfach scheint die Lage bei den in Aussicht gestellten Hilfen für diejenigen Polen, die durch Fremdwährungskredite in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Die PiS will über eine Abgabe von 0,39 Prozent der Bilanzsumme die Banken des Landes zur Kasse bitten. Die versprochenen staatlichen Beihilfen für junge Polen sind allerdings kaum finanzierbar.

In der Bevölkerung hat sich ein erheblicher Erwartungsdruck aufgebaut. Vor allem viele junge Polen erhoffen sich von der PiS einen schnelleren Fortschritt beim Anstieg des Lebensstandards als in den letzten Jahren unter der PO-Regierung. Zwar steht das Land im Vergleich mit anderen ehemaligen Ostblockstaaten nicht schlecht da, doch ziehen viele Polen als Vergleichsmaßstab Deutschland oder Großbritannien heran.

> Die Wünsche sind groß in Polen, doch die Defizite der Wirtschaft nicht minder

Tatsächlich leidet die polnische Volkswirtschaft unter gravierenden Defiziten. So beruht der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre nicht zuletzt darauf, dass Polen das EU-Land mit dem höchstem Anteil an prekären Arbeitsverhältnissen ist. Wie die „Neue Züricher Zeitung“ diagnostiziert, fehlt Polen bislang ein Wachstumsmodell, dass nicht auf Niedriglohn basiert.

Vor diesem Hintergrund ist der Erfolgsdruck für die PiS erheblich. Seit der EU-Osterweiterung haben geschätzte 2,5 Millionen Polen das Land verlassen und sind unter anderem nach Großbritannien gegangen. Verschärft wird die massive Abwanderung von Arbeitskräften durch eine extrem negative demographische Entwicklung in Polen wie in ganz Osteuropa. Keine Region der Welt altert so schnell wie der Osten und Südosten Europas. Wie auch andere osteuropäische Staaten gehört Polen zu den zehn Ländern der Welt, deren Gesamtbevölkerung im Allgemeinen und deren Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter im Besondern am schnellsten schrumpft.

Jede Partei oder Parteienkoalition, die in den kommenden Jahrzehnten in Warschau an der Regierung ist, wird angesichts dessen Mittel und Wege finden müssen, eine weitere Abwanderung zu stoppen. Bei einem Scheitern droht Polen sich zunehmend in ein dünnbesiedeltes Gebiet zu verwandeln, in dem überproportional viele Rentner leben. *Norman Hanert*

(siehe auch Seite 14)

Mittelstand schrumpft

In den USA und Europa steigt der Anteil der Armen

Der vor Kurzem veröffentlichte „Wealth Report“ der Credit Swiss liefert in diesem Jahr ein wenig schmeichelhaftes Bild von der Wirtschaftslage westlicher Länder. So ist nach Einschätzung der auf Vermögensverwaltung spezialisierten Bank der Anteil der Armen an der Bevölkerung sowohl in den USA als auch in Europa mittlerweile größer als in China. Während davon ausgegangen wird, dass die Hälfte der Weltbevölkerung ein Nettovermögen von mindestens 3200 US-Dollar pro Kopf hat, liegt ein beachtlicher Anteil von US-Amerikanern und Europäern aufgrund von Schulden unter diesem Wert. So geht man bei der Credit Swiss davon aus, dass mittlerweile rund ein Viertel der US-Amerikaner unter dem Strich mehr Schulden als Guthaben hat. „Wenn Sie keine Schulden und zehn Dollar in Ihrer Tasche haben, dann sind sie wohlhabender als 25 Prozent der Amerikaner“, so die anschauliche Lagebeschreibung, der zweitgrößten Bank der Schweiz.

Zu diesem Befund passt eine Umfrage, die das Gallup-Institut im April 2015 veröffentlicht hat. So ist zwischen 2001 und 2015 der Anteil der sich zur oberen und unteren Mittelschicht zählenden US-Amerikaner von 63 Prozent auf 51 Prozent gesunken. Von 33 auf 48 Prozent angestiegen ist dagegen der Anteil derjenigen, die sich als Arbeiter oder als Angehörige der Unterschicht einstufen. Fakten bestätigen das weitverbreitete Abstiegsgefühl: Nach Angaben, die von der Social Security Administration im Oktober veröffentlicht wurden, haben 40 Prozent aller Arbeiter in den USA ein Bruttojahreseinkommen unter 20 000 Dollar. Das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familien wiederum wird momentan mit 28 410 Dollar angegeben.



Sie sind von wachsender Armut betroffen: Immer mehr US-amerikanische Jugendliche sind auf Mahlzeiten der Suppenküche angewiesen

Der Befund ist eindeutig: Die Wirtschaft bietet einfach nicht mehr genug gutbezahlte Arbeitsplätze, die für den Erhalt einer breiten Mittelschicht notwendig sind.

Die Auswirkungen machen sich inzwischen an einem Phänomen bemerkbar, das bislang vor allem aus Italien bekannt war. Immer mehr Jugendliche bleiben nach Erreichen der Volljährigkeit bei ihren Eltern wohnen. Wie aus einer Statistik der Federal Reserve Bank Saint Louis hervorgeht, wohnte im Jahr 1999 ein Viertel aller 25-Jährigen noch weiter im Elternhaus. Bis zum Jahr 2013 war dieser Anteil im Durchschnitt aller US-Bundesstaaten auf beachtliche 48,8 Prozent angestiegen. Die US-Notenbank sah sich nun immerhin veranlasst, zur Ausbreitung des „Nesthocker-Phänomens“ eigens eine Untersuchung vorzulegen. Als Ursachen angeführt werden unter anderem die gestiegenen Belastungen durch Studiendarlehen und niedrige Gehälter beim Berufseinstieg. *N.H.*

Grenzzaun

Von Manuel Ruoff

Der Ostblock hat während des Kalten Krieges trotz chronischen Ressourcenmangels durch Grenzsicherungsmaßnahmen Massenauswanderungen verhindern können. Da sollten die EU und die Bundesrepublik doch in der Lage sein, mit entsprechenden Maßnahmen Masseneinwanderungen zu verhindern. Dass Grenzzäume hier tatsächlich etwas bringen, zeigt das Beispiel Ungarn.

Eine zu erwartende Kettenreaktion würde die Wirkung unterstützen: Der Staat, der vor dem Grenzzaun auf der Immigrantenroute liegt, würde aus purem Eigeninteresse seinerseits einen Grenzzaun ziehen, um nicht auf denen sitzen zu bleiben, die am Grenzzaun des nächsten Staates auf der Route scheitern, sodass sich schließlich eine ganze Reihe von Grenzzäunen auf der Immigrantenroute bilden würde.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Die Wirkung eines entsprechenden Grenzzaunes ließe sich dadurch verstärken, dass jene, die ihn illegal überwinden, statt legal einzureisen, nicht mit Sozialleistungen für deren Überwindung belohnt werden, sondern nach ungarischem Vorbild als das behandelt werden, was sie sind: Gesetzesbrecher.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Dass Berlin und Brüssel insgeheim an die Wirkung von Grenzsicherungsmaßnahmen glauben, zeigt deren geradezu flehentliche Bitte an Ankara, die Weiterwanderung der Immigranten von türkischem Territorium Richtung EU durch selbige unter Kontrolle zu bringen. Was man von der Türkei erbittet, die Sicherung der Grenze zur EU, könnte man selber mindestens genauso gut. Die Wirkung für die Migranten wäre vergleichbar.

Doch was tut beziehungsweise unterlässt man nicht alles, um den Schein zu wahren. Eine „Festung Europa“ mit ernsthafter eigener Grenzsicherung will man in Berlin und Brüssel aus Rücksicht auf die Gutmenschen vermeiden. Eine Sicherung der „Festung Europa“ mittels der Errichtung eines eigenen Grenzzaunes ist noch problematischer. Schließlich kann man schwerlich selber etwas machen, wofür man Ungarn aufs Übelste beschimpft. Diesen Triumph vergönnt man dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seinen vielen Sympathisanten unter den „Rechtspopulisten“ Europas. So bittet man lieber die Nachbarn um restriktivere Möglichkeiten der Ausreise, als die Einreise auf das eigene Territorium zu erschweren.

Und gar ein innereuropäischer Grenzzaun an der bundesdeutschen Außengrenze wäre für Berlin und Brüssel das Letzte. Denn diese unübersehbare Grenzsicherungsmaßnahme wäre ein symbolträchtiger Rückschritt bei der Vertiefung der europäischen Integration, und für die gilt wie für die Erweiterung der EU das Dogma Erich Honeckers: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Aus diesen Gründen kann ein Grenzzaun also keine Lösung sein – weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Meinungsfreiheit in Gefahr

Von Norman Hanert

Es ist Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), der die Integrationsdebatte um einen völlig neuen Aspekt bereichert hat. Diejenigen, die zu Pegida-Demonstrationen gehen, seien ein Integrationsproblem, so Maas in einem Essay für den „Spiegel“. Die Anhänger von Pegida seien „steckengeblieben in der geistigen Transitzone zwischen Diktatur und Demokratie“, so Maas.

Gerade dem Justizminister, der zusammen mit Innenminister Thomas de Maizière (CDU), zu den sogenannten Verfassungsministern zählt, sollte eigentlich nicht entgangen sein, wie sehr das Vertrauen vieler Deutscher in Demokratie und Rechtsstaat mittlerweile erodiert ist. Es ist nicht zu übersehen, wie ausgerechnet unter Berufung auf Begriffe wie „Toleranz“ und „Menschenrechte“ mittlerweile Forderungen nach Einschränkung der Meinungsfreiheit erhoben werden. Der Justizminister selbst war es, der erst vor Kurzem den sozialen Internetdienst Facebook dazu aufgefordert hat, Nutzereinträge, die nach Meinung des Ministers fremdenfeindlich, rassistisch oder volksverhetzend sind, zu löschen. Bei genauerem Hinsehen offenbart die ausgerechnet vom Justizminister vorgebrachte Forderung ein äußerst bedenkliches Rechtsverständnis. Sofern es sich bei den Äußerungen tatsächlich um Delikte im Sinne des Strafrechts handelt, ist es Angelegenheit der Strafverfolgungsbehörden, sich der Sache anzunehmen. Das Verfahren, das Maas offenbar vorschwebt, bedeutet letztendlich, dass ein Privatunternehmen in vorauseilendem Gehorsam als Ersatz für die regulär zuständige Justiz tätig werden soll – vorbei an den etablierten rechtsstaatlichen Wegen, obendrein ständig in Gefahr, politisch instrumentalisiert zu werden.

Justizminister fordert Privatunternehmen zur Zensur auf

Bereits die EU-Rettungspolitik mit Bruch des Verbots der Schuldenhaftung und der direkten Staatsfinanzierung kann als Vorspiel zum permanenten Rechtsbruch von Seiten der Regierung aufgefasst werden. Die aktuelle „Flüchtlingskrise“ offenbart nun erneut, dass die Bundesregierung sich unter Berufung auf eine Notlage nicht an geltendes Recht gebunden fühlt. Suspendiert sind Teile des Asylverfahrensgesetzes ebenso wie EU-Verträge zum Umgang mit Asylbewerbern in Europa. Auch im Alltag nehmen die Bürger wahr, wie die Konsistenz des Rechtsstaates immer mehr zerbröselt. Festgestellt werden muss, dass in Deutschland mittlerweile oftmals zweierlei Recht gilt: einmal für Einheimische, einmal für Ausländer. Damit ist eine unheilvolle Entwicklung in Gang gekommen, bei der sich eine schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates mit einem beachtlichen Demokratiedefizit verbindet.



Stellten jüngst Möglichkeiten vor, um Inhalte in den sozialen Netzwerken zu löschen: Bundesjustizminister Heiko Maas (l.) und der Facebook-Vertreter für Politik in Europa, Richard Allan

Bild: pa

Frei gedacht



Deutschland, »trojanischer Esel der Nato«?

Von Eva Herman

Es sind unfassbare Bilder, die sich unseren Augen in diesen Monaten alltäglich auftun: Ströme tausender, zehntausender fremdländisch wirkender Menschen, die täglich – von Osten und Süden her – nach Europa herein kommen. Sie wollen bleiben. Sie machen vor Grenzen nicht Halt, schrecken vor Mauern, Meeren und Flüssen nicht zurück, sie bezahlten abertausende Dollar, um verschmutzten Wüstencamps oder ihrer Heimat entfliehen zu können. Dort ist vieles zerstört, die Infrastrukturen wurden durch Bomben, Granaten und Todesschwadronen vernichtet, Dörfer, Städte dem Erdboden gleichgemacht. Notleidende Menschen also? Gewiss, es sind etliche darunter, und jeder ist einer zu viel. Mit ihnen wollen wir uns hier beschäftigen.

Wer sich fragt, warum sie, wie durch ein geheimes Kommando ausgelöst, allesamt vor nicht einmal einem Jahr die Flucht begannen, und nun immer mehr werden, der landet schnell bei der Uno. Die Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen hat Ende 2014 die Unterstützung für Millionen Flüchtlinge um 40 bis 60 Prozent gekürzt. Erhielt ein syrischer Flüchtling in einem jordanischen Lager letztes Jahr noch etwa 31 US-Dollar pro Monat, so wurde diese Summe von einem Tag auf den anderen auf knapp 14 Dollar gekürzt: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Die Kosten für einen Flüchtling hier in Deutschland reichen jedoch aus, um mehr als 100 Flüchtlinge in der Heimat überleben zu lassen.

Etwa zeitgleich mit den Kürzungen begannen erste Gerüchte dort, im fernen Arabien und Afrika, die Runde zu machen. Die Hoffnung der Menschen wurde genährt durch viele Falschinformationen, die sie schließlich zum Aufbruch ermunterten: In Deutschland erhalte jeder ein Haus, in Deutschland sei genug Geld und Platz für alle da, und in Deutschland warte eine treusorgende Kanzlerin, Mutti Merkel, die allen weltweiten Flüchtlingen helfen wolle. Helfen? Ach, ja? Warum wurde den Menschen eigentlich nicht dort, vor Ort geholfen, indem man ihnen die monatlichen UN-Zuwendungen gelassen hätte? Und gleichzeitig hätte die internationale Gemeinschaft, hätte sie es denn wirklich ernst gemeint mit ihrer „Hilfe“, den Wiederaufbau der zerstörten Länder dieser Menschen unterstützt. Doch das Gegenteil tat man! Ganz bewusst schnitt man den Menschen ihre einzige Überlebensader ab, man zwang sie, sich auf den Weg zu machen in eine angeblich bessere Welt, nach Europa, nach Deutschland hin.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Schock für die wirklichen Flüchtlinge, die nun hier ankommen, nach teilweise unsäglichen Qualen, muss riesig sein, spätestens, wenn sie einige Tage in den Erstaufnahmelagern verharrten, womöglich auch schon weitergeleitet wurden in sogenannte Flüchtlingscamps, wo sie wochenlang auf Papiere sowie Geld- und Sachzuwendungen, auf das angestrebte bessere Leben, warten. Hier wird ihnen kaum geholfen, jedenfalls hatten sie ganz andere Hilfen erwartet. Es gibt nur wenige Unterschiede zu den früheren Flüchtlingslagern Jordaniens, des Jemens, der Türkei und so weiter, denen sie gerade entronnen sind. Schon bald müssen sie feststellen, dass es leider doch kein Haus für jeden gibt, nicht einmal eine Wohnung, auch kein festes Dach über dem Kopf. Geschweige denn Frieden, Ruhe und Erholung. Nein, der Stress geht weiter, es herrscht Kampf ums Überleben, jeder ist gegen jeden, Neid, Missgunst und Gewalt kennzeichnen Tage und Nächte. Der Schock, die Ernüchterung über das nicht enden wollende Elend ist so nachvollziehbar wie gefährlich. Denn die bittere Erkenntnis zieht Enttäuschung, Wut, Aggression nach sich, Hoffnungslosigkeit. Viele der wirklichen Flüchtlinge haben der langen Reise ins gelobte Land Deutschland, den zahllosen Schleusern und Verbrecherbanden ihr ganzes Gut und Geld geopfert. Nun sitzen sie hier in Kälte, Regen, Verzweiflung und wachsendem Zorn, denn sie haben wahrhaftig nichts mehr zu verlieren.

Für all diesen Zündstoff herrscht in unserem Land eine noch vergleichsweise bemerkenswerte Ruhe. So auch in den sogenannten Flüchtlingslagern. Vielleicht erfahren wir ja auch nicht die ganze Wahrheit, was da wirklich los ist, damit der „innere Frieden“ in unserem Lande, soweit man davon überhaupt noch sprechen kann, gewahrt bleiben möge. Wie lange noch? Wer einmal auf eigene Faust versucht, in ein Flüchtlingslager zu gelangen oder auch nur an einen Zaun zu kommen, durch dessen Maschen er einen Blick werfen, sich ein Bild machen könnte, der wird in aller Regel enttäuscht: Wie militärisches Sicherheitsgebiet ist alles abgeschirmt, die Einwanderer können zwar raus, aber niemand Unbefugtes kann rein. Was ist es, was wir nicht sehen sollen?

Unsere deutsche Rabenmutter Merkel ist auch irgendwie seltsam ruhig geworden. Nachdem sie dem bestürzten Land via Talkshow vor einem Monat mitgeteilt hatte, dass es nicht in ihrer Macht läge, wie viele Menschen noch kämen, nachdem sie stur wiederholt hatte, dass Deutschlands Grenzen offen bleiben, muss sie sich, auch in den eigenen Parteireihen, zunehmend in Deckung bringen: Brandbriefe, Drohreden und, von außen, hunderte Klagen gegen die Politikerin persönlich. Ein Intellektueller bezeichnete das derzeitig grenzenlose Deutschland unter der stoischen Physikerin kürzlich als „den trojanischen Esel der Nato“. Was das internationale Kriegsbündnis wohl vorhat? Wer sich die aktuellen Bilder der Flüchtlingstrecks in Fernsehen und Internet anschaut, der muss feststellen, dass seit einigen Tagen nur noch wenige der afrikanischen jungen Männer darunter sind, wie wir sie von Beginn an gewohnt waren. Sind die, die hier wohl noch bestimmte Arbeit zu erledigen haben, bereits alle eingeschleust?

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Der Deutsche Städtetag geht für 2016 von Zusatzkosten bis zu 16 Milliarden Euro für Länder und Kommunen aus, alleine für die Flüchtlingshilfe. Wohlgemerkt, nur für Deutschland. Diese Zahlen entstanden allerdings auf Grundlage der offiziellen Flüchtlingszahlen, die jedoch längst überholt sind. Denn es werden natürlich viel mehr, es hört ja nicht auf. Hätte Deutschland dieses Geld an die UN-Flüchtlingshilfe gespendet, so wären zahlreiche Menschenleben gerettet worden, Millionen Traumata und Gewalterfahrungen nicht nötig gewesen. Vor allem hätten die Menschen in ihrer Heimat oder dicht davor bleiben können, hätten sie eines Tages womöglich selbst auch wieder mit aufbauen können. Doch es darf getrost bezweifelt werden, dass dies je der Plan der Machthaber gewesen sein könnte, die sich anmaßen, über Wohl und Wehe unserer Welt zu entscheiden.

In den letzten Tagen erhalte ich zahlreiche Anrufe von Freunden und Bekannten. Sie haben Angst. Jeden Abend, wenn sie ins Bett gehe, berichtete neulich eine Kollegin, falle die Angst über sie her wie ein dunkles Ungeheuer. Der Anblick tausender Flüchtlinge, die täglich herkommen, bringe sie um den Verstand. „Es kann nicht gutgehen“, so ihre Aussage, „wie soll dies je gutgehen? Es hört ja nicht mehr auf. Wo sollen die Menschen denn alle hin?“ Es sind identische Sorgen, welche die Menschen hierzulande haben, auch angesichts der erschöpften ehrenamtlichen Helfer, die sich ein Ende dieser Tragödie inzwischen heiß herbeisehnen. Doch dies ist nicht in Sicht. Die Menschenflut geht weiter. Den Flüchtlingen wird nicht geholfen. Wie mag Frau Merkel wohl schlafen?

Misstöne in der Oper

Miese Kritiken, Personalquerelen und jetzt auch noch Pegida – Die Semperoper kämpft um ihren guten Ruf

Statt sich auf ihre künstlerischen Aufgaben zu konzentrieren, zerreibt sich die Dresdner Semperoper derzeit in innerbetrieblichen Muskelspielen und juristischen Auseinandersetzungen. Und sogar in die Politik mischt sie sich neuerdings ein.

Die Semperoper hat Probleme, massive Probleme. Schuld daran trägt nicht zuletzt die Sächsische Staatskapelle, die als Orchester ein integraler Bestandteil des Hauses sein müsste wie das Ballett und das Opernensemble auch, sich aber zunehmend als Staat im Staate geriert. Darüber hinaus mimt ihr Chefdirigent Christian Thielemann den Platzhirsch. Das bekam zuletzt der Belgier Serge Dorny zu spüren, der jetzige Leiter der Opéra National de Lyon, welcher eigentlich im September 2014 Intendant der Semperoper werden sollte und die Missstände an der Elbe ganz offen ansprach: „Die Sparten Oper und Ballett haben nur Pflichten, keine Rechte. Das Orchester dagegen hat nur Rechte, wenige Pflichten" – im Grunde spiele es die elitäre „Hofkapelle".

Das führte zu einem Machtkampf mit Thielemann, der damit endete, dass die sächsische Kultusministerin Sabine von Schorlemer Dornys Vertrag fristlos kündigte, weil er ein „antiquiertes, inhumanes und selbstgerechtes Verständnis von Personalführung" aufweise. Der dergestalt Ausgebootete verklagte den Freistaat daraufhin auf die Zahlung einer Abfindung – immerhin sollte er ja bis 2019 an die 1,5 Millionen Euro Gehalt beziehen. Und seine Chancen, den Freistaat um reichlich Geld zu erleichtern, stehen auch recht gut, denn andere prominente Opernmitarbeiter wie der Ballettdirektor Aaron Watkin sagen sicher zugunsten Dornys aus, wenn das Gericht sie vorlädt.

Nun will natürlich kein Kulturmanager von internationalem Ruf mehr nach Dresden wechseln, um dann vielleicht ähnlich abserviert zu werden. Zugleich scheint Thielemann nach seinem Sieg die Lust an der Arbeit verloren zu haben: So will er während der gesamten neuen Spielzeit 2015/16 gerade einmal noch zehn Opernabende dirigieren!

Parallel zu den Querelen um Thielemann und Dorny kam es zu einem spürbaren Verfall der künstlerischen Substanz, der sich in diversen misslungenen Inszenierungen wie beispielsweise „Königskinder" zeigt. Die Uraufführung dieser Oper wurde von der Kritik unter anderem mit folgenden Formulierungen kommentiert: „Stehparty ohne Charme und Poesie", „Mittelmaß", „brachial und hemdsärmlig" – zudem habe die vielgerühmte Staatskapelle „schlampig und unter ihrem Niveau" gespielt.

Das veranlasste die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kürzlich zu der vernichtenden, aber durchaus zutreffenden Einschätzung, die Semperoper sei „das derzeit leider unwichtigste, langweiligste, museumsstarrste Opernhaus Deutschlands". Deshalb bleiben zunehmend auch die Besucher aus. Doch was tut der kaufmännische Geschäftsführer und kommissarische Intendant Wolfgang Rothe in dieser fatalen Situation? Er rüstet zum Kampf gegen Pegida!

Als das islamkritische Bündnis erstmals auf dem Platz vor der Oper demonstrierte, ließ Rothe Flaggen mit der Aufschrift „Augen auf", „Herzen auf", „Türen auf" und „Die Würde des Menschen ist unantastbar" hissen. Gleichzeitig wurde während der Kundgebungen von Pegida die Außenbeleuchtung abgeschaltet, während aus dem gegenüberliegenden Gebäude ein Laser-Beamer Botschaften wie „Dresden für alle" und „Refugees welcome" an die Fassade zauberte. Das letztere Statement ziert zudem auch seit dem 8. Dezember 2014 die Facebook-Seite der Oper: „Flüchtlinge sind hier willkommen!"

Diese nahmen das schließlich ganz wörtlich und errichteten ein „Kampflager" auf dem Theaterplatz, um gegen die angeblich so restriktive sächsische Asylpolitik zu protestieren. Dabei war die gesamte Aktion, welche unter der Leitung einer dubiosen iranischen „Aktivistin" mit mehreren Aliasnamen stand, rechtswidrig. Aber das hinderte die Führung der Semperoper nicht daran, das Hüttendorf der Migranten und ihrer deutschen Unterstützer mit Strom und Wasser versorgen zu lassen. Deshalb droht der Spielstätte nun weiteres juristisches Ungemach. Für die AfD-Fraktion im sächsischen Landtag liegt hier nämlich eine klare Verschwendung von Steuermitteln vor – die Semperoper ist ja ein Staatsbetrieb des Landes Sachsen –, weswegen sie Anzeige wegen Untreue erstattete.

Außerdem behauptete Rothe gegenüber der „Dresdner Morgenpost", der Besucherschwund gehe auf das Konto von Pegida. Allerdings musste er auf Nachfragen hin zugeben, dass dieser angebliche geschäftsschädigende Effekt der Demonstrationen „zurzeit noch mehr gefühlt als in Zahlen auszudrücken" sei.

Auf jeden Fall reiht sich die Oper mit all diesen Aktionen und Wortmeldungen in die Phalanx der Dresdner Asyllobbyisten und Pegida-Kritiker ein. Trotzdem freilich bröckelt inzwischen nicht nur ihr künstlerischer Mythos, sondern auch ihr gutmenschlicher Ruf. Und daran sind ausgerechnet fünf Studentinnen der Technischen Universität Dresden schuld, welche im Kampf gegen Pegida stets den engen Schulterschluss mit der Oper sucht.



Bild: tws

Weil der Platz vor der Semperoper auch für Pegida-Demonstrationen genutzt wird, herrscht Unfriede im Opernhaus

Diese jungen Frauen, welche ihre Finanzen durch einen Minijob im Besucherdienst aufbessern wollten, hatten sich vor Kurzem an die Personalabteilung der Semperoper gewandt, weil die Einrichtung ihnen seit mehreren Jahren die gesetzlich garantierten Sonn- und Feiertagszuschläge sowie Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfalle und bezahlten Erholungsurlaub verweigerte. Daraufhin erhielten sie allesamt ihre Kündigung und der bisher durch die Studentinnen abgesicherte telefonische Kartenverkauf an Sonn- und Feiertagen wurde eingestellt – eine höchst riskante unternehmerische Entscheidung angesichts der ständigen Ausfälle des Online-Bestellsystems. Allerdings ist das Problem damit nicht vom Tisch: Die Fünf wollen jetzt rechtliche Schritte gegen die Oper einleiten. *Wolfgang Kaufmann*

Weiter Streit um Welfenschatz

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) muss weiter um den Welfenschatz kämpfen. Im Februar dieses Jahres haben zwei Nachkommen der jüdischen Kunsthändler, die 1929 ein Konsortium gebildet hatten, um dem Herzog von Braunschweig-Lüneburg eine Sammlung mittelalterlicher Schatzkunst abzukaufen, bei einem US-Bundesbezirksgericht in Washington, D.C. Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) auf Herausgabe des Schatzes eingereicht. Die Kläger machen geltend, dass der Weiterverkauf des Welfenschatzes im Jahr 1935 an den preußischen Staat unter „verfolgungsbedingtem Zwang" erfolgt und damit ein Restitutionsfall sei (siehe *PAZ* 9/2015). Dabei hatte bereits im März 2014 die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz" entschieden, dass keine Indizien vorlägen, die darauf hindeuteten, dass die Kunsthändler und ihre Geschäftspartner in den Verhandlungen unter Druck gesetzt worden seien, und deshalb empfohlen, die Objekte nicht zu restituieren (siehe *PAZ* 13/2014).

Obwohl sich beide Seiten dazu verpflichtet hatten, die Entscheidung der unabhängigen Kommission zu akzeptieren, zogen die beiden Erben vor das US-Gericht. Die SPK hält die Klage für sachlich nicht begründet und darüber hinaus für unzulässig. In einer ersten Klageerwiderung erklärte sie das US-Gericht für nicht zuständig, weil sie als bundesunmittelbare Stiftung nach US-Recht grundsätzlich Immunität besitze. Außerdem hält sie die Kläger für nicht klageberechtigt, weil sie nicht im Namen des damaligen Konsortiums Ansprüche geltend machen können. Zudem beruft sich die SPK auf einen US-amerikanischen Verfahrensgrundsatz, nach dem eine Klage abgewiesen werden kann, wenn das Verfahren in einem anderen Land sachnäher oder günstiger verhandelt werden kann. Zur Begründung nennt sie beispielsweise die Tatsache, dass nahezu sämtliche relevanten Beweismittel in deutscher Sprache verfasst sind und sich in Deutschland befinden.

SPK: »Klage in den USA unbegründet und unzulässig«

Nach Überzeugung der SPK stünde die Befassung eines US-Gericht mit der Sache auch im Widerspruch zur außenpolitischen Haltung der USA, nach der Staaten rechtliche Streitigkeiten hinsichtlich Eigentumsverlusten in der NS-Zeit innerhalb ihrer eigenen Grenzen lösen sollten. Dies sei im vorliegenden Fall in Deutschland mit dem Verfahren vor der „Beratenden Kommission" bereits geschehen.

Der ursprünglich aus 138 kunsthandwerklichen Exponaten bestehende Welfenschatz wurde seit dem 12. Jahrhundert für den Braunschweiger Dom zusammengetragen und gelangte 1671 in den Besitz des Welfenhauses. Im Jahre 1929 verkaufte Herzog Ernst-August den Schatz für acht Millionen Reichsmark an ein jüdisches Kunsthändlerkonsortium. Von diesem mittelerweile in den Niederlanden tätigen Konsortium erwarb der preußische Staat als einziger Kaufinteressent 1935 für rund 4,2 Millionen Reichsmark die verbliebenen 42 Werke für das heutige Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin, da deren Rückführung nach Deutschland eine „überragende kulturpolitische Bedeutung" beigemessen wurde (siehe *PAZ* 5/2014). *J.H.*

Abschied mit viel Chic

Juliette Gréco sagt Adieu – Frankreichs Grande Dame des Chansons singt mit 88 Jahren in Deutschland

Diese Energie, die Ausdruckskraft! Und das mit 88 Jahren! Was für ein beglückendes Gefühl muss es sein, wenn man in einem so hohen Alter sein Publikum noch immer mit seiner Kunst verzaubern kann. Wenn, wie im Oktober in Hamburg, dieses Publikum einen nicht nur mit stehenden Ovationen verabschiedet, sondern bereits empfängt. Und wenn eben dieses Publikum auch zwischendurch nach jedem Lied heftig in die Hände klatscht.

„Aufrecht gehend möchte ich mich von meinem Publikum verabschieden, als Sieger, nicht als Besiegte", beteuert Juliette Gréco, die Grande Dame de la Chanson, in jedem Interview. Und dass sie nicht so lange warten wolle, bis die Leute aus Mitleid zu ihr in den Konzertsaal kämen. Auf ihrer langen Abschiedstournee steht sie seit April dieses Jahres so elegant und aufrecht hinter dem Mikrofon, dass nach dem ersten Ton niemand mehr an ihr Alter denkt, sondern nur noch hingerissen dem Gesang lauscht.

Aus der Zeit gehoben wie Juliette Gréco sind die Lieder, die sie singt. Zeitlose Wahrheiten des Lebens, mal fröhlich und leicht, mal schonungslos und melancholisch, mit ihrer großartigen Lyrik ein jedes ein Klassiker für sich. Lieder mit einem Hauch von Ewigkeit, der sich wie von selbst auf die Interpretin überträgt.

Eine Stunde lang reihte Juliette Gréco in Hamburg Chanson an Chanson. Mit 16 Chansons, alle aus den 50er und 60er Jahren, in der Mehrzahl von Jacques Brel, aber auch von Serge Gainsbourg, Léo Ferré und Gérard Jouannest, griff sie auf die Anfänge ihrer 65-jährigen Karriere zurück.

Eingerahmt von „Sous le Ciel de Paris" von Hubert Giraud am Anfang und „Ne me quitte pas" von Brel zum Schluss. Dazwischen richteten „Les Vieux", „Le Tango Funèbre", „Avec le Temps", „Le Chanson des Vieux Amants", „J'arrive" den Blick auf Alter und Vergänglichkeit, erzählte „Un petit poisson, un petit oiseau" von Gérard Bourgeois (Musik) und Jean-Max Rivière (Text) ironisch-heiter von unerfüllter Liebe, begeisterten „Amsterdam", „L'Accordéon", „Jolie Môme" als Klassiker unter den Klassikern.

Kann man mit 88 Jahren noch „Déshabillez-moi" (Ziehen Sie mich aus) singen? Juliette Gréco kann es, erklärt aber zuvor: „Heute würde ich das nicht mehr sagen." Mit der Distanz des Interpreten nimmt man ihr auch dieses Chanson von Gaby Verlor (Musik) und Robert Nyel (Text) voller Wohlwollen begeistert ab.



Bild: action press

Gibt nie auf: Juliette Gréco bei ihrem Auftritt in Hamburg

Am Klavier begleitet sie ihr Ehemann und musikalischer Gefährte Gérard Jouannest, am Akkordeon Jean-Louis Matinier. Gérard Jouannest, sechs Jahre jünger, ist seit fast 50 Jahren Juliette Grécos ständiger musikalischer Kompagnon und komponierte einen Großteil ihrer Chansons. Zuvor hatte er Jacques Brel auf dem Piano begleitet und zahlreiche seiner Chansons arrangiert. Obwohl Jouannest in seiner Karriere über 250 Musikstücke geschrieben hat, ist sein Name hier kaum bekannt.

1989 heirateten die Chansonnière und ihr Pianist. 2014 war Silberhochzeit. Was für ein Glück, bis zum Schluss gemeinsam auf der Bühne stehen, den Erfolg genießen und sich verabschieden zu dürfen. Seit dem Musikfestival von Bourges im April touren beide für ein Jahr durch Frankreich und die Welt, um dem Publikum „Merci" zu sagen. Allein nach Hamburg stehen bis zum 6. April 2016 noch 21 Konzerte auf dem Programm. Darunter sechsmal Paris, zweimal Marseille mit Doppelauftritten an zwei Abenden hintereinander. Ein Pensum, das den höchsten Respekt verdient. Selbst wenn da schon einmal eine helfende Hand die Gréco zum Mikrofon oder auf den Klavierhocker begleitet.

Wie sagte doch Menahem Pressler, der jüngst mit 91 Jahren den Echo Klassik für sein Lebenswerk erhielt: „Wenn man so etwas erleben darf im Alter, ist das ein Geschenk des Himmels. Wenn ich spiele, fühle ich mich niemals älter als 50. Wenn ich unterrichte, niemals älter als 40. Aber wenn ich die Treppen raufgehen muss, dann ist mein volles Alter da." Ans Aufhören denkt Pressler nicht. Sein Konzertkalender ist schon heute bis 2019 ausgebucht. Ob Juliette Gréco im April tatsächlich das letzte Mal die Bühne betritt, bleibt abzuwarten. *Helga Schnehagen*

Juliette Gréco tritt am 16. November im Berliner Friedrichstadt-Palast und am 27. November in der Alten Oper Frankfurt auf.

»Die Mauer wurde eine Selbstverständlichkeit«

Was in Westdeutschland die Haltung gegenüber der Teilung und den Landsleuten »drüben« bestimmte

Anfang 1989 sah knapp ein Prozent der Westdeutschen die Wiedervereinigung als „wichtigstes politisches Problem“. Desinteresse beziehungsweise Gleichgültigkeit gegenüber den Landsleuten „drüben“ bestimmte die Haltung der Durchschnittsbürger, man hatte sich mit der Teilung abgefunden, „die Mauer wurde eine Selbstverständlichkeit“.

Nach 1945 gingen die Siegermächte von einem einheitlichen Deutschland aus, wenn dieses auch in Besatzungszonen aufgeteilt wurde. Das Grundgesetz der späteren Bundesrepublik sprach nicht direkt von Wiedervereinigung, forderte aber in seiner Präambel „das gesamte deutsche Volk“ auf, „die Einheit und Freiheit zu vollenden“. Jahre danach stellte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil fest, aus jener Formulierung sei „für alle politischen Staatsorgane die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben“. Das Durchhalten wurde im Laufe der Jahre indes zunehmend geringer. Für den durchschnittlichen Westdeutschen wurde das genaue Gegenteil zur bitteren Realität. Dass es auch viele ganz andere Menschen gab, die jahrzehntelang ihre Angehörigen und Freunde „drüben“ mit Päckchen und Paketen versorgten und die Verbindung zu ihnen nicht abreißen ließen, ist dabei keinesfalls zu vergessen.

Der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher fragte sich in einem späteren Rückblick recht oft, „was eigentlich schrecklicher war, der Bau der Mauer oder die Gleichgültigkeit, mit der 1961 bis in höchste Regierungsetagen dieser brutale Akt aufgenommen wurde? Gemeint ist die Reaktion in der Bundesrepublik.“ Als US-Präsident Ronald Reagan an Michail Gorbatschow appellierte, die Berliner Mauer einzureißen, wurde dies bis weit in SPD-Kreise als Provokation gewertet, und allein in Westberlin demonstrierten rund 50000 Linke – nicht gegen die Mauer, sondern gegen die Aufforderung.

Das Desinteresse der Bundesbürger an den Toten der Mauer, den Landsleuten „drüben“ wuchs, „man wollte seine Ruhe haben“. Der Westteil Deutschlands hatte sich mit der Teilung abgefunden. „Die Mauer wurde eine Selbstverständlichkeit“, wie eine ARD-Sendung später zugeben musste. Man hatte sich an die dort Ermordeten gewöhnt und damit aber auch an die Existenz einer zweiten deutschen Diktatur. Die meisten Menschen westlich der Elbe sahen kaum noch den Unterschied zwischen einer frei gewählten Regierung und der demokratisch nicht legitimierten Herrschaft Erich Honeckers. Die oft liebedienerischen Avancen bundesdeutscher Politiker und Wirtschaftsbonzen ihm gegenüber möchten diese heute allzu gern vergessen haben.

Es gab im demokratischen Teil Deutschlands Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit und leidenschaftliche Demonstrationen in Bonn gegen den Weggang der Bundesregierung nach Berlin – den alle Parteien stets gefordert, an dessen Möglichkeit sie aber wohl nie geglaubt hatten –, aber keine einzige gegen die Unterdrückung der eigenen Landsleute jenseits der Mauer. Wen interessierten noch die politischen Häftlinge in Bautzen, das westdeutsche Medien noch Jahre nach der Wiedervereinigung zumeist falsch schrieben? Meinungsumfragen Anfang 1989 ergaben, nur noch ganze 0,5 bis ein Prozent der Bundesbürger sahen die Wiedererlangung der Freiheit und Einheit als „wichtigstes politisches Problem“. Im April jenes Jahres sprach sich fast die Hälfte der Befragten gegen die Beibehaltung des Ziels der Wiedervereinigung aus. Wo war das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen geblieben? Bereits 1987 betrachtete fast jeder Dritte das deutsche Gebiet zwischen Rostock und Plauen als Ausland, unter den Jüngeren waren es sogar 51 Prozent.

Das manchmal recht naive Bonn verstand unter „friedlicher Koexistenz“ echte Entspannung und echten Frieden, was praktisch allzu oft ein Nachgeben gegenüber den Forderungen Ostberlins hieß. Gab es im Bonner Hauptbahnhof – ganz im Sinne der DDR – nicht einen Extra-Schalter für Reisen nach Westberlin? Jenseits der Mauer dagegen war überall zu lesen, der Begriff „friedliche Koexistenz“ bedeute „verstärkten Klassenkampf“. Kritik an der DDR war unerwünscht, viele SPD-Führer sahen darin eine unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

Für den Juristen Hans-Jochen Vogel galt das sogar für die Morde an der Mauer. Institutionen mit einer ablehnenden Haltung gegenüber der DDR-Diktatur wurden zurückgedrängt, erfolgreicher hätte es selbst die Stasi nicht machen können, wie ein Experte schrieb. Bonner Ministerien kauften DDR-freundliche Bücher auf. Die einzigen zwei erschienenen Bücher vor 1989 über die DDR-Spionage und das MfS wurden in keiner Weise gefördert, die Autoren sogar als „Kalte Krieger“ beschimpft. Störten sie – die Autoren, nicht aber die Spione – nach deren Ansicht doch die Entspannung. Tatsächlich wurde die Spionage Ostberlins in der Bundesrepublik immer stärker und auch besser und konnte tiefe Einbrüche selbst bei der Bundeswehr in deren häufige Selbstüberschätzung erzielen. Und wie viele Westdeutsche arbeiteten für Erich Mielke sowie Markus Wolf und verrieten ihr eigenes Land. Schade, dass man nie offiziell ihre Motive und ihre politische Einstellung untersuchte.

Entsprechend ihrer Aufgabe hätten die Medien in der Bundesrepublik eigentlich ihren Lesern und Hörern wahre Informationen mitteilen und auf sich anbahnende Entwicklungen hinweisen müssen. Stattdessen folgten sie zumeist willig dem verbohrten Zeitgeist und übernahmen sehr oft kritiklos die SED-Propaganda, obwohl diese zumeist leicht zu widerlegen war. Man denke etwa an den „Stern“, nach dem die Wiedervereinigung „ein Schlagwort von vorgestern“ sei und man sie nicht brauche. Sehr viel politischer Unsinn war ebenfalls in der „Zeit“ zu lesen, die eine Verehrung Honeckers seitens der DDR-Bevölkerung sehen zu können glaubte und eine aktive Wiedervereinigungs-Politik als „reine Traumtänzerei“ zu titulieren wusste. Der Chefredakteur der eigentlich gutkatholischen „Badischen Zeitung“ schrieb ausgerechnet am Tag des Grundgesetzes auf einer ganzen Seite über die Politik zur Einheit als „unsägliche Heuchelei“. Ihr Gebot zur deutschen Wiedervereinigung fordere, was „nicht nur unerreichbar ist, sondern was bei genauer Betrachtung sogar unerwünscht sein muss“. Welch ein Mobbing musste ein Gerhard Löwenthal durchleben, der lediglich die Wahrheit über die DDR-Diktatur verkündete. Ein Günter Grass wünschte sich, unsere Nachbarn würden die Wiedervereinigung verhindern, weil das größere Deutschland zu „fürchten und isoliert“ sein werde; die DDR solle eigenständig bleiben. Warum wohl blieb ein Günter Wallraff so ganz schweigsam über den anderen Teil Deutschlands?



In der Bundesrepublik hatten sich viele Repräsentanten von Staat und Gesellschaft mit ihr arrangiert, wenn sie sie nicht sogar befürworteten: Die deutsche Teilung, hier mitten durch Berlin

Bild: pa

Es war Bundeskanzler Helmut Kohl höchstpersönlich, der in der Zeitschrift „Politische Studien“ feststellte: „Schon in den siebziger Jahren war die Einheit nur noch für wenige in unserem Land eine Herzensangelegenheit“ und „sicher eine Mehrheit der politischen Klasse hatte die Idee der Einheit längst aufgegeben“. Es folgt in demselben Artikel der schwerwiegende Satz: „Wer damals für die Einheit eintrat, galt als Ewiggestriger oder Kriegstreiber.“ Gegenüber dem Bayerischen Fernsehen stellte Kohl Anfang April 2005 fest, dies sei eine „ziemliche Schande“ gewesen. Nach den Gründen eines solchen unnatürlichen Verhaltens fragte die deutsch-freundliche Schweizer Zeitung „Abendland“ einmal: „War es selbst in diesen politischen Kreisen das Nicht-Wissen-Wollen oder war es billiger Opportunismus gegenüber den SED-Machthabern? Ehrlicher wäre wohl die Formulierung von einer politischen Feigheit.“

Ob die Geschichte einmal über die Deutschen im Westteil schreiben wird, sie seien in jenen Jahren der Trennung ihrer nationalen Verantwortung nachgekommen? Oder wird sie feststellen müssen, die Bundesbürger in Freiheit und Wohlstand hätten damals versagt?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wie die Deutschen verschwanden ihre Ortsnamen

Neue Forschungsarbeit widmet sich den Umbenennungen nach den Weltkriegen in der Tschechoslowakei

„Neue Toponyme als Mittel symbolischer Raumkontrolle? Das Beispiel des tschechoslowakischen Grenzlands“ ist eine geografische Diplomarbeit an der Brünner Masaryk-Universität betitelt, die Mentor und Gutachter als „ausnehmend“ bewerteten. Sein Verfasser, Tomás Novotny, untersucht politische Motive und sprachliche Formen der Ortnamenwechsel ab 1945, wobei er zu Tschechien betont: „Die Ortsnamen tschechischer Regionen sind seit Jahrhunderten deutsch beeinflusst. Die Deutschen waren zumeist die höhere, herrschende Schicht und die Träger des kulturellen Fortschritts, etwa als Städtegründer, und seit dem Mittelalter eine autochthone Bevölkerung in weiten Gebieten in Grenznähe.“



Bild: Archiv

Ihm zu Ehren wurde Zlin umbenannt: Klement Gottwald

Die erste toponymische „Degermanisierung“ erfolgte gleich nach der Staatsgründung 1918, blieb aber weithin harmlos. Zwar sagte Staatgründer Tomas G. Masaryk, die Deutschen im Lande seien „Kolonisten“ und „Gäste“. Der Prager Autor Emanuel Rádl stellte hierzu 1928 in seinem Buch „Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen“ klar: Die Deutschen waren seit jeher im Lande, mittlerweile stärker als die Slowaken, das zweite Staatsvolk, aber als „Minderheit“ diskriminiert. Diese Diskriminierung war 1918 noch nicht so deutlich, als „Hunderte amtliche Ortsnamen allein deutsch verblieben“, so Novotny.

Eben diese Ortsnamen galten ab Mai 1945 „als sichtbare Zeichen bisheriger fremder Besiedlung des Grenzgebiets“, schreibt Novotny und bemerkt, dass in Nordböhmen „Ortsnamen fast ausschließlich deutsch“ waren. Das sollte nun anders werden, bestimmte das Innenministerium, als es am 18. Mai 1945 zuerst zweisprachige Ortschilder abschaffte und einen Monat später deutsche Namen verbot. Was man damit bezweckte, kommentierte der berühmte Regionalhistoriker Václav Letosnik: Die Deutschen verlassen das Land, Neusiedler soll man nicht durch deutsche Namen verwirren, das sei „staatlich und national schädlich“.

Letosnik gab Regeln für neue Namen an eine „Namensgebungskommission“ aus. Notfalls sollte die örtliche Bevölkerung selber Namen finden. Historische slawische Namen wie „Cheb“ für Eger waren selten. Deshalb waren neue Namen als „Calquen“ zu bilden, als sinngetreue Übersetzung. So wurde aus einem deutschen Grün ein tschechisches „Louka“ (Wiese). Deutsche Suffixe (-stein, -burk) blieben oft erhalten, mit ihnen deutsche Namen, vor allem von größeren Siedlungen. Bruntal, Nymburk und Varnsdorf sind hier als Beispiele zu nennen. Deutsche Präfixe wie „Deutsch-Brod“ wurden ausgewechselt, etwa durch den Namen eines berühmten Publizisten in „Havlikkuv Brod“. Kleine Orte wurden zu Zentralgemeinden zusammengefasst und mit neuen „optimistischen“ Namen versehen: Mirova (Friedlich), Vitezna (Siegreich) oder Radostna (Froh). Die Umbenennungen wurden auch zum Personenkult genutzt. So wurde Zlin in Mähren, Heimat des weltbekannten Industriekonzerns Bata, in „Gottwaldov“ umbenannt, nach dem Stalinisten Klement Gottwald, der im Februar 1948 Führer des kommunistischen „Putschs von Prag“ und danach Staatspräsident war.

> In der Slowakei traf es nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem ungarische Ortsnamen

1947/48 war mit 430 Namenswechseln der Höhepunkt erreicht. Danach wurde es ruhiger. Nach der „samtenen Revolution“ von 1989/90 kehrten manche Orte per Referendum zum alten Namen zurück, wobei aus tschechisch „Zelenov“ wieder deutsch Frymburk wurde und aus „Gottwaldov“ Zlin.

Radikaler waren die Ereignisse in der Slowakei, weil die temperamentvollen Slowaken den Ungarn nicht den Ersten Wiener Schiedsspruch vom November 1938 vergaßen, bei dem Ungarn sie mit deutscher Hilfe zur Abtretung von 12000 Quadratkilometern gezwungen hatte. 1948 verfügte der zuständige Landesminister Daniel Okáli „per Federstrich“, so Novotny, zahllose Namensänderungen und die Beseitigung aller ungarischen (und der wenigen deutschen) Ortstafeln. Neue Namen wurden per „Wettbewerb“ gefunden. Der Sieger bekam 20 Kronen. 370 (von 710) Änderungen betrafen ungarische Namen, nur 57 deutsche. Die Slowakisierung beseitigte alte Namenskoexistenz, etwa in der Hauptstadt – slawisch Bratislava, deutsch Pressburg, ungarisch Poszony und regional Presporok. Generell fiel der Namenswechsel „oberflächlich“ aus, Hauptsache der neue Name war nicht ungarisch und trug nicht das slowakische Präfix „Sväty“ (heilig).

Wolf Oschlies

Sein Werk weiß noch heute zu begeistern

Vor 150 Jahren wurde mit Friedrich Schrader der Autor von »Konstantinopel in Vergangenheit und Gegenwart« geboren

Der preußische Sozialdemokrat Friedrich Schrader gehörte Anfang des 20. Jahrhunderts zu den besten Türkeikennern seiner Zeit und war ein überzeugter Verfechter des Kulturaustauschs zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich. Zugleich lehnte er aber die Politik der jungtürkischen Regierung gegenüber den nichtmuslimischen Minderheiten ab.

Friedrich Schrader wurde am 19. November 1865 in Wolmirstedt bei Magdeburg geboren. Obwohl Sohn eines einfachen Färbers, studierte er Philologie, Orientalistik sowie Kunstgeschichte und promovierte dann 1889 in Indologie. Sein Doktorvater war der damalige Geschäftsführer der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, Richard Pischel, der Schrader dann auch sofort als Bibliothekar anstellte.

Diese Tätigkeit konnte den ehrgeizigen und talentierten jungen Mann, der immerhin zwei Dutzend Sprachen beherrschte, jedoch nur wenig befriedigen. Deshalb siedelte er 1891 nach Istanbul über, also in die Hauptstadt des Osmanischen Reiches. Dort unterrichtete Schrader zunächst am Robert College und an der Deutschen Schule, bevor er 1900 zum Professor am armenisch-französischen Lyzeum im Istanbuler Stadtteil Pera avancierte. Allerdings übte Schrader am Bosporus nicht nur Lehraufgaben aus, sondern übersetzte auch einige Werke türkischer Schriftsteller ins Deutsche. Hinzu kam eine Tätigkeit als Korrespondent für diverse heimatliche Tageszeitungen meist sozialdemokratischer oder linksliberaler Ausrichtung wie „März“, „Vorwärts“ und „Die Neue Zeit“. Dabei schrieb Schrader häufig unter dem Pseudonym „Ischtiraki“ (der Sozialist). Selbiges war notwendig, weil er nicht nur die Politik Deutschlands gegenüber dem Osmanischen Reich kritisierte, die seiner Meinung nach viel zu wenig auf den kulturellen Austausch fokussiert war, sondern auch das autoritäre und fortschrittsfeindliche Regime von Sultan Abdülhamid II. bloßstellte.

Ab 1907 folgte ein Intermezzo an der russischen Handelsschule im aserbaidschanischen Baku. Das endete, als dort im Mai 1908 Unruhen infolge ethnischer Spannungen ausbrachen. Nach seiner Rückkehr in die Türkei stellte sich Schrader auf die Seite der Jungtürken, die dem Sultan zunächst weitreichende Reformen abtrotzten und ihn dann nach einem reaktionären Putschversuch im April 1909 absetzten.

In diesem Klima des Aufbruchs wirkte Schrader an der Gründung der Tageszeitung „Osmanischer Lloyd“ mit, deren erste Ausgabe am 18. November 1908 erschien. Als stellvertretender Chefredakteur und Verfasser von brillanten feuilletonistischen Beiträgen sorgte der Orientalist für einigen Glanz in dem ansonsten oft nur mittelmäßig daherkommenden Blatt. Außerdem engagierte er sich erneut für die Popularisierung der türkischen Kultur in Deutschland und die Verbreitung deutscher Kultur im Osmanischen Reich – fünf Jahrzehnte vor der Gründung des ersten Goethe-Institutes in Istanbul.

Dieses Jahr wurde sein bekanntestes Werk in der Türkei in türkischer Sprache neu aufgelegt

Schraders anfängliche Sympathien für die jungtürkische Bewegung erfuhren allerdings ab 1915 eine erhebliche Abschwächung, als die neuen Machthaber am Bosporus zur verschärften Verfolgung nichtmuslimischer Minderheiten wie der Armenier übergingen. Dies zeigte der Journalist sowohl in seinen Artikeln als auch in seinem praktischen Handeln. So sorgte er unter anderem dafür, dass die armenischen Mitarbeiter des „Osmanischen Lloyd“ ausreisen durften und somit der Deportation oder Ermordung entgingen. Als hilfreich erwiesen sich hierbei Schraders enge Verbindungen zur Nachrichtenstelle für den Orient, die im Dienste des deutschen Generalstabes beziehungsweise des Auswärtigen Amtes stand. Allerdings waren die Aktivitäten zugunsten der Armenier dem damaligen Chefredakteur des Blattes, Max Übelhör, ein Dorn im Auge. Deshalb kam es 1917 zu gerichtlichen Auseinandersetzungen, die am Ende zu Schraders Entlassung führten.

Der zog sich daraufhin resigniert aus der journalistischen Arbeit zurück und wechselte im Frühjahr 1918 in die Denkmalpflege. Als Mitglied sowie schließlich bald auch als Leiter der Städtischen Kommission Istanbuls zur Erfassung und Katalogisierung islamischer und byzantinischer Baudenkmäler versuchte Schrader, die durch Kriegseinwirkungen beschädigten oder anderweitig bedrohten Bauwerke zu erfassen beziehungsweise zu sichern. Diese Tätigkeit musste er aber ebenfalls gegen seinen Willen vorzeitig beenden, als im November 1918 die siegreichen Alliierten in die Hauptstadt des geschlagenen Osmanischen Reiches einrückten.

Um der Internierung durch die Entente zu entgehen, wagte Schrader eine spektakuläre und lebensgefährliche Flucht über das Schwarze Meer und durch die Ukraine, die Anfang 1919 in Berlin endete. Hier angekommen, hoffte der Orientalist auf eine Anstellung beim Auswärtigen Amt. Diese blieb ihm aber versagt. Deshalb begann er wieder, für „Die Neue Zeit“ zu schreiben, die damals vom Parteivorstand der SPD und dem sozialdemokratischen preußischen Landtagsabgeordneten und Ethnologieprofessor Heinrich Cunow herausgegeben wurde. In seinen Artikeln während dieser Monate sagte er massive Konflikte im Nahen Osten infolge der britisch-französischen Kolonialpolitik voraus und kritisierte die „unselige“ deutsche Toleranz gegenüber der Türkei in der Armenierfrage.

1920 wiederum ging Schrader zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die damals noch ein konservativ-liberales Profil besaß, aber wenig später unter dem Einfluss ihres neuen Eigentümers Hugo Stinnes zu einem straff antirepublikanischen Blatt mutierte. In diesem Zusammenhang stieg dann auch der frühere Marineattaché der Botschaft in Istanbul, Hans Humann, der den Völkermord an den Armeniern ausdrücklich billigte, zum Chefredakteur auf. Das hätte natürlich über kurz oder lang zu heftigen Kontroversen zwischen Schrader und Humann geführt, doch bevor es dazu kommen konnte, starb Friedrich Schrader am 28. August 1922 im Alter von nur 56 Jahren in Berlin.



Einer der bekanntesten Türkeikenner seiner Zeit: Friedrich Schrader *Bild: Archiv*

Neben seinen zahlreichen Artikeln, Aufsätzen und Übersetzungen hinterließ er unter anderem auch die Bücher „Im Banne von Byzanz“, „Eine Flüchtlingsreise durch die Ukraine. Tagebuchblätter meiner Flucht aus Konstantinopel“ und „Konstantinopel in Vergangenheit und Gegenwart“. Das letztgenannte Werk erschien 1917 und wird wegen seiner hohen fachlichen Qualität bis in die Gegenwart hinein rezipiert. So kamen im Juni und August 2015 zwei türkischsprachige Fassungen heraus, die bei den Rezensenten der großen Blätter in Istanbul und Ankara begeisterte Aufnahme fanden.

Wolfgang Kaufmann

»Mensch, mach dich doch nicht zum Narren«

Bogumil Goltz verherrlichte das Land und die Natur, aber sein Auskommen verdiente er in der Stadt mit Kultur

Bogumil Goltz wurde am 20. Marz 1801 in Warschau geboren, als die Stadt zum Königreich Preußen gehörte. Karl Gottlieb Goltz, der Vater, war in Warschau preußischer Stadtgerichtsdirektor und gleichzeitig Besitzer des Landguts Milanowsk nahe der Stadt. Ab seinem siebenten Lebensjahr verlebte der Sohn Bogumil seine Jugend in Königsberg/Preußen bei einer Freundin der Familie, besuchte zwei Jahre das Kneiphöfsche Gymnasium, erlebte das Pfarrhaus in Klein-Tromnau und das Gymnasium Marienwerder, auch den Ort Ciechocin bei Thorn, dann wieder Königsberg.

„Ich habe eine glückliche Jugend verlebt, und ich werde ihre Ideale nicht altklug meistern, und ihren Genius verrat' ich nimmer an den Werktagsverstand“, schrieb Goltz 1847 in seinem (ersten) „Buch der Kindheit“ und „meiner Eltern Dörfchen bleibt in meine Seele gebannt“.

Ab 1817 erlernte Goltz in der Nähe von Thorn bei einem ihm nahestehenden Amtmann die Landwirtschaft. Wie gern er auf dem Lande arbeiten und leben wollte, ließ der 17-Jährige in einem Text über eine Pfingstreise nach dem elterlichen Gut erkennen: „Wer's vergessen oder nie erlebt hätte, wie süß die Heimat und das Vaterhaus ist, der müsste die Schiffer und die Wanderburschen befragen oder die Kindheit betrachten, wenn sie in den Schulfeiertagen aus der Pension nach Hause geholt wird, womöglich auf's Dorf hinaus.“

Doch schon ab 1821 hörte er philosophische und theologische Vorlesungen an der Universität Breslau. Auf Wunsch seines erkrankten Vaters verließ er jedoch schon 1823 wieder die „Leopoldina“. Er übernahm die Verwaltung des Familiengutes Lissewo bei Thorn, das er nach dem Tod seines Vaters auch erbte. In diesem Beruf wenig erfolgreich, gab er 1830 die Landwirtschaft auf und ließ sich in dem Städtchen Gollub nieder. Von dem kleinstädtischen Philistertum der Bürger schwer bedrückt, brach er mit seinem bisherigen Leben radikal, wurde Schriftsteller und siedelte 1847 nach Thorn über.

Der humoristisch-pädagogische Schriftsteller scheiterte als Landwirt

Von dort aus unternahm Goltz kleinere und größere Reisen, zunächst durch Polen und Deutschland, später nach Italien, Frankreich, England, Ägypten, in die Provence und nach Algerien. Nach jeder Rückkehr wandte er sich der literarischen Beschäftigung zu. Seine teils poetischen, teils (auto)biographischen Schriften „Ein Kleinstädter in Ägypten“ (1853) und „Ein Jugendleben. Biographisches Idyll aus Westpreußen“ (1851) enthalten bleibende Erinnerungen. Die Rückschau in diesen Büchern geht in die Kindheit, in die Jugendzeit nach Warschau, Königsberg, Klein-Tromnau, Marienwerder.

Von Christian Friedrich Hebbel erschien in der „Ostpreußischen Zeitung“ (Beilage 286) im Jahr 1866 ein Beitrag über Goltz und sein „Buch der Kindheit“. 20 Jahre vorher, am 13. März 1846, war im Königsberger Stadttheater das bürgerliche Trauerspiel „Maria Magdalena“ von Hebbel uraufgeführt worden. Der Dichter Hebbel schrieb also: „Von welcher Fülle der echtesten Poesie strotzt fast jedes Kapitel! Wenn es jemals einen Dichter gab, der den Pfad zum Paradies der Kindheit zurückfand, so ist es Goltz!“

Ein Dutzend Werke von Goltz erschienen in den Jahren 1850 bis 1869. In deutschen Städten hielt der als Reise- und Lebensschriftsteller bekanntgewordene Sonderling wie auch Humorist Vorträge und (Vor-)Lesungen aus seinen Werken. Ein Jahr vor seinem Tod erschien das Buch „Vorlesungen“. Bogumil Goltz starb am 12. November 1870 in Thorn, wo er auch begraben wurde.

Goltz bekannte sich als Westpreuße, in seinen Schriften sind Begriffe wie „Heimat“ und „Vaterhaus“ zu finden. Im Werk „Ein Jugendleben“ verweist der Untertitel „Biograghisches Idyll aus Westpreußen“ auf den Standort. Über die Ost- und Westpreußen schrieb er: „Der nordische Preuße beherbergt gleichsam zwei Menschen, einen Verstandes- und einen Gefühlsmenschen, in sich. Wenn dieser sich etwas Menschliches beigehen lässt, so macht der Verstand seine Grimassen dazu. Der Preuße glaubt immer nur einen Augenblick an die ideale Welt und sein Gefühl. Hat er sich mit seinem Herzen eine Absage gegeben, so gießt er gleich Wasser auf die Begeisterung, und wenn's dann sprudelt und zischt, so findet der Humor seine Rechnung und Genugtuung. Es darf kein echter Westoder Ostpreuße sich auch nur eine augenblickliche Deklamation und Ekstase beigehen lassen, wenn er nicht wagen will, dass ihm eben sein bester Freund auf die Achsel klopft und phlegmatisch gähnend laut ins Ohr sagt: ‚Mensch, mach dich doch nicht zum Narren‘.“



Bogumil Goltz: Zeichnung aus einer „Gartenlaube“ von 1861 *Bild: Archiv*

Der 20 Jahre jüngere Österreicher Ferdinand Kürnberger schreibt über Goltz: „Nie hat ein Mensch stärker empfunden, eigentümlicher gedacht, selbständiger gelebt als der Mann, der da hervortritt aus den Wäldern und Moorgründen Ostpreußens, wie der fabelhafte Elch, der Urhirsch in der Waldnacht von Bialystok, wo er als Rest einer untergegangenen Riesenwelt nur noch in wenigen Exemplaren ins neunzehnte Jahrhundert hineinlebt.“ *E.B.*

Erfolgreich auch in Königsberg

Vor 130 Jahren, am 7. November 1885, wurde August Hewers in Kirchwerder bei Hamburg geboren. Nach dem Studium an der Berliner Musikhochschule kam er über die Stationen Dortmund, Kiew und Dresden 1912 als 1. Konzertmeister zum Königsberger Opernhausorchester. Im Ersten Weltkrieg leistete er Kriegsdienst und das überwiegend an der Front. Nach der Demobilisierung kehrte er an seine alte Stelle zurück. Als nach der Gründung der Ostmarken-Rundfunk AG (ORAG) in einer kleinen Baracke auf dem Gelände der Deutschen Ostmesse Königsberg (DOK) unter Federführung des musikalischen Leiters des Senders, Hermann Scherchen, ein Rundfunkorchester aufgebaut wurde, wurde Hewers dessen 1. Konzertmeister. Nach dessen Auflösung wechselte er zum späteren Städtischen Orchester zurück.

Ab 1920 spielte Hewers mit der Pianistin Margarete Schuchmann und den Cellisten Richard Klemm im Klaviertrio. Neben solistischen und pädagogischen Aufgaben konzertierte er in den 20er Jahren auch mit dem Königsberger Streichquartett, dem er als Primarius angehörte, und das nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in Berlin. Nach der Schließung der Theater 1944 wurde Hewers mit fast 59 Jahren noch zur Wehrmacht einberufen. Er geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft und ist dort in Georgenburg im Oktober 1945 gestorben. *E.B.*

Vom Irrweg kommt man nur schwer wieder herunter

Zu: Transitzonen noch umstritten (Nr. 43)

Der immer weiter und stärker anschwellende Strom der Zuwanderer stellt, wie man hört, die Gemeinden vor unlösbare Aufgaben. Daher verwundert es nicht, dass von allen Seiten die Forderung nach dem Schutz unserer Staatsgrenzen erhoben wird, um die Zuwanderung zu kontrollieren und zu begrenzen.

Dagegen wird oft die Behauptung aufgestellt, bei 3000 Kilometern Länge sei ein Schutz der Grenzen nicht möglich. Wer das sagt, hat sich unsere Staatsgrenzen und ihre mögliche Gefährdungslage nicht richtig angesehen. Da wären zunächst die Küsten von Ost- und Nordsee, die aktuell als Einwanderungsregionen nicht in Betracht kommen. Das Nämliche gilt für die Grenzen mit Polen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich, weil von dort keine über das Übliche hinausgehende Zuwanderung zu erwarten ist.

Etwas anders sieht es aus mit unseren Grenzen zur Schweiz und Österreich. Ein Blick auf die Karte aber zeigt, dass diese Grenzen überwiegend von Flüssen, wie Rhein, Donau oder Inn gebildet werden, die schwer zu überwinden sind, wenn die Brücken gesperrt würden. Ebenso oder noch schwieriger wäre es, unkontrolliert einzuwandern, wenn die Grenzlinie durch das Hochgebirge der Alpen führt.

Das ist nämlich nur an den wenigen Pässen möglich, die leicht zu kontrollieren sind. Auch die Grenze zu Tschechien verläuft nahezu durchweg in Gebirgslandschaften, nämlich auf den Höhen von Erzgebirge und Sudeten. Da bleibt also nicht viel von den angeblich 3000 Kilometern unkontrollierbarer Grenze übrig.

Nun will man die Masseneinwanderung mit Hilfe von Transitzonen eindämmen. Klingt gut! Aber wie soll das funktionieren bei den Tausenden von Menschen, die täglich an unseren Grenzen erscheinen? Wie viele solcher Zonen will man für Massen von Menschen errichten? Man braucht Hallen mit Liegen, Verpflegung, Wasser und Abwasserleitungen sowie Toiletten. Und der ganze Bereich muss umzäunt werden. Wie viele Menschen können pro Tag von wie viel Beamten registriert und auf ihre Asylberechtigung überprüft werden?

Was macht man mit den neu hinzudrängenden Menschen? Und warum das Ganze? Weil man von dem Irrweg, den man einmal beschritten hat, nicht abweichen will und Hoffnung hegt, irgendwann an ein rettendes Ufer zu gelangen. Manche Leute nennen so etwas Kokolores. **Dieter Dziobaka, Hamburg**

Schillers Weisheit

Zu: Bis zu 16 Millionen (Nr. 41)

Angesichts der „Willkommenskultur", die derzeit von deutschen Politikern und in ihrem Gefolge auch von Journalisten – insbesondere der Hauptstadt-Presse – wie besessen und mit irrationaler Verbissenheit propagiert wird, meinte der britische Politologe Anthony Glees kürzlich, die Deutschen hätten in dieser Frage offensichtlich ihren Verstand beziehungsweise ihr Gehirn verloren und benähmen sich „wie ein Hippie-Staat von Gefühlen geleitet".

Die Blindheit, mit der man ohne Rücksicht auf die Folgen für die eigene Bevölkerung und die Zukunft unseres Landes stur an der „Wir schaffen das"-Einstellung festhält, erinnert in fataler Weise an einen Satz Friedrich Schillers in einem Brief vom 13. Juli 1793 an den Prinzen Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein, in dem er vorhersagte: „Man wird in anderen Erdteilen den Negern die Ketten abnehmen und in Europa den Geistern anlegen."

Diese Weisheit von vor mehr als 200 Jahren scheint sich in der aktuellen Flüchtlingsdebatte mehr denn je zu bewahrheiten, und ihr ist eigentlich nichts weiter hinzuzufügen. **Wolfgang Reith, Neuss**

Buntes Zittau: 25 Jahre nach der deutschen Einigung scheint in der Lausitzer Metropole entgegen üblicher Klischeevorstellungen doch etwas zusammengewachsen zu sein, was zusammengehört

Bild: pa

Nicht zerfleddert

Zu: Vom Asylrecht nicht gedeckt (Nr. 43)

Der Winter wurde immer mit Erfolg zum Feind für Eindringende nach Russland. Hoffentlich wird diesmal hierzulande der Winter nicht zum Freund für eindringende Asylsuchende, sodass die Polit-Gutmenschen wegen Massenaufnahme mit Artikel 16 des Grundgesetzes winkend auch noch Privatraum abgreifen.

Auch atheistische „Grünrotlinke" könnten die christliche Nächstenliebe in Bezug auf den Winter das Asyl- oder Bleiberecht wieder entdecken und sie zynisch instrumentalisierend allen hiesigen Bürgern als politisch korrekte Schwester der „Willkommenskultur" einreden, besser gesagt: aufdrücken.

Wie auf dem Foto zum Artikel zu sehen ist, versperren auf dem Bahnhof von Rosenheim zurzeit gut ernährte Asyler – fast alles junge Männer – mit sehr gut erhaltenen Koffern wie aus einem Urlaubsflieger die Zugänge für Normalreisende. Nach tausenden Kilometern (Flucht-)Weg sehen Menschen und Gepäckstücke meist viel mitgenommener aus.

In meiner Erinnerung ist aber geblieben, dass wir und unser weniges Gepäck nach zirka 1000 Kilometern entbehrungsreicher Flucht und Vertreibung aus dem ostpreußischen Braunsberg in Gelsenkirchen ankommend auch durch das „Fleddern" durch die Polen am „Ziel" zwangsläufig ganz zerfleddert waren und wir auch so aussahen. **Werner Haase, Steingaden**

Wüste Satire

Zur Karikatur: Wüste Deutschland (Nr. 43)

Vielen Dank nach wie vor für die Artikel Ihrer Zeitung! Besonders sollten auch die Karikaturen hervorgehoben werden, die dezent, aber sehr ausdrucksstark den jeweiligen Ist-Zustand der gesellschaftlichen Realität mit der entsprechenden Ironie darstellen.

Das betrifft auch die in der Nummer 43 abgedruckte mit dem Untertitel „Wüste Deutschland". Wer hätte wohl vor 25 Jahren daran gedacht, dass es einmal so kommen würde?

Freilich, wer das häufig aus der rot-grünen Ecke geäußerte Misstrauen zur deutschen Vereinigung von 1990 richtig interpretiert hätte, der hätte es voraussehen müssen. Nun wartet hinter der „Wüste" der „Willkommensgruß im Schuldenberg". **M. Kristen, Duderstadt**

Den Vergleich mit Vechta muss Zittau nicht scheuen

Zu: Die unsichtbare Grenze (Nr. 42)

Der Städte-Vergleich von Vechta und Zittau geht von zwei sachlich nicht vergleichbaren Fakten und Voraussetzungen aus, die sich nicht auf einen Nenner bringen lassen und deswegen zu falschen Ergebnissen gelangen.

Das fängt schon beim visuellen Angebot des Artikels an: Es werden zwei Bilder der jeweiligen Marktplätze beider Städte nebeneinander gestellt. In Vechta wird ein Stadtfest auf dem Marktplatz gezeigt, voller Menschen und Fest-Fahrzeuge, in Zittau hingegen der gerade in einem als grundsätzlich zu bezeichnenden Umbau befindliche historische schöne Marktplatz, auf dem sich wegen der augenblicklichen Bauarbeiten weder viele Fahrzeuge noch Menschen zeigen. Jedoch: Auch in Zittau haben wir ein alljährliches Stadtfest, das Spectaculum, bei dem die ganze Innenstadt wegen Tausender von Menschen aus den Nähten platzt. Das sind unfaire Berichterstattungsmethoden, die nicht gutzuheißen sind. Nur Vergleichbares darf man vergleichen!

Leider geht es aber auch textinhaltlich so weiter. Grundsätzlich hätte man herausarbeiten müssen, dass Vechta vornehmlich eine Handelsstadt ist, Zittau jedoch – und das schon über Jahrhunderte – eine bedeutende Kulturstadt. Nicht umsonst sind in Zittaus Hauptkirche St. Johannis die seinerzeit berühmtesten Musiker und Komponisten angestellt gewesen, ich nenne hier nur Christoph Demantius, Johann Trier, Andreas Hammerschmidt.

Der Autor weist zwar daraufhin, dass es eine enorme denkmalgeschützte Bausubstanz in Zittau gibt (dass die zum Teil ungepflegt ist, hängt nicht an der Stadt und ihren Bürgern, sondern an einer 40-jährigen kommunistischen DDR-Vergangenheit). Aber dass es den größten, ja den einzigen wunderbaren riesigen Schinkelbau außerhalb Preußens in der gerade vorbildlich restaurierten St. Johannis-Kirche gibt, ist ihm keine Notiz wert?

In Zittau stand keine katholische Hochschule, aus der wie in Vechta eine Universität erwuchs. Jedoch haben wir hier die hochqualifizierte Hochschule Zittau/Görlitz, die mit ihren knapp 4000 Studenten ein Magnet für Studenten aus der sächsischen Region, vermehrt immer mehr aber auch aus den alten Bundesländern sowie aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern ist.

Wie kann es da möglich sein, dass als Zwischentitel hervorgehoben wird: „Vechta profitiert von der Nachbarschaft zu Holland, Zittau nicht von seiner zu Tschechien"? Diese Behauptung ist schlicht unwahr, und wäre auch dann nur eine Teilwahrheit, wenn man den Profit auf das Finanzielle eingrenzt. Ich will doch nicht annehmen müssen, dass in Vechta keine Kultur- und Kunstpflege betrieben wird und die Wissenschaft nicht gefördert wird.

Selbst, wenn man das Pekuniäre als Maßstab für grenzüberschreitende Aktivitäten nimmt: Auch hier stimmt die Behauptung nicht, dass Zittau nicht von seiner Nachbarschaft zu Tschechien (und Polen) „profitiert": Die großen Kaufläden, die Autoverkaufsstellen, der Kleinhandel, alle sind sie tagtäglich überlaufen von Tschechen und Polen. Und Deutsche speisen zu gerne in der benachbarten böhmischen Küche.

Ohne zu erwähnen, dass im Gegensatz zu Vechta in Zittau 40 Jahre das DDR-Regime herrschte, nach der Wende ein Großteil der Industrie zusammenbrach und die Menschen keine Arbeit vor Ort mehr fanden, darf man nicht schreiben, dass hier eine „Massenflucht" eingesetzt hatte. Es braucht eben genauso lange, wie die DDR-Diktatur gedauert hat, bis nach 40 Jahren auch hier eine gesunde Mischung von prosperierendem Leben und Kunst installiert sein wird. Übrigens ist zu beobachten, dass nicht wenige Menschen wieder aus den alten Bundesländern zurückkommen.

Ich würde als Wohnort Zittau niemals gegen Vechta eintauschen wollen, aber ich gestehe: Das ist kein sachliches Argument, ebenso wenig sachlich, wie ein Großteil des Berichtes, sondern es ist lediglich eine persönliche Liebeserklärung, die mich aber nicht blind macht für unwahre Unterstellungen. **Prof. Dr. Neithard Bethke, Zittau**

Man ist machtlos

Zu: Hetze und Gewalt (Nr. 43)

Unsere Generation wird später sicher einmal gefragt werden, warum sie die Massenübersiedlung durch den Islam nicht verhindert habe. Unsere Antwort wird dieselbe sein, die uns unsere Väter auf die Frage gaben, warum sie den Faschismus und dessen Folgen nicht verhindert hätten: „Es ging nicht." Heute glaube ich unseren Vätern. **Winfried Zirpel, Berlin**

So leicht lässt sich der Wahnsinn bezahlen

Zu: Deutsche sind schutzlos (Nr. 42)

Vermutlich kann nur in einem „demokratischen Rechtsstaat" wie hier ein Flüchtlings-Wahnsinn dieser Ausprägung passieren. Kanzlerin Angela Merkel hat mit ihrem Ministerclan diese Asylanten-Katastrophe provoziert. Seit Langem ignoriert sie geltende Gesetze. Sie sieht diese bestenfalls als Empfehlung. Sie kennt nur ein Gesetz: ihr eigenes. Das eröffnet ungeahnte Möglichkeiten.

Hört her, ihr alle, ob Bundesbürger oder Asylanten: Ihr müsst also ebenfalls kein Gesetz mehr beachten oder respektieren, vorweg also auch die neuen Gesetze nicht, die sich mit persönlichem Eigentum und der Unverletzlichkeit der Wohnung befassen. Was für Merkel recht ist, ist für uns doch billig. Wir schaffen das schon.

Der Asylanten-Wahnsinn ließe sich übrigens leicht bezahlen. Erstens: Die gesamte Wahl- und Partei-Finanzierung aus Steuergeldern wird ersatzlos gestrichen. Zweitens: Die Diäten und Aufwandsentschädigungen der Politiker werden sofort um 50 Prozent gekürzt. Drittens: Der Rüstungsetat wird um 30 Prozent gesenkt.

Soeben hat der Bundestag eine „Verschärfung" des Asylrechts beschlossen. Kernpunkt: Alle Syrer bleiben, keiner wird abgeschoben. Konsequenz: Sie holen vielmehr ihre umfangreichen Familien nach. Von den seit über einem Jahr auf der Flucht befindlichen elf Millionen Syrer werden wir innerhalb der nächsten zwölf Monate mindestens vier Millionen in Deutschland haben, zusätzlich zu allen anderen Nationen, die ebenfalls auf Wanderung sind.

Deshalb ist es dringend erforderlich zu klären: Mit welchen Gründen lässt sich ein Verfahren zur Amtsenthebung von Kanzlerin und Bundespräsident betreiben? **Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg**

Wegducken und zahlen

Zu: Blind durch die Nacht (Nr. 40)

Ihre aktuelle Ausgabe war wieder ein Volltreffer. Aber als studierte Physikerin kann Kanzlerin Angela Merkel unmöglich so dumm sein, dass sie nicht weiß, wohin die Reise mit Deutschland geht. So bleibt nur der Schluss, dass sie massivem Druck vom „großen Bruder" ausgesetzt ist, wenn sie die Order aus Washington nicht befolgt.

Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel nutzt nur die Gunst der Stunde, schon mit Blick auf die nächste Wahl, denn er weiß genauso gut wie Merkel, wie die Mehrheit der Deutschen in der Flüchtlingsfrage denkt. Würde er je Kanzler, müsste er allerdings ebenso gehorchen wie „Mutti" heute.

Unterm Strich kann man sagen: was die Engländer im 20. Jahrhundert nicht ganz geschafft haben, nämlich Deutschland für alle Zeiten kaputtzumachen, das schaffen nun die US-Amerikaner mit der Macht des Geldes und notfalls überlegenen Waffen.

Unsere arme, von Schuldgefühlen geplagte Bevölkerung kennt darauf nur eine Antwort: sich wegducken, noch mehr arbeiten und noch mehr Steuern zahlen. Wie lange noch? **Eva-Maria Licht, Herrsching**

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 6. November 2015

MELDUNGEN

Denkmal für Kolonisten

Tilsit – In der Stadt an der Memel ist ein Denkmal für die sowjetischen Neusiedler in Ostpreußen aufgestellt worden. Die Bronzefigur von knapp einer Tonne Gewicht befindet sich auf dem Bahnhofsvorplatz und zeigt einen sowjetischen Offizier mit seiner Frau und ihrem Sohn. Das staatstragende Kunstwerk übersieht freilich, dass ein erheblicher Teil der Siedler wenig freiwillig in das eroberte Gebiet kam und viele von ihnen hier nicht zuletzt die relative Ferne vom sowjetischen Machtapparat schätzten. *T.W.W.*

Air Berlin zieht sich zurück

Königsberg/Berlin – Die deutsche Fluglinie Air Berlin wird sich bis zum Januar 2016 vollständig aus dem russischen Markt zurückziehen. Als Grund nennt die finanziell schwer angeschlagene Gesellschaft die schwächer werdende Entwicklung des Kundeninteresses. Laut einem Rundschreiben von Air Berlin an ihre Geschäftspartner sollen die Flüge zwischen Berlin und Königsberg bereits in den kommenden Monaten eingestellt werden. Aus Königsberger Unternehmerkreisen wurden daher Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft der Region laut. Nachdem in den letzten Jahren bereits Air Baltic, LOT und die dänische SAS ihre Flüge nach Königsberg eingestellt hatten, streicht mit Air Berlin jetzt die einzig verbliebene wirtschaftspolitisch relevante „europäische" Fluglinie die Segel. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Stanowo – Bergfriede [Samborowo], Baustelle; Osterode – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Erneuerung der Straßenmarkierung; Renkussen [Rekusy] – Mathildenhof [Buniaki], Baustelle, Lyck – Klein Rutken [Rutki], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 16c: Krämersdorf [Kromerowo] – Bischofsburg [Biskupiec], Erneuerung der Brücke. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Passenheim [Pasym], Randstreifenarbeiten; Ortelsburg [Szczytno] – Olschinen [Olszyny], Baustelle. Straße Nr. 54: Glinka – Braunsberg [Braniewo], Baustelle. Straße Nr. 65: Schlepien [Slepie], Erneuerung der Brücke; Stradaunen [Straduny], Erneuerung der Brücke; Wittinnen [Wityny] – Umgehungsstraße von Lyck, Baustelle; Prostken [Prostki], Baustelle, Lyck– Grajewo, Randstreifenarbeiten. *E.G.*

Über drei Brücken nach Königsberg

Südlicher Stadtteil Ponarth wegen Brückensanierungen vom Zentrum abgeschnitten – Lange Umwege nötig

Die Eisenbahnlinie trennt den südlichen Stadtteil Ponarth vom Königsberger Zentrum. Weil die Brücken über die Bahnlinie saniert werden müssen, die Bauarbeiten nur langsam vorangehen, dauert eine Fahrt ins Stadtzentrum doppelt so lange wie gewohnt. Ein Zustand, den Gouverneur Zukanow kritisiert.

Im südlichem Stadtteil Ponarth, der heute zum Moskauer Bezirk gehört, lebt ein Großteil der Königsberger Bevölkerung. Ein Großteil der südlichen Bezirke ist vom Stadtzentrum durch Schienenstränge abgetrennt. Drei Brücken über die Bahnlinie bilden die wichtigsten Verkehrsmagistralen. Sie verbinden den Süden der Stadt mit dem Zentrum. Über die Brücken der Berliner Straße [Suworowa], der Brandenburger/Ponarther Straße [Kiewskaja] und der Aweider Allee [Alleja Smelych]. pendeln täglich tausende Menschen.

Jedoch wurde die alte Brücke in der Brandenburger/Ponarther Straße vor einigen Jahren abgebaut. Auf der heutigen gibt es drei Fahrspuren, wovon eine entgegengesetzt verläuft. Die zweite Brücke auf der Berliner Straße benötigt eine grundlegende Sanierung und wurde deshalb teilweise für den Verkehr gesperrt. Die dritte Bahnüberquerung auf der Aweider Allee, die am ehemaligen Schlachthof vorbeiführt, wird zurzeit repariert.

Die Stadt hat für die Bauarbeiten einen Auftrag über umgerechnet



Hinter dem Zeitplan: Bauarbeiten an der Brücke auf der Aweider Allee Bild: J.T.

510 000 Euro vergeben. Doch während der Bauarbeiten stellte sich heraus, dass weitere Arbeiten nötig werden. Der Finanzierungsrahmen wurde deshalb um weitere 142 000 Euro erhöht. Am Ende sollte eine Brücke mit drei Fahrstreifen, einschließlich einer Wendespur und Fußgängerwegen von einem halben Meter Breite auf jeder Seite, entstehen. Das entspricht in etwa der Brücke auf der Berliner Straße.

Nachdem die Brücke der Aweider Allee für die Bauarbeiten geschlossen worden war, konnten Fußgänger wie auch Sonderfahrzeuge (Polizei, Krankenwagen, Unfalldienst und ähnliche) sie trotzdem weiter nutzen. Sicher wäre es besser gewesen, sie während der

Die Fertigstellung verzögert sich

Bauarbeiten komplett zu sperren, doch das hätte den Bewohnern der anliegenden Häuser das Leben erheblich erschwert. Dank des Fußwegs über die Brücke können sie schnell die nächste Bus- oder Straßenbahnhaltestelle erreichen, um ins Stadtzentrum zu fahren.

Schwierigkeiten bereitet den Bauarbeitern auch das deutsche Erbe, auf das sie bei der Brücke stießen. Die Technik stammt noch immer aus der Vorkriegszeit und gibt den heutigen Baufachleuten Rätsel auf.

Die Fußgänger, die zurzeit die Brücke nutzen, müssen sich geschickt zwischen den Bauarbeitern durchschlängeln, die verschiedene Baumaterialien umherschleppen, Umzäunungen und Gerätschaft aufstellen. Die Arbeiter müssen ihrerseits darauf achten, dass die Fußgänger nicht zu Schaden kommen.

Die Bauarbeiten gehen langsamer voran als geplant. Auf der Baustelle sind Arbeiter aus Mittelasien beschäftigt, deren Qualifikation nicht sehr hoch ist. Dafür kostet ihre Arbeit weniger als die der heimischen Arbeiter.

Die Bürger müssen in Kauf nehmen, dass ihr Arbeitsweg oder der zur Ausbildungsstätte doppelt so lange dauert wie gewöhnlich. Dass die Arbeiten sich auf das Alltagsleben vieler Königsberger auswirken, hat auch der Gouverneur bemerkt. Er gab bekannt, dass seine Schwester in der Berliner Straße lebt und er sie wegen des Verkehrskollapses schon seit zwei Jahren nicht mehr besucht habe. Sie selbst benutze den Bus. Selbst möchte Zukanow nicht im Stau stehen, weil dies zu viel Zeit in Anspruch nehme, die er nicht habe.

Er erklärte, die Gebietsregierung werde sich des Problems der Staus annehmen. Die Kreis- und Bezirksstraßen im Bezirk Newa würden saniert und auch die Reparatur der Brücke auf der Alleja Smelych werde die Situation verbessern. Aber das Ende der Baumaßnahmen wird immer wieder hinausgezögert, und die Bewohner der umliegenden Stadtteile müssen mit Schwierigkeiten durch lange Umwege, vor die sie die Situation stellt, leben.

Jurij Tschernyschew

Zusammenarbeit wird rechtlich aufgewertet

Ergebnis jahrelanger vertrauensvoller Kooperation: In Tilsit wurde ein deutsch-russischer Vertrag unterzeichnet

Die Stadtgemeinschaft Tilsit betrachtet es seit Jahren als eine nützliche Aufgabe, den Russen bei der Vermittlung von Kenntnissen über die Biografie der Stadt Tilsit zu helfen. Nur zu oft stieß die Stadtgemeinschaft bei Besuchen in der Heimatstadt und Begegnungen mit den heutigen Bewohnern auf Neugier und den Wunsch, mehr über diese Stadt mit ihrem europäischen Antlitz zu erfahren.

Im Mittelpunkt stand die Hilfe und Unterstützung bei der Einrichtung eines Museums für Stadtgeschichte. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass die Stadtgemeinschaft angetreten ist, das kulturelle Erbe Ostpreußens zu erhalten und sein Verschwinden in der Geschichte zu verhindern. Das konnte nicht nur die Aufgabe der früheren Tilsiter sein, sondern es galt, den russischen Bewohnern ein wahrheitsgemäßes Bild des alten Tilsit zu vermitteln und sie in die Bewahrung des kulturgeschichtlichen Erbes einzubeziehen.

Im Laufe der Jahre leistete die Stadtgemeinschaft Tilsit beim Ausbau des Museums materielle Unterstützung und stellte Fotos, Stadtpläne, Einwohnerbücher und Exponate zur Verfügung, Dinge, die dringend benötigt wurden. Man stieß auf großes heimatkundliches Interesse bei russischen Bewohnern, die Kontakt zur Stadtgemeinschaft Tilsit suchten. Ein besonderes Anliegen der Museumsdirektorin Angelika Spiljowa bestand darin, die heutigen Bewohner mit dem künstlerischen und literarischen Schaffen von Persönlichkeiten bekannt zu machen, die in Tilsit geboren sind und die diese Stadt hervorgebracht hat. Und da gab es einiges zu präsentieren: Eine Ausstellung mit Lithografien des Multitalents Armin Mueller-Stahl, eine Ausstellung mit Bildern von Gerhard Spilgies, eine Präsentation von Skulpturen des Tilsiter Bildhauers Sebastian Holzner, eine Ausstellung über Leben und Schaffen des Schriftstellers Johannes Bobrowski und Lesungen seiner Poesie; das alles stieß auf sehr großes Interesse und fand großen Anklang, besonders bei der jungen Generation.



Nach der Unterzeichnung: Museumsdirektorin Angelika Spiljowa und Hans Dzieran tauschen die Vertragsdokumente aus Bild: privat

Die Stadtgemeinschaft Tilsit begleitet diesen Prozess mit reger Anteilnahme. Mit Nachdruck wird die Meinung vertreten, dass es höchste Zeit sei, dass die heutigen Bewohner die geschichtliche Vergangenheit und das kulturelle Erbe ihrer Stadt entdecken, begreifen, sich aneignen und verinnerlichen. Wenn es gilt, die geschichtsträchtige Biografie der Stadt der Nachwelt zu erhalten, dann sind es in zunehmendem Maße auch ihre heutigen Bewohner. Die Stadtgemeinschaft findet es gut, wenn nicht nur die Ostpreußen an der Bewahrung des kulturhistorischen Erbes der Heimat beteiligt sind, sondern dass es auch die heutigen Bewohner sind, die die Erinnerung an die preußisch-deutsche Vergangenheit von Tilsit wachhalten. Das betrachtet die Stadtgemeinschaft als ihr gemeinsames Anliegen.

In diesem Sinne hat die seit Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinschaft Tilsit und dem Museum für Stadtgeschichte eine neue Dimension erhalten. Die bestehenden Kontakte wurden vertraglich aufgewertet mit einer zweiseitigen „Vereinbarung über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. in der Bundesrepublik Deutschland und dem Museum für Stadtgeschichte Sowjetsk in der Russischen Föderation". Ihr liegt die Absicht zugrunde, im gemeinsamen Miteinander das kulturhistorische Erbe von Tilsit zu pflegen, das gegenseitige Geschichtsverständnis zu fördern und die völkerverbindende Zusammenarbeit zu vertiefen.

In sechs Paragrafen sind Festlegungen vereinbart über die Re-

Öffentlichkeit zeigt reges Interesse

cherche, Sammlung und den Austausch von Archivalien aus Tilsits Vergangenheit sowie über die gegenseitige Unterstützung bei der Organisation von Ausstellungen und der Herausgabe von Druckerzeugnissen.

Die Vereinbarung wurde am 5. September 2015 in einem feierlichen Zeremoniell im Beisein der Bürgermeisterin für Kultur und Touristik, Anna Kulijewa, von den Vertretern beider Seiten unterzeichnet. Die russische Presse und das Fernsehen würdigten den Abschluss der Vereinbarung als eine zukunftsorientierte Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit, die einen konstruktiven Beitrag zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern leiste. *H.Dz.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

auch heute wollen wir Herrn **Bernd Dauskardt** zu Worte kommen lassen, denn sein Bericht über den deutschen Friedhof im Memelland, den wir in der letzten Folge brachten, ist nicht der einzige, den er uns zugesandt hat. Galt dieser den in der Heimat Verbliebenen und dort Verstorbenen zum Totensonntag, so fügt sich sein neuer Beitrag in unser Gedenken zum Volkstrauertag ein. Denn er führt uns zurück in den Kampf um unsere Heimat, der im Memelland ja schon im Spätsommer 1944 begann. Damals verhinderte die Fallschirmpanzerdivision HG im mittleren Memelland in Höhe des Pleiner Torfbruches zunächst einen schnellen Durchstoß der Roten Armee nach Tilsit. In diesem Gebiet zwischen Heydekrug und Pogegen halten sich noch heute Berichte, die Skeptiker in das Reich der Fama verweisen würden. Bernd Dauskardt wurde hellhörig, als er bei seinen ersten Besuchen in den 90er Jahren von zwei deutschen Panzern erfuhr, die im Pleiner Torfbruch versunken sein sollten. Noch immer würden die Geschützrohre aus dem Moor herausragen, wie die litauischen Bewohner erzählten. Es gäbe genug Zeugen, die diese „Nasen", wie die Litauer die Rohre bezeichnen, gesehen hätten. Aber das Moor sei tückisch, nur Kenner der sicheren Wege könnten bis zu dieser Stelle vordringen. Schon immer hätte das grundlose Moor Menschen verschlungen, die in Unkenntnis oder Leichtsinn vom Weg abwichen. Noch ist in der Bevölkerung die Erinnerung an jenen Mann lebendig, der nach einer Feier in der Nachbarschaft den Heimweg durch das Moor abkürzen wollte. Er ist nie in seinem Zuhause angekommen, sondern blieb spurlos verschwunden. Diese Mahnungen hinderten Herrn Dauskardt nicht daran, auf Suche nach den versunkenen Panzern zu gehen, er fand aber für sein Vorhaben keine Unterstützung. Doch er blieb hartnäckig am Ball, befragte bei jedem Besuch in dieser Gegend die Menschen nach neuen Erkenntnissen und musste hören, dass etwa seit der Jahrtausendwende auch die „Nasen" der Panzer verschwunden seien – das Moor hatte ganze Arbeit geleistet. Das war natürlich schade, änderte bei unserem Landsmann aber nicht den Wunsch, dieses „Panzergrab" aufzusuchen.



Auf zur Panzersuche in das tückische Moor Bild: Dauskardt

Und in diesem Jahr wurde er ihm erfüllt, denn seine Dolmetscherin **Irmgard Gerullis** hatte einen wegekundigen Bauern ausfindig gemacht, der den Gast mit dem Pferdewagen in das Moor fahren wollte. Er wüsste genau die Stelle, wo die beiden Panzer versunken seien, so versicherte seine langjährige Betreuerin glaubhaft. Und Herr Dauskardt begab sich auf die abenteuerlichste Fahrt, die er bisher auf seinen vielen Heimatbesuchen unternommen hatte. Das Gefährt erwies sich als alter klappriger Kastenwagen, der Braune war auch nicht jünger – auf gut ostpreußisch würde man ihn als „ole Krag" bezeichnen. Immerhin machte das Pferd einen ruhigen und verlässlichen Eindruck und der bestätigte sich dann auch auf der holprigen Fahrt in das Moor, in dieses Reich der unheimlichen Stille, aus dem sich nur hin und wieder ein Schwarm Wasservögel erhob, wenn der Wagen sich ihnen näherte. Plötzlich blieb das Pferd stehen, der Bauer stieg vom Bock und prüfte den Weg, ging ein paar Schritte voraus, ruhig folgte ihm der Braune. Das geschah noch etliche Male, bis sie zu einer Stelle kamen, an der er anhielt und auf eine Fläche wies, der man nicht ansah, was sie verbarg: Hier waren vor 71 Jahren die beiden deutschen Panzer vom Typ Panzerkampfwagen V „Panther" versunken. Bernd Dauskardt musste an die Besatzung denken, die sich der Überlieferung nach retten konnte, als die schweren Geschütze zu versinken drohten. Haben die Männer überlebt oder fielen sie noch im Endkampf um Ostpreußen? Es wurde eine stille, nachdenkliche Rückkehr aus dem tückischen Moor, das sein Geheimnis für immer bewahren wird.



Der derzeit besterhaltene Panzerkampfwagen V „Panther": Fahrbereites Exemplar in der Wehrtechnischen Studiensammlung Koblenz Bild: Stahlkocher

Die Stimmung löste sich dann bei einer kräftigen Mahlzeit im Haus des Bauern, der seinem Besucher erzählte, dass er selber einmal beinahe im Moor versunken sei. Als Kind habe er sich mit seinen Brüdern in den Bruch gewagt und unbedacht den befestigten Weg verlassen. Dabei sei er eingebrochen, und nur mit einem Ast, den die Brüder ihm zugeworfen hätten und den er habe ergreifen können, habe er aus dem Sumpf gezogen werden können. Das sei ihm eine Lehre für das ganze Leben gewesen. Für Herrn Dauskardt war diese Moorfahrt jedenfalls das aufregendste Erlebnis, das er auf seinen vielen Ostpreußenreisen erleben konnte und an der er in seinen Ausführungen unsere Familie teilhaben lässt. Vielleicht ist es für manchen Leser sogar mehr als ein interessanter Bericht, denn es könnte sein, dass noch ein ehemaliger Wehrmachtangehöriger, der bei den Kämpfen dabei war, sich an dieses Ereignis erinnert. Wir danken unserem Landsmann sehr für diese Schilderungen seiner Spurensuche, weil sie Vergangenheit und Gegenwart auf informative Weise verbindet. Die nächste wird ihn wieder in das Memelland führen, diesmal an die Ufer des Rußstromes, und wir sind schon gespannt, was er dann wieder entdecken wird.

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Für Frau **Gertrud Gotthard** aus Hamburg und ihre drei Schwestern war es wichtig, zu wissen, wo ihr 1946 in einem russischen Gefangenenlager verstorbener Vater begraben liegt. Lange haben sie vergeblich geforscht, erst 2005 erhielten sie vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Gewissheit, dass sich sein Grab auf einem Friedhof südlich von Moskau befindet. Frau Gotthard hat unsere Arbeit schon einmal mit aufschlussreichen Informationen über die Fischer vom Frischen Haff unterstützt. Ihr Großvater stammte aus Heide-Maulen, und die Verbindungen mit alten Fischerfamilien blieben auch bestehen, nachdem die aus Schleswig-Holstein stammende Mutter mit ihren vier Töchtern in ihre Heimatstadt Arnis geflüchtet war.

Wenn sich aber Frau Gotthard nun erneut an uns wendet, hat das weder mit der Fischerei noch mit ihrer eigenen Familie zu tun, sondern mit der Lebensgeschichte einer Ostpreußin, die es mit aller Macht in die Heimat zog, aus der sie als 16-Jährige hatte flüchten müssen, die als 67-Jährige, stark sehbehinderte Diabetikerin dort wieder Wurzeln schlagen wollte, wo sie als Kind glücklich gewesen war, und die tatsächlich im Jahr 1996 ihrem Alterswohnsitz im Hunsrück den Rücken kehrte und 40 Kilometer von Königsberg ein Anwesen kaufte, den „Annenhof", den sie noch aus ihrer Kindheit kannte. Dort harrte sie trotz aller Widerstände, Betrügereien, Beraubungen und sabotageartigen Zerstörungen aus – jedenfalls bis zum 1. August 1999, denn unter diesem Datum erschien in einer Hamburger Zeitung ein Bericht über die „Bäuerin **Ursula Trautmann**" aus „Slavanskoje" im Königsberger Gebiet. Dieses Zeitungsblatt hat Gertrud Gotthard bis heute bewahrt, weil sie das mutige Unterfangen der Rentnerin so beeindruckt hatte und ihren weiteren Weg verfolgen wollte. Was dann wohl unterblieb, bis ihr der Ausschnitt nun in die Hände fiel und sie veranlasste, sich an uns zu wenden: „Möchte so gerne wissen, was aus der mutigen ostpreußischen Bäuerin geworden ist. Die große ostpreußische Familie kann mir sicherlich dabei helfen!"

Das können schon wir von der Redaktion, denn auch das *Ostpreußenblatt* hat mehrmals über Ursula Trautmann berichtet, zuletzt im Jahr 2004 – da endet leider die Rückkehrkampagne der inzwischen 75-jährigen Seniorin. Obwohl die Landsmannschaft Ostpreußen ihr unter die Arme gegriffen hatte – zum Beispiel, als sie durch Spenden eine Rundballenpresse kaufen konnte, mit der die Winterfütterung gesichert war –, kam doch nach acht Jahren das Aus für den Annenhof. Die Hoffnung starb hier wirklich zuletzt! Ob und wie Ursula Trautmann und ihr Mann, der ihr immer zur Seite stand, den Verlust verkraftet haben, wie ihr späteres Leben verlief – das möchte Gertrud Gotthard wissen und bittet um Informationen. Für sie ist eben Ursula Trautmann ein Beispiel für ungebrochene Heimatliebe und Bewahrung der Werte ostpreußischen Lebens. Falls sich die Familie Trautmann nicht direkt äußern möchte, gibt es sicher Leserinnen und Lesern, die mit der Familie Kontakt hatten und vielleicht noch haben. (Gertrud Gotthard, Samlandweg 76 in 22415 Hamburg.)

Wie engmaschig unser Netzwerk gestrickt ist, hatten wir schon im März festgestellt, als wir eine Zuschrift von Herrn **Manfred Ruhnau** veröffentlichten, in der er zu einer Anfrage über die Kalksteiner Mühle Stellung nahm. In Folge 6 hatten wir ein Foto gebracht, das vermutlich diese an der Passarge gelegene Wassermühle zeigt. Herr **Klaus Neumann** aus Soest hatte uns die alte Aufnahme zugesandt, weil er Näheres über die Mühle erfahren wollte, in deren verfallenen Mauern er als Kind aus Liebstadt gespielt hatte. Herr Ruhnau, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Braunsberg, konnte ihm erste Informationen über die Lage der Mühle an der Passarge geben, die er über einige Umwege von Herrn **Hellmut Stange** aus Neuss erhielt, der einen Braunsberger Landsmann in Amerika befragt hatte. Weitere Recherchen wollte Herr Ruhnau auf einer Heimatreise vornehmen, die ihn und zwei weitere Vorstandsmitglieder auch nach Wormditt führten. Gesagt – getan! Nun kam ein Schreiben von Herr Ruhnau, dem ein Bild beilag, das einen Ausschnitt aus einer sehr alten Landkarte zeigt. Herr Helmut Stange hat die Aufnahme bei der Besichtigung des Heilsberger Schlosses gemacht und sie beschriftet: „Aus der Ermland-Landkarte im Schloss Heilsberg mit dem Dorf Kalkstein mit der berühmten Mühle". Der Ort Kalkstein [Wapnik] ist übrigens historisch schon im Jahr 1295 als Handfeste des Ordens belegt. Soviel die kleine Heimatkunde, angeregt durch unsere Familienkolumne, mit der wir abschließen wollen.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Die Grenze verliert an Bedeutung

Die Unterschiede zwischen Ostdeutschland und Kongresspolen beim Wahlverhalten schwinden

Der Sieg von Jarosław Kaczynskis nationalkonservativer Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei den polnischen Parlamentswahlen vom letzten Sonntag ist auch dadurch so überwältigend geworden, dass das wie in der Bundesrepublik aus einer Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht bestehende polnische Wahlrecht keine Ausgleichsmandate für Überhangsmandate vorsieht. Der Überhang gewonnener Wahlkreise bescherte der PiS bei 37,6 Prozent der Stimmen bereits die absolute Mehrheit der Mandate. Zusätzlich begünstigt wurde die PiS noch dadurch, dass die Vereinigte Linke mit 7,6 Prozent an der Acht-Prozent-Hürde für Listenverbindungen scheiterte und ihre Wähler ohne jegliche Vertretung bleiben. So kam die PiS auf 235 der 460 Sitze im Warschauer Sejm.

Früher galt für polnische Wahlen die Faustregel, in Ostdeutschland wird eher links und in kongresspolen eher rechts gewählt. Das war bei diesen Parlamentswahlen nicht ganz so. So haben sich Niederschlesien und Ostpreußen zum Kaczynski-Land transformiert. Lediglich Hinterpommern, Westpreußen einschließlich Danzig und der nördliche Teil der Provinz Posen mit ihrem Zentrum trotzten dem großen politischen Meinungsumschwung.

Allerdings hatte die Faustregel zumindest noch insoweit Geltung, als die Ergebnisse für Jarosław Kaczynskis PiS in Kongresspolen (noch) besser ausfielen als in Ostdeutschland. Im südlichen Ostpreußen liegen die Ergebnisse der PiS etwa fünf Prozentpunkte niedriger als im Landesdurchschnitt und in der Woiwodschaft Ermland-Masuren hätte die PiS auch keine absolute Mehrheit der Mandate errungen, da die Vereinigte Linke in dieser Region die Acht-Prozent-Hürde genommen hat. Wobei die Grenzen der Wahlkreise nicht ganz identisch sind mit denen der Woiwodschaften. Allenstein und das östliche Masuren bilden einen Wahlkreis, während der westliche Streifen unter Einschluss des Regierungsbezirkes Westpreußen der Provinz Ostpreußen das Hinterland des Wahlbezirkes Elbing bildet.

Im Sejm wird die Region künftig unter anderem von Jacek Protas, dem Vizemarschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren von der Bürgerplattform (PO), und seiner Parteifreundin Elzbieta Gelert vertreten. Auch die frühere Vizemarschallin Anna Wasilewska von der PO ist dabei. Die PiS schickt unter anderem ihren Elbinger Stadtpräsidenten Jerzy Wilk und den früheren Woiwoden in Allenstein, Stanislaw Zelichowski, nach Warschau. Piotr Zuchowski, bisheriger Staatssekretär für Kultur und nationales Erbe, vertritt die Bauernpartei PSL ebenso wie die Vizevorsitzende der Partei, Urszula Paslawska. Ihr einstiges Engagement für die Deutsche Minderheit thematisiert die Bischofsburgerin nicht – das käme vermutlich auch nicht bei jedem Wähler an. Andrzej Maciejewski, der einstige Beauftragte des Woiwoden für die Zusammenarbeit mit dem Königsberger Gebiet, wird für die rechts verortete Protestbewegung des Politquereinsteigers und Rockmusikers Pawel Kukiz im Parlament sitzen. Für die wirtschaftsliberale Nowoczesna (Modernes Polen) zieht Miroslaw Pampuch in den Sejm. Der ehemalige Alleinsteiner Landrat hat für manche Akzente bei der Partnerschaft mit Osnabrück gesorgt.

Doch wieso wählten und wählen mit den genannten Abstrichen die polnischen Bewohner Ostdeutschlands anders als ihre Landsleute in Kongresspolen? Die sozialistische Umgestaltung konnte nach 1945 ohne Barrieren der Tradition in den neuen „Nord- und Westgebieten" Polens tiefer greifen, etwa bei der Kollektivierung der Landwirtschaft. Während dem Ein-Kuh-Bauern Kongresspolens seine Welt teilweise erhalten blieb, musste der Neusiedler geistig flexibler sein. Dieses Erbe löst sich derzeit ein Stück weit auf. *Edmund Pander*



ZUM 98. GEBURTSTAG

Engelke, Liesbeth, geb. **Lösche**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November
Koch, Leni, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 8. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Binsch sen., Hans, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Lempp, Selma, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 11. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Barenthin, Erika, geb. **Przyborowski**, aus Treuburg, am 10. November
Bubritzki, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kudies, Edith, geb. **Ratz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, und aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Niederstraßer, Fritz, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 9. November
Schulze, Irmgard, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 7. November
Sonnendecker, Friedel, geb. **Paulin** aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bratka, Heinz, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 11. November
Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November
Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November
Sterzik, Ida, geb. **Klesz**, aus Mointhienen, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Toplarski, Hildegard, geb. **Skowronek**, aus Lyck, Yorkstraße 16, am 8. November
Weinert, Edith, geb. **Nischk**, aus Lyck, am 11. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Klamma, Max, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 7. November
Piechotka, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. November
Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bahl, Hildegard, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Buchner, Walter, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Köck, Gerhard, aus Wilditten, Kreis Samland, am 13. November
Kugland, Kurt, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. November
Pahl, Erika, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Richter, Christiane, aus Königstein, am 7. November
Riechey, Hella, geb. **Ragozat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November
Tiska, Rüdiger, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, am 5. November
Wiencek, Elli, geb. **Saszig**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 13. November
Wilk, Christel, geb. **Rudolph**, aus Lyck, Memeler Weg 15, am 10. November
Wuttke, Ilse, geb. **Koschul**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bergmann, Anni, geb. **Mau**, aus Treuburg, am 7. November
Bollnow, Lisa, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Samland, am 12. November
Diehr, Gerda, geb. **Rudorf**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 11. November
Dorra, Walter, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Faerber, Martha, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 11. November
Hakelberg, Bruno, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 7. November
Kairis, Hildegard, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November
Katzmarzik, Martha, geb. **Tadday**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 7. November
Kerzinger, Liesbeth, geb. **Gennrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. November
Kraft, Otto, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 9. November
Nowotka, Alice, aus Neidenburg, am 11. November
Oetterer, Ilse, geb. **Podlesny**, aus Lötzen, am 11. November
Paustian, Emmy, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 7. November
Pinno, Elisabeth, geb. **Sistig**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 8. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Gonschorek, Edith, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. November
Hollo, Käthe, geb. **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 11. November
Karasch, Waltraut, geb. **Konoppka**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, und aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Klippert, Irmgard, geb. **Rahn**, aus Groß Nuhr, am 12. November
Martin, Lieselotte, aus Lyck, am 8. November
Nadler, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. November
Rexin, Christa, aus Neidenburg, am 8. November
Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November
Weimer, Frieda, geb. **Hoffmeister**, aus Kallen, Kreis Samland, am 7. November
Wiedemann, Rosa, geb. **Zielitzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Wittulsky, Ursula, geb. **Paulini**, aus Deutsch-Eylau, am 29. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Heynemann, Brigitte, geb. **Schorby**, aus Lyck, Danziger Straße 37, am 10. November
Huhn, Werner, aus Preußisch Eylau, am 11. November
Kaminski, Siegfried, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 11. November
Kerstan, Willi, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 9. November
Klimaschewski, Siegfried, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 10. November
Kloss, Hedwig, geb. **Rautenberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 7. November
Klüver, Adolf, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 13. November
Krüger, Ulrich, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 7. November
Kudritzki, Eva, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 9. November
Leinemann, Hilde, geb. Sutzyck, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 8. November
Kyewski, Heinz, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. November
May, Erich, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 10. November
Muhsal, Ruth, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Nagorny, Werner, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. November
Nowak, Gertrud, geb. **Laskowski**, aus Gedwangen; Kreis Neidenburg, am 12. November
Pirk, Ursula, geb. **Schirmacher**, aus Oschekau Gut, Kreis Neidenburg, am 12. November
Przyborowski, Edeltraut, geb. **Dziadek**, aus Plötzendorf, am 9. November
Sadowski, Ewald, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. November
Schikanski, Herbert, aus Lyck, am 8. November
Schröder, Dorothea, geb. **Schächter**, aus Wehlau, am 13. November
Söckneck, Helga, geb. **Lohmeyer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 13. November
Theweleit, Siegfried, aus Laptau, Kreis Samland, und aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 12. November
Uhde, Margarete, geb. **Lammek**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Weituschat, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 7. November
Zerulla, Herbert, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, am 11. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Biermann, Annemarie, geb. **Mueller**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. November
Bohn, Elisabeth, geb. **Borriß**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 13. November
Dallmann, Edith, geb. **Nehmke**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 8. November
Erbuth, Günter, aus Schwalgenor, Kreis Treuburg, am 13. November
Fehse, Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. November
Fortak, Gertraud, geb. **Schühler**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 12. November
Grünke, Dagmar, geb. **Poppek**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Hawrylak, Ruth, geb. **Klossek**, aus Wehrberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Heske, Rudi, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 12. November
Kiwitt, Helga, geb. **Zielke**, aus Lyck, am 12. November
Kornemann, Irmgard, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 12. November
Kowalski, Astrid, geb. **Domnik**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 13. November
Leichtfeld, Christel, geb. **Jeglinski**, aus Lyck, am 12. November
Maurer, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November
Meixner, Lieselotte, geb. **Pietzenuk**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 7. November
Müller, Erwin, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. November
Olias, Walter, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 7. November
Ruthe, Hildegard, geb. **Kryzkowski**, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 11. November
Scepan, Irmgard, geb. **Buttler**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Steinacher, Käthe, geb. **Dzikonski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. November
Welskop, Alma, geb. **Dorin**, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 10. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Duschau, Eva, geb. **Sakautzki**, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 8. November
Finkhäuser, Christel, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 13. November
Grunau, Wolfgang, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 11. November
Hallung, Roland, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 12. November
Lapschies, Gerhard, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 10. November
Richter, Gerda, geb. **Lamottke**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. November
Solenski, Martin, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 12. November
Such, Klaus, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 12. November
Taday, Edwin, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Träger, Gisela, geb. **Hoffmann**, aus Schwalgenor, Kreis Treuburg, am 10. November
Weinmeister, Renate, geb. **Jeworowski**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 8. November

TERMINE DER LO

2015

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Ein moderner Typ

Rekordpreis für einen Trakehnerhengst

Beliebt und heißbegehrt sind die edlen Pferde, deren Vorfahren einst in Ostpreußen das Licht der Welt erblickten. Im schleswig-holsteinischen Neumünster zeigte sich das einmal mehr bei der Auktion zum 53. Trakehner-Hengstmarkt. Bei 340000 Euro erteilte Auktionator Uwe Heckmann mit seinem Rosenholzhämmerchen den Zuschlag für den zweijährigen Rappen Perpignan Noir. Die neuen Eigentümer aus Österreich zahlten damit den höchsten Preis, der jemals für einen Hengst bei dieser Veranstaltung erzielt wurde.

Dass Perpignan Noir Begehrlichkeiten weckt, ist allerdings kein Wunder: Auch die Zuchtexperten gerieten angesichts seiner Erscheinung ins Schwärmen. „Er verkörpert den modernen Trakehner Typ, einen Siegerhengst wie man ihn sich wünscht: großrahmig, langbeinig, leichtfüßig", schwärmt Lars Gehrmann, Zuchtleiter des Trakehner-Verbandes.

Ein Wohnsitzwechsel steht für den Vierbeiner nun auch an, allerdings innerhalb Deutschlands. „Er wird im Land bleiben, das haben wir beschlossen", erklärte Unternehmer Karl Ochsner, einer der beiden neuen Besitzer – und er soll später einmal um Medaillen und Pokale kämpfen. Ochsner: „Uns ist es wichtig, dass die Trakehner im Sport gefördert werden." *FH*



Trakehner-Hengstmarkt in Neumünster: Zwei Österreicher ersteigerten Perpignan Noir für 340000 Euro Bild: Stefan Lafrentz

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 7. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 70 Jahren: Im Wiesbadener Manifest wenden sich amerikanische Offiziere gegen den Abtransport deutscher Kunstwerke in die USA.
SONNTAG, 8. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 90 Jahren: Der Eisenbahnschlosser Otto Feick erhält das Patent auf sein Rhönrad.
SONNTAG, 8. November, 15.45 Uhr, ZDFinfo: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg.
SONNTAG, 8. November, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Das 13. Jahr – Der verlorene Krieg in Afghanistan.
SONNTAG, 8. November, 23.25 Uhr, ZDF: Die großen Mauern der Geschichte.
MONTAG, 9. November, 15.15 Uhr, ZDFinfo: Potsdam – Preußenpracht und Plattenbau.
MONTAG, 9. November, 16.45 Uhr, Phoenix: Islamist im Staatsauftrag.
MONTAG, 9. November, 23.30 Uhr, Das Erste: Was wurde aus der Stasi? Dokumentation, D 2015.
DIENSTAG, 10. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 125 Jahren: Der Ingenieur und Unternehmer Carl Friedrich Wilhelm Borgward geboren.
DIENSTAG, 10. November, 17.25 Uhr, Arte: Die Selandia und der Tod von Rudolf Diesel. Dokumentation, DK 2012.
DIENSTAG, 10. November, 18.45 Uhr, ZDFinfo: Angriff auf die Lusitania – U-Boot-Krieg im Ersten Weltkrieg. Dokumentation, GB 2015.
DIENSTAG, 10. November, 20.15 Uhr, ZDF: Wie viele Flüchtlinge verträgt Deutschland? – Der große Ansturm und die Folgen.
DIENSTAG, 10. November, 20.15 Uhr, BR: Das Ende der Geduld. TV-Drama, D 2014.
DIENSTAG, 10. November, 20.15 Uhr, Arte: Im Krieg. Dokumentation, D 2013.
DIENSTAG, 10. November, 22.45 Uhr, HR: Deutsche Dynastien (39): Die Hohenzollern. Dokumentation, D 2012.
DIENSTAG, 10. November, 0.15 Uhr, RBB: Starfighter – mit Hightech in den Tod. Dokumentation, D 2010.
FREITAG, 13. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 300 Jahren: Die Ärztin Dorothea Christiane Erxleben geboren.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Flugreise nach Ostpreußen

Unter der Leitung von Dieter Wenskat geht es 2016 vom 28. Mai bis zum 5. Juni per Linienflug gen Osten. Auf dem Reiseplan stehen das Samland, Königsberg, die Elchniederung und die Kurische Nehrung, Hier das geplante Programm im einzelnen:

1. Tag: Gegen Mittag Linienflug mit Air Berlin von Berlin nach Königsberg. Am Flughafen in Königsberg werden die Reisenden von ihrer russischen Reiseleitung, empfangen. Anschließend Busfahrt an die Ostseeküste. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

2. Tag: Der heutige Tagesausflug führt durch das Samland. Nach einem Ortsrundgang durch Cranz geht es in das benachbarte Rauschen an der waldbestandenen Steilküste. Rauschen ist auch heute wieder ein schöner Ferienort mit hübschen alten Villen, neuen Gästehäusern und einer lebendigen Flaniermeile. Nächstes Ziel ist Palmnicken, wo im Tagebau aus der blauen Erde der Bernstein gewonnen wird. Anschließend wird Pillau angefahren. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Übernachtet wird wieder in Cranz.

3. Tag: Heute verlässt die Reisegesellschaft das Samland. Auf der Weiterreise geht es zunächst nach Königsberg. Bei der Stadtrundfahrt durch die frühere Provinzhauptstadt besuchen die Reiseteilnehmer Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Am neuen Fischdorf wird im Restaurant gemeinsam zu Mittag gegessen, anschließend ist eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel geplant. Ein weiterer Höhepunkt der Reise ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Am Nachmittag steht die Weiterreise nach Tilsit an, wo auch übernachtet wird.

4. Tag: Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Jagdschloss Pait. Am Nachmittag geht es durch den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Gerhardsweide, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Ein Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes, Bei Lauknen Besuch des Moosbruchhauses, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. Am Nachmittag Stadtführung in Tilsit.

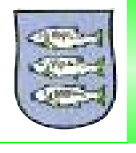
6. Tag: Heute verlässt die Reisegruppe Tilsit und passiert auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen. Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Fahrt in das Memeldelta, wo in Kintai schon der Tisch zu einem Picknick gedeckt ist. Danach wartet eine Schiffsfahrt über die Minge auf die Reisenden. Sie führt durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag wird Nidden erreicht. Dort übernachtet die Reisegruppe.

7. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ.

8 Tag: Ausflug über die Kurische Nehrung mit Besichtigungsstopp in Schwarzort [Juodkrante] einem Spaziergang über den Hexenberg mit einer Sammlung kunstvoller Holzfiguren aus der litauischen Sagen- und Fabelwelt. Anschließend geht es mit der Fähre über das Memeler Tief nach Klaipeda, dem deutschen Memel, mit seiner hübsch restaurierten Altstadt. Die Reisegruppe übernachtet noch einmal in Nidden.

9. Tag: Nach dem Frühstück wird der litauisch-russische Grenzübergang auf der Kurischen Nehrung passiert. Auf der Fahrt nach Süden wird bei Rossitten die berühmte Vogelwarte angefahren. Einst war sie die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Anschließend Fahrt zum Flughafen Königsberg. Linienflug mit Air Berlin ab Königsberg, Ankunft in Berlin am Nachmittag

Informationen und Anmeldung bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



LÖTZEN

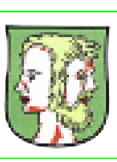
Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Märchenerzählerin im Heimatmuseum

Sonnabend, 21. November, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr: Letztmalige Gelegenheit, die Sonderausstellung „Lieselotte Plangger-Popp. Ein Grafikerin aus Ostpreußen" zu besuchen. Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung mit der Märchenerzählerin Angelika Rischer aus Hamburg. Sie hat in diesem Jahr ihr Programm mit Märchen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien unter den Titel gestellt: „Prinz Katt, Hans von der Wall und andere Helden gegen den Rest der Welt". – Der Eintritt zu diesem besonderen und auch vergnüglichen Nachmittag ist – wie immer – frei.

Bei Fragen, Hinweisen und Anliegen: Kreisgemeinschaft Lötzen, Geschäftsstelle, zu Händen Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Arbeitsbesuch in Lyck

Eine kleine Delegation reiste am 2. Oktober nach Lyck: Gerd und Else Bandilla, Heidi Mader und Bärbel Wiesensee mit ihrer Enkelin Svenja. Am Sonnabend, den 3. Oktober wurde der Geburtstag von Gerd Bandilla gefeiert, zu dem zu später Stunde noch Gudrun und Peter Lassalle dazu kamen. Am Sonntag, dem 4. Oktober, fand im Wasserturm die Auszahlung der Bruderhilfe an die Mitglieder des Vereins der deutschen Minderheit statt. Es war ein harmonischer Verlauf der Auszahlung mit vielen persönlichen Gesprächen.

Der Friedhof von Mostolten steht, dank der Bemühungen von Gerd Bandilla, seit Juni 2015 unter Denkmalschutz. Um einen Hinweis auf diesen Friedhof zu geben, ließ die Kreisgemeinschaft einen Feldstein aufstellen, der mit einer Granittafel versehen ist, die auf den Denkmalschutz in polnischer und deutscher Sprache hinweist. Die feierliche Enthüllung dieses Feldsteines fand am 5. Oktober mit geladenen Gästen statt. In den folgenden Tagen nahm sich die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee Zeit, um sich in Ruhe einige zivile Friedhöfe im Kreis Lyck anzuschauen. Es waren unter anderem die Friedhöfe in Lisken, Seedorf, Stradaunen, Reiffenrode und der alte Friedhof in Lyck. Das Kriegerdenkmal in Grabnick wurde auf eventuelle Reparaturarbeiten begutachtet, ebenso das Kriegerdenkmal in Neuendorf.

In Seedorf traf die Kreisvertreterin auf Kurt und Gundel Grzegorzewski, die dort zu Besuch waren. Es war ein herzliches Wiedersehen bei Kaffee und Kuchen. Dank Gudrun Lassalle, die sich in und um Jucha gut auskennt, wurde der „Opferstein", ein sudauisches Heiligtum, im Wald aufgesucht. Die schöne Feldsteinkirche von Jucha hatte geöffnet und man konnte einen Augenblick verweilen. Den Aussichtsturm zu besteigen, um einen Weitblick auf die Landschaft und vor allem auf den Hänselsee zu genießen, war eine Herausforderung, denn es wehte ein eisiger Wind.

Das Ehepaar Szubzda erfüllte der Kreisvertreterin einen Wunsch: das Aufsuchen der Grenzsäule bei Prostken aus dem Jahre 1545. Sie steht dort immer noch in alter Pracht, an dem damaligen Dreiländereck „Preußen-Litauen-Polen". Der Stein ist gepflegt und die geschichtlichen Hinweistafeln sind intakt.

Bei den vielen Fahrten durch den Kreis Lyck konnte die Kreisvertreterin an Landsleute, die den Auszahlungstermin der Bruderhilfe nicht wahrnehmen konnten, auch die Bruderhilfe auszahlen. Im Rahmen des Arbeitsbesuches führte die Kreisvertreterin einen umfassenden Informations- und Gedankenaustausch mit dem Stadtpräsidenten von Lyck, Tomasz Andrukiewicz.

Erfreulich war seine Aussage über die Restaurierung der Fassade von 25 alten Häusern in Lyck. Im nächsten Jahr sollen weitere 25 Häuser folgen. Ein Fuß- und Radweg soll rings um den Lycksee gebaut werden, damit man nicht mehr auf die Straße ausweichen muss. Gegenüber dem Papstdenkmal ist ein „Planetenweg" gebaut worden mit einem Denkmal von Copernicus.

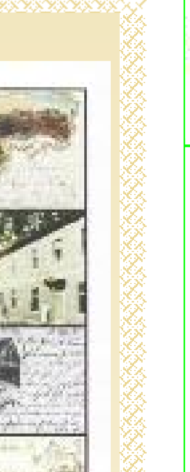
Zu erwähnen wäre noch, dass während des Besuchs in Lyck immer die Sonne schien, so konnte man die masurische Landschaft während der Fahrten täglich bewundern. Ein Fachmann berichtete, dass der Wasserstand der Seen in diesem Sommer um 50 Zentimeter gesunken sei, weil es drei Monate keinen Niederschlag gegeben habe. Jacek Piorunek hatte eine Einladung nach Lissau ausgesprochen. Er hat dort das ehemalige Spritzenhaus erworben und zu einem ansehnlichen Wochenendhäuschen umgebaut. An diesem Treffen nahm auch Wioleta Malinowska teil, deren Magisterarbeit, „Die masurische Bevölkerung im Kreis Lyck in den Jahren 1945–1948", die Kreisgemeinschaft auf ihrer Internetseite zum Erwerb anbietet.

Mit einem Besichtigungsgang durch Lissau, endete dieses interessante und freundschaftliche Zusammentreffen und dem Versprechen, „Wir kommen wieder".

Bärbel Wiesensee

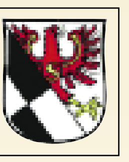


Haben es sich in Lyck am neuen Planetenweg neben Nicolaus Copernicus bequem gemacht: Bärbel Wiesensee und Gudrun Lassalle. Stehend (v.l.): Heidi Mader, Peter Lassalle und Irmgard Wiedehöft Bild: Privat



GOLDAP – KALENDER 2016

Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpr. e.V. erstellt von Annelies und Gerhard Trucewitz

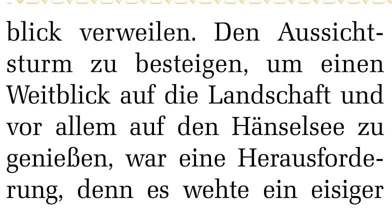


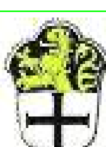
„Doppelt lebt, wer auch Vergangenes genießt",...

...heißt es. Gleich zwölf Ansichten für Genießer bietet der Goldap-Kalender 2016. Wie schon in den Vorjahren nehmen wir Sie in unserem Goldap-Kalender mit auf eine Reise durch den ostpreußischen Kreis Goldap. Bebildert mit historischen Ansichtskarten, koloriert und schwarz-weiß aus der „Schatztruhe" unseres Bildarchives und den dazu passenden Texten ist dieser Kalender in kurzer Zeit ein beliebtes Sammelobjekt geworden. Er ist das ideale Geschenk – für Familie, für Freunde und für sich selbst! Lassen Sie sich auch 2016 von den „Bildern der Heimat" durch das Jahr begleiten.

Der Goldap-Kalender kostet 10,95 Euro plus Versandkosten. Er ist ab sofort zu bestellen bei:

Patenschaftsmuseum Goldap,
Harsefelder Str. 44a, 21680 Stade
E-Mail: verkauf@goldap.de
Telefon (04141) 7977537
immer Mittwoch zu den
Öffnungszeiten von
13 bis 16.30 Uhr





PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Wahlbekanntmachung, Nummer 3

In diesem Jahr wurden turnusmäßig die Bezirksvertrauensleute und die Beisitzer ohne Bezirk gewählt. Die Wahl erfolgt gemäß Paragraf 8 der Satzung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau. Aufgrund der Wahlbekanntmachung Nummer 1 (Kreisblatt Nr. 98) gingen 27 Wahlvorschläge ein, die mit der Wahlbekanntmachung Nr. 2 (Kreisblatt Nr. 99 und *PAZ/Das Ostpreußenblatt* Nr. 32 und 33) veröffentlicht wurden.

Da zwei Kandidaten zurückgezogen hatten, sind daher nicht mehr Wahlvorschläge eingegangen als erforderlich waren. Die vorgeschlagenen Kandidaten gelten somit gemäß Paragraf 8 der Satzung als gewählt. Der Vollständigkeit halber sind die neuen Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk unter Buchstabe A (Delegiertenversammlung) nochmals aufgeführt.

Die Delegiertenversammlung mit den neuen Bezirksvertrauensleuten und dem Kreisältestenrat (siehe Buchstabe A) hat anlässlich ihrer konstituierenden Sitzung am 19. September den Gesamtvorstand gemäß Paragraf 12 der Satzung gewählt. Die für die nächsten vier Jahre amtierenden Organe gemäß Paragraf 6 der Satzung setzen sich wie folgt zusammen:

A. Delegiertenversammlung gemäß Paragraf 7 der Satzung:

Bezirksvertrauensleute

Pr. Eylau: Martin Lehmann, Königswinter, Dr. Ulrich Kunkel, Flensburg

Landsberg: Ursel Andres (Wohnort fehlt), Nana Jacob, Unterhaching

Abschwangen und Blankenau: Gisela Scholz, Munster

Albrechtsdorf und Borken: Nicht besetzt**

Althof und Naunienen: Dirk Bentien, Lübeck

Alt Steegen: Gerd Birth, Hückelhoven

Arnsberg: Carola Schäfer, Verden

Beisleiden und Loschen: Hans Jürgen Dempki, Moritzburg

Buchholz: Hartmut Pohl

Eichen: Nicht besetzt**

Eichhorn: Manfred Sand, Wittingen

Gartenstadt Stablack und Gr. Dexen: Nicht besetzt**

Glandau: Gerdi Westerkowsky, Gröbenzell

Moritten und Sollnicken: Heinz Rotzoll, Goch

Mühlhausen und Schrombehnen: Hans Godau, Lüneburg

Nerfken: Christine Bilke-Krause, Ehingen

Groß Peisten: Nicht besetzt**

Perscheln: Heike Bentien, Lübeck

Reddenau und Tolks: Dietmar Anger, Neumünster

Rositten: Manfred Klein, Elmshorn

Seeben und Kilgis: Rüdiger Herzberg, Herzberg

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Topprienen: Gisela König, Herford
Uderwangen: Erika Zschiesche, Godenstedt
Wackern: Nicht besetzt**
Wildenhoff: Evelyn v. Borries, Hilden
Wittenberg: Horst Plebuch, Vollersode
Wogau: Dagmar Trowitz, Hamburg
Worienen: Nicht besetzt**
Beisitzer ohne Bezirk: Ulrich Birth, Hückelhoven
Mit den Aufgaben eines Bezirksvertrauensmannes betraut:
Kreuzburg: Cilly Rücker, Leipzig
Tharau: Joachim Anker, Karlsruhe

** Die nicht besetzten Amtsbezirke werden voraussichtlich mit anderen (besetzten) Amtsbezirken zusammengelegt

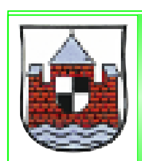
Kreisältestenrat
Kreisältester: Hans Hermann, Lübeck
Kreisältestenratsmitglieder; Gerd Birth, Hückelhoven***, Dr. Horst Hüttenbach, Bonn, Karl Kirschnick. Bergisch Gladbach, Martin Lehmann, Königswinter***, Gisela Scholz, Munster***

*** Diese Kreisältestenratsmitglieder sind auch gleichzeitig Bezirksvertrauensleute

Delegierte der Deutschen Gesellschaft Natangen (DGN)
Wird von der DGN bestimmt

B. Geschäftsführender Vorstand gemäß Paragraf 11 der Satzung:
Vorsitzende: Evelyn v. Borries, Hilden
Stellvertretende Vorsitzende: Christine Bilke-Krause, Ehingen
Schriftführer: Horst Plebuch, Vollersode
Schatzmeisterin: Erika Zschiesche, Godenstedt
Geschäftsführerin (für Büro- und Organisationsangelegenheiten in Verden): Erika Zschiesche, Godenstedt

C. Gesamtvorstand gemäß § 12 der Satzung:
Geschäftsführender Vorstand: Siehe Buchstabe B.
Jugendwart; Nicht besetzt
Beisitzer ohne Aufgabenbereich: Joachim Anker, Karlsruhe, Heike Bentien, Lübeck, Gerdi Westerkowsky, Gröbenzell



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Tilsit-Theater auf Tour

Im Rahmen eines Gastspielprojekts mit dem Kieler Theater „Die Komödianten" präsentierte das russische Ensemble des Tilsit-Theaters das Stück „Eines Tages". Im Kieler Kulturforum erlebten die Zuschauer berührende Liebesgeschichten, Zirkusnummern und Slapsticks. Das Stück kommt ohne Sprache aus. Die russischen Darsteller übermitteln ihre Gedanken und Gefühle nur mit Hilfe der Gestik. Das Gastspiel fand großen Anklang und trug dazu bei, die seit Langem bestehenden deutsch-russischen Kontakte gerade in politisch schwierigen Zeiten zu festigen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Engagierter Streiter, fröhlicher Freund und Kamerad: Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit trauert um Walter Klink Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Nachruf auf Walter Klink

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit unterhält in Preetz eine reich bestückte Heimatstube, um die sich seit vielen Jahren maßgeblich das Kreistagsmitglied Walter Klink als der von der Gemeinschaft eingesetzte Archivar kümmerte. Für den 29. Oktober des Jahres verabredete man sich zu einer umfangreichen Aufräumaktion in Preetz, zu welcher natürlich auch der Archivar seine Teilnahme angekündigt hatte. Wenige Tage vor dem Termin allerdings sagte er aus gesundheitlichen Gründen ab, und im telefonischen Gespräch erwies sich ein plötzlich aufgetretenes Lungenödem als der Grund. Die Medizin, so äußerte Walter sich zuversichtlich, werde ihm helfen können. Diese Hoffnung trog leider, denn am Morgen des 28. Oktober fand seine Tochter ihn tot in seinem Bett, wo er offenbar friedvoll in der Nacht gestorben war.

Walter Klink wurde am 1. Mai 1932 in Schillen geboren, wo seine Eltern einen Hof bewirtschafteten. Nach der Schulzeit begann für Walter und seine Familie die Flucht am 5. Oktober 1944, die in Dänemark endete. Dort wurde er 16jährig mit seinen Eltern aus der Internierung entlassen.

Der weitere Weg führte die Familie ins friesische Jeverland. Walter erlernte das Bäckerhandwerk, arbeitete bis 1954 in diesem Beruf und bewarb sich dann erfolgreich zum Dienst beim Bundesgrenzschutz. Mit der Aufstellung der deutschen Streitkräfte wechselte er zur Bundeswehr. Er wurde Berufssoldat; seine Verwendung reichte vom Ausbilder in verschiedenen Einheiten bis zum Dienststellenleiter im Rang eines Stabsfeldwebels. Im Jahre 1992 schied er aus dem aktiven Dienst aus.

1966 hatte er geheiratet. Das Ehepaar hatte zwei Kinder. Seine Ehefrau starb Ende 2006.

Vor 27 Jahren wurde Walter Klink zum Vertreter seines Heimatkirchspiels Schillen gewählt. Bald gehörte er dem erweiterten Vorstand des Kreistages an und war weiterhin verantwortlich für sein Kirchspiel, für welches er eine Chronik erstellte.

In den Aufbau, die Gestaltung und die stete Begleitung der Heimatstube in Preetz investierte Walter Klink ungezählte Arbeitsstunden. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass die Einrichtung zu einem Ort geworden ist, weit jenseits der Grenzen der kleinen Stadt bekannt und immer wieder von Landsleuten und anderen Interessierten aufgesucht.

In seinem Heimatort setzte Walter sich ein Denkmal mit seiner Hilfe und seinem Einsatz bezüglich des Wiedererstehens des ehemaligen Hauses Erzberger, welches heute, „Haus Schillen" benannt, zu einem liebevoll geführten Gästehaus und einer deutsch-russischen Begegnungsstätte geworden ist.

Aber auch in Deutschland engagierte Walter Klink sich in mannigfacher Hinsicht, so dass er 1998 von der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet wurde. Die seltene Ehrung der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens wurde ihm in Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen im Herbst 2013 zuteil.

Mit Walter Klink hat die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit nicht nur einen engagierten Streiter für das Andenken an unsere uns fortgenommene geliebte Heimat verloren, sondern auch einen stets hilfsbereiten, fröhlichen Freund und Kameraden.



Auftritt in Kiel: Das Tilsit-Theater mit „Eines Tages" Bild: Kulturforum

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 21. November, Busfahrt zum Herbstmarkt im Deutschordensschloss in Ellingen. Uta Lüttich ist für die Landsmannschaft Ostpreußen mit einem großen Handarbeitsstand in Ellingen vertreten. Alle Landsleute sind herzlich eingeladen an dem Tagesausflug teilzunehmen. – Mittwoch 25. November, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Jürgen W. Schmidt, der Erste Vorsitzende des Preußeninstituts aus Remscheid, spricht über „Bismarck und die Frauen“.

Anlässlich seines 200. Geburtstages wird im Vortrag auf Otto von Bismarcks Verhältnis zu den drei wichtigsten Frauen in seinem Leben – Mutter, Ehefrau und Geliebte – sowie auf die bürgerlichen Vorfahren Bismarcks mütterlicherseits eingegangen. Es wird sich zeigen, dass Bismarck zwar kein unkomplizierter, doch stets ein preußischer, dass heißt ein korrekter und ehrenhafter Mann war. Sein Verhältnis zur Mutter war leider aus mancherlei Gründen, ähnlich wie bei Kaiser Wilhelm II. oder Kurt Tucholsky, seit frühester Jugend ziemlich gestört. Dafür war er ein treusorgender Gatte und ein seine Frau aufrichtig liebender Ehemann. Die sogenannte „Geliebte“ war insofern auch gar keine richtige Geliebte, aber immerhin ein Geheimnis in seinem Leben, welches erst Jahrzehnte nach seinem Tod durch Indiskretion herauskam.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Buchen – Sonnabend, 7. November, 14 Uhr, Pfarrscheune neben der Kirche, Hainstedt: „Herbst-Dankes-Fest“ mit Gänsebraten und Tombola. Bürgermeister Klaus-Dieter Brunotte aus Bad Mergentheim wird über den Deutschen Orden erzählen.

Lahr – Die Ost- und Westpreußische Landsmannschaft feierte ihren traditionellen Erntedankabend. Das passende Thema zum Kartoffelsuppe-Essen hieß „Die Kartoffel in Ostpreußen“. Dazu wurden Gedichte und Geschichten vorgetragen.

Reiche Ernte gab es auch bei der Frauengruppe in der Landsmannschaft: 1965 wurde die Frauengruppe von Irma Barraud gegründet und bis heute geleitet. Die Frauengruppe hat sich durch all die Jahre gehalten, denn es kamen immer wieder neue Mitglieder dazu, auch Frauen aus dem badischen Raum. Die Frauengruppe hat viele Jahre zu den Veranstaltungen der Gruppe mit heimatlichem Programm beigetragen. Angela Karl bedankte sich bei Irma Barraud für das Engagement 50 Jahre Ost- und Westpreußische Frauengruppe in Lahr.

Zum Abschluss wurde jeder Besucher mit einem Stück von dem großen Erntebrot beschenkt..

Ludwigsburg – Mittwoch, 25. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Metzingen – Gut besucht war die Herbstfeier im Hotel Bohn, stand doch im Gedenken an das Erntedankfest in der Heimat ein gemeinsames typisch ostpreußisches Essen, nämlich Königsberger Klopse mit Salzkartoffeln, das Glück bei der Tombola und das Tanzvergnügen zur Musik vom Alleinunterhalter Helmut Stahl an.

Der Vorsitzende Heinz Scheffler betonte bei seinem Grußwort, dass er auch 70 Jahre nach der Heimatvertreibung der nachfolgenden Generation die Erinnerung an die verlorene Heimat als Erbe weitergeben will.

Scheffler erinnerte an eins der größten Feste, nämlich das Erntedankfest. In der „Kornkammer Deutschlands“ herrschte bei der in die trockene und heiße Ferienzeit fallenden Ernte Hochbetrieb. Alle, die arbeiten konnten, wurden jetzt gebraucht, alle waren auf den Beinen. Die Frauen der Landarbeiter, die sonst Haus, Mann, Kinder, Hühner, Schweine und Garten versorgten, erschienen frühmorgens auf dem Hof, so wie ihre Männer und Söhne. Zu ernten waren riesige Felder, die so weit waren, dass ihre Enden am Horizont verschwanden. Perfekt wurde gearbeitet. Die zusammengestellten Hocken sahen aus wie Zelte aus Korn. Wenn ein großes Feld fertig gemäht war, erhob sich auf ihm eine goldgelbe Zeltstadt, die sich über Hügel und Täler immer winziger werdend in die Weite und Breite ausdehnte.

Nach Ende der Ernte stand dann die letzte Fuhre Getreide startbereit auf dem Hof. Alle Familien nahmen an dem Fest teil. Auf dem Erntewagen saßen die Mädchen mit der geschmückten Erntekrone. Die Musikkapelle führte den Zug an, die Kinder mit Blumenkränzen folgten, dann die Veteranen und alle sonntäglich gekleideten Menschen, die geholfen haben. Sie zogen vor die Eingangstür des Bauernhauses, die mit einer Girlande umkränzt war, und überreichten dem Bauern die Erntekrone. Dieser hielt eine Rede und dankte den Arbeitern für ihre Mühe.



Reich dekoriert: der Erntedanktisch in Reutlingen Bild: privat

Alle waren eingeladen. Abends und die ganze Nacht wurde gut gegessen, getrunken und getanzt. Zum Erntedankfest im Oktober wurde die Kirche geschmückt wie sonst nie. Alles, was der Herrgott wachsen ließ, lag dort als Zeichen. Der Vorsitzende Scheffler dankte dem kleinen Kreis seiner Vorstandschaft für die umfangreichen Vorbereitungen, insbesondere der Organisation der Tombola, der herbstlichen Dekoration und letztlich der ganzen Gesellschaft für den heiteren Abend.

Reutlingen – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Jubiläumsfeier „65 Jahre Landsmannschaft Ost-/Westpreußen“ mit großem Programm. Alle Mitglieder und ihre Angehörigen sind herzlich eingeladen. Anmeldungen unter Telefon (07121) 52541.

– Bericht –

Beim Erntedankfest der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen war der herbstlich schön geschmückte Saal bald bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Bühne war eine Au-genweide mit Erntegaben aller Art. Als Ehrengäste waren Mit-glieder der Schlesier und einige Mitglieder aus Tübingen vertreten.

Die Erste Vorsitzende Ilse Hunger begrüßte alle Mitglieder und Gäste herzlich und wünschte einen schönen Verlauf der Feier. Nach einer gemütlichen Kaffeerunde sprach Ilse Hunger bewegende Worte zum Erntedankfest. Andreas Praß nahm das Gedenken der verstorbenen Mitglieder vor. Danach wurde das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" gemeinsam gesungen. Von der Frauenbeauftragten, Erika Manzau-Schmidt, wurde ein Erntedank-Gedicht aus der Ostpreußen-Heimat vorgetragen. Praß erinnerte in einem Vortrag an das Erntedankfest in der Heimat. Gedichte über Erntedank folgten.

Nach der Pause wurden Tombola-Lose verkauft. Drei Mitglieder wurden mit Blumen zum runden Geburtstag bedacht. Am Spätnachmittag gab es dann die spannende Gewinn-Verteilung der Tombola, am Ende des Festes die „Plünderung“ des Erntegaben-Tisches, was wieder großen Anklang fand. So hatte bei der Verabschiedung jeder ein lobendes Wort für das schön gelungene Erntedankfest.

Erika Manzau-Schmidt

Ulm/Neu Ulm – Sonntag, 15. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkstunde mit Kranzniederlegung zum Volkstrauertag.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 11. November, 14 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Der Leitspruch „Die tausendfältigen inneren und äußeren Bedrohungen würdig zu bestehen, das ist die Leistung eines tapferen Herzens“ soll das Thema an diesem Nachmittag mit Lesungen und persönlichen Kommentaren sein.

– Bericht –

Am Mittwoch, 7. Oktober, traf sich die Frauengruppe um 14.30 Uhr im Café Wolf. Das Thema an diesem Nachmittag waren Gedanken zum Frieden: „Zu allem sind Menschen fähig, warum nicht auch zum ewigen Frieden“. Weiter gab es einen bericht über die Landesdelegierten-Kulturtagung im September in Stuttgart, sowie einen Beitrag über den Tag der Heimat am 20. September in Heidelberg. Dort mit einem Vortrag von Waltraud Abraham zum Thema „70 Jahre Flucht und Vertreibung“ sowie über die Kriegskinder und die Wolfskinder aus dem nördlichen Ostpreußen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 20. November, 19 Uhr, Hotel-Gasthof Krone: Heimatliches Essen mit Grützwurst und Bärenfang. Anschließend: Ein Vortrag von Jürgen Danowski zum Thema „Das sympathische Volk der Prußen“.

Ansbach – Sonnabend, 14. November, 14.30 Uhr, Orangerie: Gedenken zum Volkstrauertag. Anschließend gemütliches Beisammensein.

Bamberg – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit dem Vortrag: „Die Rolle der Deutschen in den baltischen Staaten“.

Landshut – Dienstag, 17. November, 14 Uhr, Hotel-Gasthof Zur Insel: Zusammenkunft.

München – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Kaffeetafel. Anschließend Filmvorführung „Die Samlandbahn – Königsberg – Rauschen – Cranz“. – Freitag, 13. November, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Weiden – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald konnte zum Heimatnachmittag im Café Mitte viele Mitglieder und Gäste willkommen heißen. Nachdem man sich mit Kaffee und Kuchen gestärkt hatte, wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen.

Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte den Geburtstagskindern des Monats Oktober. Der Vorsitzende sprach aktuelle Themen an und blickte außerdem auf den Tag der Heimat zurück. Auch in diesem Jahr moderierte er wieder den Festabend und trug für die Kreisgruppe ein Gedicht vor.

Zu Beginn der Erntedankfeier berichtete Uschald von den Bräuchen und Traditionen, die früher zu Erntedank in Ostpreußen und in Bayern üblich waren. Andreas Uschald und Frau Ilse Stark trugen mit Wortbeiträgen zur feierlichen Stimmung bei. „Großer Gott wir loben dich“ , sowie weitere Dankes- und Erntelieder wurden von Norbert Uschald gespielt und von den Anwesenden gesanglich begleitet.

Tradition ist bei der Landsmannschaft der festlich mit Erntestrauß, Blumen, Obst und Gemüse gestaltete Erntedanktisch. Diese Gaben durften anschließend von den Landsleuten mitgenommen werden. Uschald bedankte sich bei allen Helfern, die zum Gelingen der Versammlung beigetragen haben.

Der 1. Vorsitzende lud noch zum Totengedenken an Allerheiligen, den 1. November um 10.45 Uhr in den Weidener Stadtfriedhof ein und zur Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag, den 15. November um 10.50 Uhr in der Konrad-Adenauer-Anlage.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich. Der nächste Heimatnachmittag findet am 8. November um 14.30 Uhr im Café Mitte statt.



BERLIN

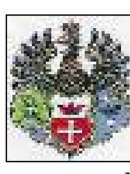
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



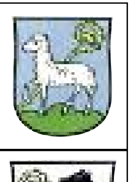
Rastenburg – Sonntag, 8. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



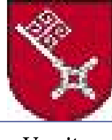
Frauengruppe – Mittwoch, 11. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Totengedenken. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 20 November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon 4944404.



Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 28, November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria Rimkus Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137. Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600



BREMEN

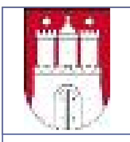
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Donnerstag, 12., und Freitag, 13. November, Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“, Bremen-Vahr: Der Bund der Vertriebenen und die Bremer Landsmannschaft veranstalten ihren Ostdeutschen Markt in diesem Jahr bereits vor der Adventszeit. Eine motivierte Helfergruppe der Landsmannschaft wird den hoffentlich zahlreichen Besuchern Bücher, Kalender und Landkarten sowie Marzipan und heimatliche Spirituosen präsentieren und auch für Gespräche zur Verfügung stehen. Die Straßenbahn-Haltestelle der BSAG-Linie 1 befindet sich direkt am Einkaufszentrum. Der Markt ist ganztags bis zum Ladenschluss geöffnet. – Sonntag,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

15. November, 14 Uhr, Ehrenkreuz, Osterholzer Friedhof: Am Volkstrauertag veranstalten der BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften auch in diesem Jahr wieder eine Gedenkfeier für die Toten der Heimat und die Opfer der Vertreibung.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. November, 10 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Christkindlmarkt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg. Anreise: S1-, S2-, S3-Stadthausbrücke, U3-Rödingsmarkt, Buslinie 37 bis Haltestelle Michaeliskirche

HEIMATKREISE



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

– Bericht –

„Rund ums Trakehner Pferd" hieß der Vortrag von Gisela Harder " zum Monatstreffen der Insterburger-Heimatkreisgruppe am 7. Oktober im „Hotel zum Zeppelin". Gisela Harder ist Leiterin der



Hamburg: Die Heimatkreisgruppe auf dem Harderhof Bild: privat

Ostpreußischen Landesfrauengruppen für Hamburg und Schleswig-Holstein" sowie seit 18 Jahren „Stutbuchführerin des Trakehner Verbandes". Sie und ihr Mann bewirtschaften den Harderhof im Hamburg-Moorfleet, ein Paradies für Kindergeburtstage, mit Spielen, Ponyreiten und einem Erlebnishof. Die Heimatkreisgruppe durfte ihre Kulturreferatssitzung auf dem Harderhof halten und Gisela Harder hatte spontan den Vortrag „Rund ums Trakehner Pferd" für das anstehende Monatstreffen zugesagt.

Aus dem Harderhof werden seit vielen Jahren erfolgreich Trakehner gezüchtet. Der Hengst „Charlie Weld" wurde sogar Weltmeister der jungen Vielseitigkeitspferde. Für ihre Verdienste um die Förderung des Trakehner Pferdes erhielten Manfred und Gisela Harder die „Schrötter-Wohnsdorff-Plakette".

Unsere Arbeitsgruppe „Kulturreferat" bestehend aus Walter Bridszuhn (Fahrten, Tagesfahrten & Dittchenbühne), Siegfried Grawitter (Veranstaltungen, Ansprechpartner ostpreußische-sPlatt), Manfred Samel (Technik, Computer), Konrad Wien (Tagesfahrten), organisiert Veranstaltungen und Fahrten. Wir haben noch sieben Heimatgruppen und alle sind eingeladen und können daran teilnehmen, um unser ostpreußisches Kulturgut zu erhalten und zu pflegen. Leider werden, aus biologischen Gründen, die Heimatgruppen immer kleiner und unsere Aufgabe ist es, unsere Ostpreußen aus den Heimatkreisgruppen (Frauengruppe-Bergedorf, Elchniederung, Gumbinnen, Heiligenbeil, Insterburg, Königsberg und Osterode) zusammen zu halten.

Die Sensburger-Heimatkreisgruppe hat sich nach dem Heimgang von Kurt Budszuhn und nach einer Vollversammlung der Insterburger-Heimatkreisgruppe komplett angeschlossen und wir sind eine sehr gute Gemeinschaft geworden. Auch dies ist ein Verdienst der Arbeitsgruppe-Kulturreferat. *Manfred Samel*



Frauengruppe – Sonnabend, 7. November, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: Herbstmarkt mit Thorner Kathrinchen- und Pfefferkuchenstand der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen in Hamburg-Bergedorf . Danach: Café Bernstein. – Sonnabend, 14. November, 13 Uhr, Hochkreuz Bergedorfer Friedhof: Kranzniederlegung.



Osterode – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebling, Fuhlsbüttler Straße 755: Weihnachtsfeier mit gemeinsamer Kaffeetafel. Weihnachtslieder und Erzählungen bilden den weihnachtlichen Rahmen. Das Restaurant liegt am S/U-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. – Freitag, 27. November, 15 Uhr, Harders Kamp 1: Lesung aus dem „Redlichen Ostpreußen".



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Nach einem gelungenen Erntedankfest am 17. Oktober 2015 laden wir zu unserem Treffen am 14. November recht herzlich ein. Wir treffen uns wie gewohnt um 15 Uhr im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein. Bei Kaffee, Kuchen und „Plachandern" wollen wir den Nachmittag verbringen. Außerdem zeigen wir an diesem Nachmittag den Zeitzeugen-Film über Ruth Geede „Aus dem leben einer Ostpreußin". Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme an dieser Veranstaltung und wünschen allen Kranken eine gute Genesung. *Christian Keller*

Wiesbaden – Dienstag, 10. November, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Quiznachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Vortrag zum Thema „Deutsche in der Slowakei". Aus dem Inhalt: Seit mehr als 800 Jahre leben deutsche Siedler auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Dieter Schetat berichtet mit Bildern über die Hauptsiedlungsgebiete Preßburg und Umgebung, die deutschen Sprachinseln in der Zips sowie das Hauerland. Außerdem sehen Sie Bilder von der Hohen Tatra. Bringen Sie bitte auch Gäste zu der Veranstaltung mit. – Sonntag, 15. November: Volkstrauertag. Den Beginn der Südfriedhof-Gedenkstunde bitte der Presse entnehmen. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden, einen Kranz nieder. Donnerstag, 26. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Festliches Wildessen. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt die „Es-Horn-Gruppe der Jagdhornbläser".

Wer an diesem besonderen Stammtisch teilnehmen möchte, meldet sich bitte wegen der Platz- und Essendisposition bis spätestens 20. November bei Irmgard Steffen (0611) 844938 an. Teilnahme bitte nur nach Anmeldung. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 17. November, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43; Treffen der Frauengruppe,

Rinteln – Donnerstag, 12. November: Im Anschluss an den Oktober-Vortrag wird Joachim berg bei diesem Monatstreffen einen Film über „Trakehner" zeigen. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de. Im Zusammenhang mit dieser aktuellen Veranstaltung wird auch auf die Webseite www.myheimat.de/2690961 verwiesen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis ostpreußisches Platt. – Donnerstag, 19. November, Kreisvereinigung: Ostpreußischer Literaturkreis.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland" unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 7. November, 18 Uhr, Restaurant Akropolis, Immermannstraße 40: Traditionelles Gänseessen. Anmeldungen bei Telefon (0211) 682318. – Dienstag, 10. November, 8,45 Uhr: Tagesexkursion nach Münster. Freitag, 13. November, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 17. November, 19.30 Uhr, Maxhaus, Schulstraße 11: Podiumsdiskussion zum Thema „Außenpolitik und Versöhnung – 50. Jahrestag des Briefwechsels zwischen polnischen und deutschen Bischöfen". – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Eichendorff-Saal: „Lernt polnisch". – Mittwoch, 18. November, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis der Ukraine" –

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

(Schwedenrätsel – Fragen: japanische Hafenstadt; Raum für Leibesübungen; schicksalhafte Bestimmung; ohne Mängel; Funkortung; eindrucksvoll; Oper von Verdi; von drinnen nach draußen (ugs.); mit den Füßen stoßen; König v. Mykene (griech. Sage); besitzanzeigendes Fürwort; Nachlassempfänger; halblang (Kleidung); Sittsamkeit; schwäb. Fürstengeschlecht; Teil des Jahres; nervös, äußerst erregt; poetisch: Kopf; Ferien; Schlechtwetterzone; Organ des Harnsystems; Gartenhäuschen; Portemonnaie; Treffen, Sitzung (englisch); sizilianischer Vulkan; Mädchen im Wunderland; europäischer Staat (Eire); Eingang; Essen, Nahrung; lästig, ärgerlich; hessische Stadt; zart, sanft; törichter Mensch; von Bäumen gesäumte Straße; kostbar; menschlich vornehm; chem. Element, Halbmetall; Knappheit, Defizit; verfügen, bestimmen; Reittier; Abk.: Informationstechnologie; Verfügung; Gemälde der Vorfahren; nord. Schicksalsgöttin; früherer Titel in Genua u. Venedig; Menschen; sich schämen (sich ...); helles Bier (Kurzwort); von Wasser umgebenes Land; Kfz-Zeichen Darmstadt; Wasservogel; Eier legen und ausbrüten; fächerförmige Flussmündung; sich äußern, sprechen; völlig gefühllos; Ziffer, Nummer; Fluss durch Paris; Kanal in dt. Küstenstädten; weibliche Beweisperson; Rosenlorbeer; Feenkönigin, Gattin Oberons; Himmelsrichtung; Vorsilbe: unterhalb (lat.); oberhalb von etwas; heiße Quelle; Korken, Pfropfen; einfaches, kleines Haus; Besitz, Vermögen; getrocknetes Gras; Unterarmknochen; auf sich zu; ägyptische Göttin; Wassersportler; kurz bevorstehend; norwegische Hauptstadt; Insekt mit Stachel; Sport: Fechtwaffe; Schutz, fürsorgliche Aufsicht; Hochland in Zentralasien; Wettkampfstätte; Manege; tapfer, frei von Furcht; straff, gespannt; Platzmangel, Raumnot; schnelles Kraftfahrzeug; stehendes Binnengewässer; englisches Bier; eine der Kleinen Sundainseln; tiefes Bedauern; Holzblasinstrument; Nationalitätszeichen Tunesien; Hallenbauteil; schnell beförderte Fracht; alleinig, ausschließlich; Turnerabteilung; Seidengewebe; Sinnesorgan. PAZ15_45)

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

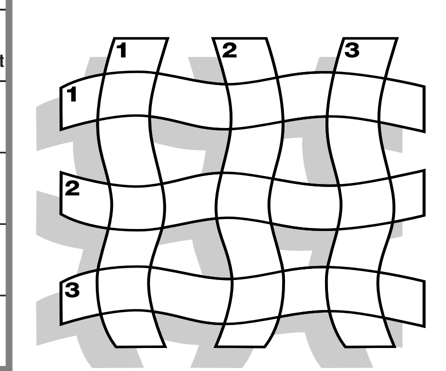
(Fragefelder: ACCEH KRSUU; ANNU; ELOSU; AIKK; AENST; EHIR; AEHL; ENRU; AGNOT; HIR; ABIL NT; EEGK LN; EER)

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wochentag.

1	NOT		STICH
2	WELT		BAU
3	GEHEIM		REVUE
4	HAND		UHR
5	STAUB		FILTER
6	KISSEN		PLAN
7	HOCH		TOR

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kronleuchter
2 ein Straßenbelag
3 Hinzufügung

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: RUECKSCHAU, SA, NONGAT IHR, NUN KEGELN, BALTIN REE

Mittelworträtsel: 1. Bremsen, 2. Staedte, 3. Nummern, 4. Taschen, 5. Partikel, 6. Schlacht, 7. Garagen – Samstag

Magisch: 1. Luester, 2. Asphalt, 3. Beilage

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19

Buchpräsentation mit Wolfgang Templin. – Donnerstag, 19. November, 19 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Filmvorführung „Der erste Tag“. Anschließend Gespräch mit der Regisseurin Sabina Kaluza. – Freitag, 20. November, Ausstellungsraum, GHH: Verleihung des Andreas-Gryphius-Preises an Erich Pawlu. – Montag, 23. November, 19 Uhr, Ausstellungsraum, GHH: Eröffnung der Ausstellung „So wurde ihnen die Flucht zur Heimat. Joseph Roth und Soma Morgenstern – Eine Freundschaft“. Die Ausstellung des „Deutschen Exilarchivs 1944–1945“wird bis zum 5. Februar zu sehen sein,

Essen – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Die aktuelle Situation in der Bundesrepublik und bei den Vertriebenen.

Ennepetal – Sonntag, 15. November, 11.30 Uhr. Friedhof in Ennepetal-Voerde: Volkstrauertag. – Donnerstag, 19. November, 16 Uhr, Heimatstube, Ennepetal: Monatsversammlung. – Sonntag, 22. November, 11.30 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Mittelstraße, Ennepetal: Gedenktreffen zum Totensonntag.

Neuss – Sonntag, 15. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag.

Wesel – Sonnabend, 14. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend (27. Preußische Tafelrunde). „Der Traum der Menschheit: Der Flug zum Mond“ heißt der Vortrag des Kulturreferent Paul Sobotta. Traditionell werden Schnittchen, belegt mit geräucherter Gänsebrust, dazu Tee mit Rum oder Zitrone angeboten. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich dazu eingeladen. Anmeldungen bis zum 31, Oktober bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Versammlungsraum Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Königsberger-Klopse-Essen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Montag, 9. November, 12 Uhr, Gaststätte Schillerstube, Kapellengasse, Oggersheim: Gänseessen mit anschließendem Kaffeetrinken.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 7. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit einem Bildervortrag von Johann Jotzo über seinen Osterbesuch in Ostpreußen.



SACHSEN

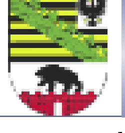
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Am 13. September wurde im Freistaat Sachsen der zweite Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung begangen. Aus diesem Anlass wurde bereits einen Tag vorher in einem kleinen Park an der St. Matthäus-Kirche im Stadtteil Altendorf ein Gedenkstein für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Folge des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. Seit langen bestand unter den Heimatvertriebenen der Wunsch auch in Chemnitz einen Ort des Gedenkens und Erinnerns zu haben.

Am 12. September war es dann endlich soweit. In einer feierlichen Einweihungsstunde wurde der Gedenkstein der Öffentlichkeit übergeben. Das festliche Ambiente wurde durch den Posaunenchor der St. Matthäusgemeinde gestaltet. Mahnende und gedenkende Worte fanden in ihren Grußworten der Bürgermeister der Stadt Chemnitz Mico Runkel, der sächsische Landtagsabgeordnete Alexander Dierks sowie der Pfarrer der St. Matthäus-Kirchgemeinde Stefan Mestars. Ein besonderer Dank gilt dem Freistaat Sachsen, der durch seine Förderung die finanzielle Voraussetzung für die Errichtung des Gedenksteines schaffte. Weiterer Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helfern aus der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Sachsen sowie dem südwestsächsischen Regionalverband der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV). Ohne ihr Engagement wäre die Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich gewesen.



Für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Folge des Zweiten Weltkrieges: Ein neuer Gedenkstein in Chemnitz Bild: privat

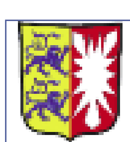


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. November, 14 Uhr, Krötenhof, Wasserstadt 50: Gedenken aller Kriegsopfer.

Magdeburg – Sonntag, 8. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Volkstrauertag. – Dienstag, 24. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 27. November, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Der Nachmittag der Ost- und Westpreußen im Oktober stand unter dem Motto „Herbst und Erntedank“. Dazu hatte sich das Ehepaar Makarowski einige Überraschungen ausgedacht: Die Herbststräuße für die Kaffeetafel aus dem eigenen Garten und ein Glas köstliche Apfelmarmelade aus der eigenen Ernte für jeden Teilnehmer.

Dann wurden ernste und heitere Geschichten und Gedichte gelesen – zum Beispiel über ein Fleck-Essen, und das Gedicht über die acht ostpreußischen Winter, die bis April dauerten, durfte auch nicht fehlen.

Ulrich Klemens berichtete über das Heimatkreistreffen des Kreises Elchniederung in Bad Nenndorf. Außerdem erzählte er von einem Eierlieferanten in Ostpreußen, der mit seinem Fuhrwerk immer das Kopfsteinpflaster mied und auf dem Sommerweg fuhr. Dieses verkehrswidrige Verhalten musste er erst einmal dem Dorfpolizisten erklären!

Georg Baltrusch sprach die großen Mähdrescher an, die zur Erntezeit auf den Straßen unterwegs sind. Einige brauchen wegen der Über-Breite Polizeibegleitung im Straßenverkehr. Und zum TÜV müssen die natürlich auch!

Die Gruppe begrüßte als Gast eine Landsmännin aus dem Kreis Lyck, die aus Pinneberg kürzlich nach Bad Oldesloe umgezogen war. Geburtstagskind des Monats war Dietmar Wrage. *Gisela Brauer*

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Edmund Ferner zeigt einen Lichtbildervortrag über seine abenteuerliche Reise mit Fehmaranern, die vom Pazifik zum Atlantik, von Chile mit dem Auto über die Anden nach Argentinien und dann weiter nach Rio führte. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 15. November, 15 Uhr: Gänseverspielen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Im Neubau!

Markt im Ostpreußischen Landesmuseum

Am Freitag, dem 6. November, Punkt 19 Uhr, ist es soweit, und die Neugierde dürfte riesig sein: Im Ostpreußischen Landesmuseum in der Lüneburger Heiligengeiststraße 38 wird der Museumsmarkt eröffnet. Nach einem Jahr Pause werden die 26 Aussteller ihr buntes Angebot erstmals im fertiggestellten Neubau präsentieren. Der neue Eingang des Ostpreußischen Landesmuseums befindet sich nun mitten in der wunderschönen Altstadt Lüneburgs.

„Lassen Sie sich überraschen von einem einladenden, mit viel Licht durchfluteten Foyer und einem modernen großzügigen Sonderausstellungsraum. Erleben Sie vielseitiges Kunsthandwerk in ganz neuer Atmosphäre. Sie dürfen gespannt sein!“, versprechen die Museums-Mitarbeiter.

Anspruchsvolles Kunsthandwerk, aber auch bildende Kunst, kulinarische Köstlichkeiten, Spaß und Geselligkeit bietet der Museumsmarkt. Für viele Lüneburger ist sein Besuch zu Beginn der Adventszeit daher schon zur liebgewonnenen Tradition geworden. Angeboten wird zum Beispiel baltischer Bernsteinschmuck sowie gewebtes Tischleinen aus Lettland. Mit den ostpreußischen Webarbeiten wird eine alte Tradition vorgeführt und gleichzeitig bewahrt.

Für Kinder wird es Kreatives zum Selbermachen geben. Die Mitarbeiter des Museums überraschen mit einem tollen Karten-Gewinnspiel und dem Verkauf von Kuriositäten in der „Wunderkammer“. Der Erlös geht an den Museums-Kinderclub.

Lüneburgs Bürgermeister Eduard Kolle wird den Markt am Freitag eröffnen. Der Eintritt ist frei. Am Sonnabend und Sonntag kostet er jeweils 1,50 Euro. An diesen beiden Tagen ist der Markt von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950.

Aufgearbeitet

Euthanasie-Verbrechen an Ostpreußen

Ostpreußen gehörte über lange Zeit zu den vergessenen Regionen bei der Aufarbeitung nationalsozialistischer Euthanasie-Verbrechen. Die meisten Unterlagen zur Geschichte der dortigen Psychiatrie waren während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen. Erst nachdem 30 000 erhalten gebliebene Krankenakten von Opfern gefunden wurden – sie waren im Ministerium für Staatssicherheit der DDR verwahrt und sind heute im Bundesarchiv zugänglich – konnten die Verbrechen rekonstruiert werden.

An diese Aufgabe hat sich unter anderem der Historiker Boris Böhm gemacht. Unter dem Titel „Wird heute nach einer Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Sachsen überführt“ hat er als Herausgeber verschiedene Aufsätze zum Thema gesammelt. „Die Ermordung ostpreußischer Patienten in der nationalsozialistischen Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein im Jahre 1941“ lautet der Untertiel des Buches. Es dokumentiert neben den Morden an 600 Ostpreußen auch die nach dem Ende der NS-Herrschaft ausbleibende Erinnerung an die Verbrechen. *FH*



Boris Böhm (Hrsg.): „'Wird heute nach einer Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Sachsen überführt'“, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2015, broschiert, 172 Seiten, 22 Euro

Die mit dem Wolf heulen

So zähmt man Manager – Tierseminare sollen helfen, damit in Unternehmen aus Solisten fähige Mannschaftspieler werden

In den Führungsetagen herrsche oft Raubtiermentalität, so das gängige Klischee. Da passen Wölfe und Manager gut zueinander. Tatsächlich aber können Tierseminare mit Wolfsrudeln das Miteinander im Team verbessern.

Tiergestützte Trainings haben sich etabliert. Was vor rund 20 Jahren als außergewöhnliche Maßnahme für Manager angeboten wurde, ist heute ein bewährtes therapeutisches Werkzeug. Längst sind es nicht mehr nur große Unternehmen, die ihre Mitarbeiter mithilfe von Pferd, Hund & Co motivieren wollen. Zunehmend sind es auch mittelständische und familiengeführte Betriebe, die sich Hilfe suchend an entsprechende Anbieter wenden.

„Die Idee hinter der Arbeit mit Wölfen ist, dass Wölfe und menschliche Teams viele ähnliche Strukturen haben", erläutert Verena Neuse von der Naturakademie ihr Konzept des von Wölfen gestützten Seminars. In Freiheit leben Wölfe in funktionierenden Familienverbänden, vergleichbar mit menschlichen Familiengefügen. Wölfe, die im Gehege leben, weisen dagegen starke Ähnlichkeiten mit menschlichen Teams auf, die auf künstlich zusammengesetzten Strukturen basieren. Wie zum Beispiel Abteilungen einer Firma.

„Wir arbeiten sehr viel mit den Metaphern ‚Wölfe in der Natur' oder ‚Wölfe im Gehege' und regen an, darüber nachzudenken, wie sich die Wölfe verhalten würden, wenn sie die freie Wahl hätten." In der Tat wäre ihr Verhalten deutlich kooperativer und sozialer, als man das gemeinhin annimmt. Die Geschichten vom dominanten und rücksichtslosen Alpha-Wolf entstehen im Gehege, wenn von Menschenhand Wölfe zusammen gesetzt werden – so wie sie es sich in der Natur nicht aussuchen würden.

Den Einstieg in das Seminar bildet deshalb ein kleiner Vortrag, in dem es darum geht, wie Wölfe in der Natur agieren und was sich an ihrem Verhalten verändert, wenn sie im Gehege leben. Festzustellen ist dabei: Wölfe denken sehr stark in den Kategorien Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit. Gehört ein Tier zur Gruppe, sind die anderen fürsorglich und sozial. Gehört ein Wolf nicht zum Rudel, wird er außen vorgelassen. Etwas, was Menschen im Arbeitsalltag nicht ganz unbekannt ist. Hier ist bereits eine erste Übertragung ins Berufsleben möglich. Anschließend findet eine von Frank Faß, dem Leiter des Wolfsparks, geleitete Führung durch das Wolfcenter Dörverden an der Weser statt. Dabei werden die Wölfe auch gefüttert. Und es wird deutlich, wie Wölfe sich verhalten, wenn es „um etwas geht".

Teamentwicklung ist ein großes Thema in vielen Unternehmen. Es kommt darauf an zu schauen, wer welche Rolle hat, wer gerne welche Rolle hätte, wie kommuniziert wird. Aber auch: Wie werden die Werte, die man im Privaten, das bedeutet im übertragenen Sinn „in der Natur" hochhält, im Unternehmen gelebt. Hier sind vor allem Zusammenarbeit, Fürsorge und Kommunikation zu nennen. Die Beobachtung des Wolfsrudels macht die Übertragung leichter. In einem natürlichen Rudel, das in Freiheit lebt, sind Leitwölfe fürsorglich gegenüber ihren Rudelmitgliedern.

In der Natur lässt das Leittier die anderen Wölfe seines Rudels fressen, bevor es sich selbst bedient. Im Gehege dagegen kann sich ein Wolf zum wilden Alphatier entwickeln. Dann setzt er sich kraftvoll und egoistisch durch, weil er die übrigen Tiere als nicht zugehörig ansieht. Im Sinne des Unternehmens stellt es sich so dar: Eine fürsorgliche Führungskraft sorgt dafür, dass „ihr Rudel", also ihre Mannschaft, gut „gefüttert", sprich: versorgt wird und genug bekommt, sei es Anerkennung oder Geld.

Auf Basis dieser Erkenntnisse entwickeln sich unter den Seminarteilnehmern spannende Diskussionen. Team-Kultur wird ebenso besprochen wie die Fragen „welche Rolle spiele ich hier eigentlich?" und „wie können wir zusammen ein schlagkräftiges Team werden?". Hierarchien werden hinterfragt. Wenn Wölfe oder Menschen in einem Rudel oder Team zusammengebracht werden, die die gleiche Position in der Hierarchie einnehmen wollen, diese Rolle aber nur einmal besetzt werden kann, kommen Probleme auf. Das ist purer Sprengstoff für ein Teamgefüge. An dieser Stelle ist der Seminarleiter gefordert, brisante Themen und Baustellen innerhalb eines Teams im Sinne der Übungen aufzugreifen, zu lenken und zu strukturieren. Aufgabe des Übungsleiters ist es, die Inhalte soweit an die Oberfläche zu holen, dass sie wahrgenommen werden, damit sie gut vorbereitet thematisiert werden können.



Erfolgreiches Seminarergebnis: Berufliche Alphatiere schweißen sich zu einem Rudel aus Teamarbeitern zusammen Bild: Colourbox

Im Vergleich mit anderen tiergestützten Seminaren, bei denen interaktiv mit Tieren gearbeitet und gelernt wird, ist die Arbeit mit den Wölfen eher ein Anstoß für einen kognitiven Transfer. Man sieht die Wölfe, riecht sie – und man heult sogar mit ihnen. „Wenn sich ein Team hinstellt und zusammen heult, dann fangen die Wölfe an, mitzuheulen. Das funktioniert, und es ist sehr beeindruckend", weiß die erfahrene Seminarleiterin Neuse. „Das ist der Abschluss für unsere Seminare. Wir nennen das auch tatsächlich ‚Mit den Wölfen heulen'".

Der Führer des Rundgangs stimmt den Ton an, die Teilnehmer stimmen ein, und nach etwa zehn Sekunden beginnen die Wölfe ebenfalls zu heulen. „Am Anfang habe ich gedacht, das sei eine Konditionierung der Tiere", gesteht Neuse, „so in etwa: Die Besucher heulen, dann heulen wir auch und danach gibt es ein leckeres Häppchen."

Weit gefehlt! Das Rudel heult nur, wenn das Team als Ganzes heult. Lacht ein Kollege oder ist ein anderer halbherzig dabei, passiert nichts. Die Wölfe bleiben stumm. Ist aber Zusammenhalt im Team spürbar, dann heulen die Wölfe. „Das ist für unser Seminar ein wichtiger Punkt. Das Thema ist, ‚wie halten wir zusammen?', ‚wer hält sich raus?', ‚wie können wir als Team beeindrucken und nach außen Eindruck machen, wenn wir gemeinsam auftreten?'", sagt Neuse. Das ist ein schönes Bild, mit dem sich arbeiten lässt. Für das Team gilt: Man gewinnt, wenn man die Wölfe zum Heulen bringt. *Stephanie Sieckmann*

Isegrimms »Veggie-Tage«

Wolfsstudien kommen zu verblüffenden Erkenntnissen – Tiere im Iran leben nicht nur vom Fleisch allein

Dem Fabeldichter Äsop galt er noch als kluges Tier, Hirten in aller Welt ist er nur ein Gräuel: Der Wolf ist als Viehdieb ersten Ranges verschrien. Während Meister Isegrim in Mitteleuropa verlorenes Terrain zurückerobert und strikt geschützt wird, lassen Schäfer und Ziegenhirten anderswo die Waffen sprechen. Im Iran ist der Glaube an den bösen Wolf so fest verankert, dass Forscher der Iranian Cheetah Society (ICS) dem Konflikt zwischen Wolf und Mensch tiefer auf den Grund gingen, um die Mär von den Fakten zu trennen.

Die ICS-Wissenschaftler, die sonst eher auf Persiens Geparde spezialisiert sind, untersuchten im Qamishlu Wildreservat im Zentraliran zwei Jahre lang, wovon sich der Wolf genau ernährt. In dem 800 Quadratkilometer weiten trockenen Hochland ist der Tisch für Irans kleine sandfarbene Wolfsunterart Canis lupus pallipes von Natur aus gut gedeckt. Mufflons, Kropfgazellen und auch Wildziegen gibt es in der von Bergen durchfurchten Steppenlandschaft reichlich. Dazu gesellen sich ihre domestizierten Artgenossen: unzählige Herden von Schafen und Ziegen, die im Winter von den Viehhirten in das Wildreservat zum Grasen getrieben werden und die dort schon seit jeher das Interesse des Wolfs wecken.

Das Team um Fatemeh Hosseini-Zavarei sammelte hunderte Kotproben, analysierte Haarreste unter dem Mikroskop, interviewte Hirten und hielt selbst Ausschau nach Wölfen und Wolfsrissen. Ihre Erkenntnisse übertrafen sogar alle Klischees – allerdings nur auf dem ersten Blick. „Obwohl es reichlich wilde Huftiere gibt, ernährt sich der Wolf in viel höherem Maße von Nutzvieh als erwartet", schreiben Hosseini-Zavarei und Kollegen. 47 Prozent der fleischlichen Biomasse, die der Wolf zu sich nahm, lieferten Schaf und Ziege aus den Herden der Hirten. 27 Prozent entfielen auf Gazellen, 16 Prozent auf Wildschafe, der Rest auf Wildziegen, Vögel und Nager.



Unterwegs zum Leibgericht: Wolfsrudel Bild: Wolfcenter Dörvelden

Demnach hätten Wolfsangriffe vor allem auf Schafherden eine regelrechte Plage sein müssen. Befragungen der Hirten zeichneten aber kein so dramatisches Bild. Nicht einmal ein Prozent einer Herde ging jährlich durch Wolfsattacken verloren. Auch war die Zahl der bei einer Attacke getöteten Schafe oder Ziegen mit 1,7 viel geringer als zum Beispiel in Italien oder Polen – weil im Iran immer Hirten und Hütehunde zur Stelle sind. Außerdem sind die Wolfsrudel in der Provinz Isfahan wegen des dürren Klimas mit im Schnitt nur zwei erwachsenen Tieren dort so klein wie sonst nirgendwo auf der Welt.

Wie aber kam das viele Schaffleisch in den Wolfsmagen? Die Geparden-Forscher lösten das Rätsel. Die Wölfe von Qamishlu fressen vor allem Aas: Schafe und Ziegen, die durch Krankheit oder Schwäche auf den Weideflächen zuvor verendet waren. Hinzu kam Vieh, das beim Weidegang versehentlich zurückblieb und abends nicht in Koppel oder Stall zurückkehrte – ein Festmahl für Wölfe und Hyänen.

Der Schaden durch Wolfsattacken betrug für einen Herdenbesitzer in zwei Wintern zusammen 472 US-Dollar, bilanzieren die Forscher. Der Verlust durch verendete und in der Wildnis zurückgelassene Tiere summierte sich pro Herde auf durchschnittlich 2810 Dollar – fast sechsmal so viel. Den 89 ermittelten Wolfsattacken auf Herden standen 196 Abgänge durch Krankheit oder Schwäche und 55 Verluste durch versehentliches Zurücklassen gegenüber.

Die Feldstudie lieferte den Forschern noch mehr Überraschungen: Unter den wilden Huftieren rissen die Wölfe weit überproportional Widder und Böcke. In den beobachteten Wintermonaten sind die männlichen Mufflons und Gazellen durch die Brunft geschwächt. Ständig müssen sie ihr Revier und ihre Harems verteidigen – das erschöpft sie derart, dass sie leichte Beute für Wölfe werden.

Ein weiterer Befund: Irans Wölfe sind keine Verächter vegetarischer Kost. 60 Prozent der gefressenen Biomasse war kein Fleisch. Im Kot fanden sich auffallend oft Fragmente von Trauben und Melonen. Selbst Abfälle wie Papier und Bindfäden schmeckten den opportunistischen Jägern. Nicht nur Schafherden, auch Müllkippen und Obstplantagen locken Isegrim an, stellten die Wissenschaftler fest.

Den Forschern liefert die Studie gute Gründe für einen stärkeren Schutz des Wolfs im Iran. Für Asiens Wölfe gibt es bis auf Indien bislang kein Wolfsmanagement. Illegale Abschüsse, aber auch Kollisionen mit Autos setzen die Bestände unter Druck. Entschädigungen für Viehhalter seien auch im Iran an der Zeit. Denn 85 Prozent der befragten Hirten stuften ihre Einstellung zum Wolf als „negativ" ein. Handlungsbedarf sehen die Autoren auch an anderer Stelle: Es wäre hilfreich, wenn die Schäfer wie schon der biblische „gute Hirte" abends kein Vieh in der Wildnis zurücklassen. Zu diesem Thema hatten die Hirten nur höchst ungern Auskunft gegeben. *Kai Althoetmar*

Angst vorm bösen Mensch

Aktuell läuft in den Kinos ein Film, der sich für die Wölfe in die Bresche schlägt. In Jean-Jacques Annauds „Der letzte Wolf" ist es nicht der Mensch, der Angst vorm bösen Wolf haben muss, sondern umgekehrt: Der böse Mensch rottet die Wölfe in der Inneren Mongolei zur Zeit der chinesischen Kulturrevolution aus und sorgt damit für ein ökologisches Ungleichgewicht (die *PAZ* berichtete).

In Deutschland wird das Eindringen wilder Wölfe schon ähnlich kontrovers debattiert wie die Massenzuwanderung von Menschen aus Afrika. Naturschützer breiten eine „Willkommenskultur" für meist über Polen einwandernde Wölfe aus, Wolfsgegner wiederum artikulieren ihre Angst vor den Tieren und wünschen sich deren „Ausweisung".

Natürlich hinkt der Vergleich mit den Flüchtlingen. Sonst ließe sich behaupten, dass die Tiere im Prinzip ihren Lebensraum zurückerobern, den ihnen die ersten Europäer durch das Einwandern in deren Reviere zuerst genommen haben. Noch gibt es keine Berichte darüber, dass das Wolfsrudel hierzulande Menschen angegriffen haben. Solange das der Fall bleibt, spricht nichts gegen eine friedliche Koexistenz mit den Raubtieren. Wichtig ist nur, dass die etwa 300 hier lebenden Tiere weiterhin mehr Angst vor den Menschen haben als umgekehrt. *tws*

Geheime Einblicke

Wie aus Rot Grün wurde

Auch wer den Literaturkritiker, Schriftsteller und Essayisten Helmut Böttiger (59) nicht kennt, kennt, wird von seinem Buch gefesselt sein. „Wertewandel durch die 68er-Generation“ bietet trotz des sperrigen Titels einen tiefen Blick in die Lebenserfahrungen eines aktiven Zeitzeugen. Aus linker Sicht und mit persönlicher Beteiligung direkt im Geschehen beschreibt der Autor den Geisteswandel in der Bundesrepublik während der vergangenen 50 Jahre. Das regt nicht nur zum Nachdenken an, sondern offenbart Einblicke in das Zeitgeschehen, die helfen, heutige politische Vorgänge sehr viel besser verstehen und bewerten zu können.

Nach dem ersten Staatsexamen 1965 in evangelischer Theologie war Böttiger Vikar der Rheinischen Kirche. Er wohnte im nordrheinwestfälischen Wesseling und wurde Aktivist bei der Bonner Hochschulgruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Er schildert anschaulich deren Innenleben, insbesondere der internen Gruppenschulung. Werke von Marx, Hegel wie auch dem „Sozialreformer“ John Stuart Mill standen auf dem Lehrplan.

Nach kurzer Station bei der damals noch existierenden Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“ (ÖTV) nimmt er ein Lehramtsstudium auf und unterrichtete danach neben Religion das Fach „Hinführung zur Arbeits- und Wirtschaftswelt“ an einer Gesamtschule in Fröndenberg. Die nächste Station beim „Marsch durch die Institutionen“ ist die Universität Bielefeld, wo er promoviert. Eine Anstellung wird ihm versagt. Querelen in der linken Szene sind schuld. Böttiger eckt mit seinem eigenständigen Denken an.

Dennoch bleibt er seiner Linie treu und schließt sich den European Labor Committees an, einer Organisation des US-amerikanischen Politaktivisten Lyndon Hermyle LaRouche. Doch alle Versuche, politisch Fuß zu fassen, ob als Europäische Arbeiterpartei oder als Bürgerrechtsbewegung Solidarität, scheitern. Böttiger selbst fasst schließlich als Verleger, Buchautor und Literaturkritiker Fuß.

Was sein neuestes Buch auszeichnet, ist die im Kapitel „Aus Rot wird Grün“ bestens mit Quellen belegte Schilderung, wie die linke marxistische Bewegung langsam in eine grüne marxistische Bewegung mutierte. Beide einigte insgeheim das Ziel einer „stationären“ Gesellschaft, eines „Gleichgewichtssystems“, um die Entwicklung der Produktivkräfte zu stoppen.

Beide verfolgten das Ziel einer „Großen Transformation“, wie sie heute vom WBGU, dem Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen gefordert wird.

Auch Genscher wirkte mit

Über die Idee des Nullwachstums, der Antiatom- und Friedensbewegung konvergierten beide Anschauungen zur „grünen Bewegung“. Erstaunlicherweise werden sie ab 1969 insbesondere durch das Innenministerium mit Hans-Dietrich Genscher, seinem Staatssekretär Günter Hartkopf, dem Abteilungsleiter Peter Menke-Glückert und dem Beamtenapparat betrieben. Dass die 1980 gegründete Partei „Die Grünen“ bald die FDP überflügeln würde, war ein nicht gewollter Kollateralschaden. Man wollte neben Willi Brandt glänzen und Macht gewinnen.

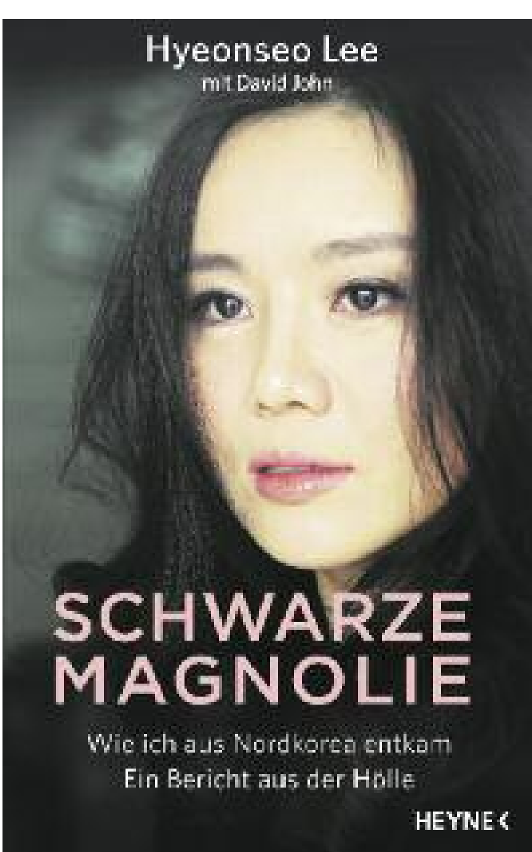
Auch dieses Beispiel zeigt, was das Buch lesenswert macht: Es ist der Blick hinter die Kulissen des politischen Tagesgeschäfts. Er öffnet die Augen für Zusammenhänge, die nicht in der Schule gelehrt werden und die die Medien ganz bewusst verschweigen. Bei all dem sind Böttigers „Bekenntnisse“ authentisch und glaubwürdig.

Wolfgang Thüne

***Helmut Böttiger: „Wertewandel durch die 68er-Generation. Bekenntnisse eines ‚geistigen Terroristen‘“**, Imhof-Verlag, Petersberg 2015, broschiert, 252 Seiten, 14,95 Euro*

Zutiefst erschütternd

Eine junge Nordkoreanerin beschreibt ihre Flucht aus einer gnadenlosen Diktatur



Wenn ein Buch innerhalb eines Jahres in 20 Sprachen übersetzt wird und große Zeitungen Europas ihm seitenlange Rezensionen widmen, so darf man dies sicherlich als außergewöhnlich bezeichnen. Tatsächlich gewährt Hyeonseo Lees „Schwarze Magnolie“ einen tiefen Einblick in das Alltagsleben der Nordkoreaner unter der Diktatur des Kim-Clans.

Dabei gehörte die Familie der Autorin zu einer „songbun“, einer system-getreuen Kaste. Der Schulunterricht der kleinen Hyeonseo ist völlig politisch, berichtet sie, eine reine seelische Vergiftung. Die Kinder singen gläubig-begeistert „Wir sind die Kinder von Kim Il-sung und somit die Kinder der besten Nation der Erde“.

Sie sollen das Gelernte auswendig lernen, nicht jedoch sich eine eigene Meinung herausbilden – jedes individuelle kritische Denken wird unterdrückt. Die Menschen haben keinerlei Vergleichsmöglichkeiten mit der Außenwelt. Als die Autorin mit sieben Jahren die öffentliche Hinrichtung eines „Volksfeindes“ miterleben muss, erachtet sie dies für normal. Ob die Erwachsenen genauso denken? Angesichts der vielen Spitzel schreibt sie treffend: „Eine der Tragödien Nord-Koreas ist, dass jeder eine Maske trägt.“

Im eigenen Haushalt haben die Bilder von Kim Il-sung und seinem Nachfolger-Sohn Kim Jong-il einen Ehrenplatz, stellen die beiden doch eine zweite Familie dar, weiser und wohlwollender als die eigenen Eltern! Die tägliche Reinigung der Bilder erfolgt mit einem besonderen Tuch, das zu keinem anderen Zweck verwendet werden darf. Verstöße werden hart bestraft.

Kommt der Verfasserin dies anfangs als völlig normal vor, so wird sie mit 13 Jahren kritisch gegenüber ihrem System. Von Verwandten erfährt sie, dass Gerüchte vom kursierenden Hungertod vieler Menschen kursieren, auch ihrer Familie werden die Rationen von Grundnahrungsmitteln gekürzt, während das Staatsfernsehen nur glückliche und wohlernährte Arbeiter zeigt. Als neugieriger Teenager schleicht sich Lee über die Grenze nach China. Es soll nur ein kurzer Blick in eine andere Welt sein. Als sie erfährt, was für grausame Strafen sie bei einer Rückkehr erwarten, beschließt sie zu bleiben.

Fünf Monate in Laos im Gefängnis

Verwandte in China nehmen sie heimlich auf. Ein abenteuerliches Leben beginnt. Als Kellnerin arbeitet sie zehn Jahre illegal unter wechselnden Namen und an verschiedenen Orten. Endlich aber bekommt sie echte chinesische Ausweispapiere – durch Bestechung mit US-Dollars, was nicht nur in Nordkorea, sondern ebenfalls in China etwas Alltägliches darstellt.

Der Leser erfährt auch erstaunt, dass der – natürlich illegale – Gebrauch von Mobiltelefonen für Gespräche über das chinesische Netz zum anderen Land möglich ist. Es geling Lee, Gespräche mit ihren Angehörigen zu führen, wenn auch nur kurz, um eine Ortung durch die Geheimpolizei zu vermeiden. In Peking erfährt sie erstmals von der Flucht vieler Nordkoreaner nach Südkorea. Auch für Hyeonseo Lee ist es ein verführerischer Gedanke. Als „Chinesin“ beantragt sie ein Visum für Thailand, um bei einem Transit in Seoul um Asyl zu bitten.

Eingehend beschreibt das Buch die Probleme solcher Flüchtlinge: Viele können nicht hinnehmen, dass der wichtigste Bestandteil des Glaubens an ihr Regime eine bloße Lüge war, manche erleiden Zusammenbrüche – auch Lee erlebt eine Identitätskrise. An deren Ende aber steht eine tollkühne Idee: Sie will ihre Familie über die Grenze holen, sie dann 3200 Kilometer durch China schmuggeln und dann nach Südkorea bringen! Mutter und Sohn schaffen es tatsächlich, den Grenzfluss zu überwinden.

Die Seiten des Buches sind voller Abenteuer. Der Plan, den Weg aus China über Vietnam zu nehmen, scheitert, da es alle Nordkoreaner zurückschickt. Doch auch in Laos warten nur dunkle Gefängniszellen. Lee muss Vientiane, die laotische Hauptstadt, verlassen. Ihre Angehörigen kommen gegen das übliche Schmiergeld nach fünf Monaten frei. Kurz danach landen sie in Seoul. Doch auch für sie ist die Anpassung an die neue Welt mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Es gibt Stunden, in denen die Mutter an eine Rückkehr denkt. Wie viele andere können sie sich dennoch einen gewissen Wohlstand erarbeiten. Aber zugleich verlieren sie ein trotz aller dortigen Missstände und Verbrechen ebenfalls wichtiges Gut: ihre Heimat. Ein zutiefst erschütterndes Buch!

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Hyeonseo Lee: „Schwarze Magnolie. Wie ich aus Nordkorea entkam. Ein Bericht aus der Hölle“**, Heyne-Verlag, München 2015; gebunden, 416 Seiten, 19,99 Euro*

Lachen, küssen, quatschen

Lesenswert: Der TV-Komiker Guido Cantz über den deutschen Humor



Wer – wie der Rezensent – im Raum Köln lebt, kommt um Guido Cantz nicht herum. Der quirlige Sympath ist allgegenwärtig bei Kölner Feiern, in den regionalen Radiosendern des WDR sowie im Fernsehen.

Jetzt legt er mit „Wo ist der Witz?“ eine Autobiografie vor, die er in einen pfiffigen Rahmen stellt: Auf dem Flug Köln-Oman (5335 Kilometer) erzählt er einem Engländer sein Leben und seine Tätigkeit als Komiker. Das Resultat ist, von einigen Sparwitz-Missgriffen abgesehen, sehr lesenswert.

Leider ist sein Untertitel „Meine Suche nach dem deutschen Humor“ falsch. Den deutschen Humor gibt es nicht – wie Cantz am Buchende selber zugibt: Humor sei eine individuelle Angelegenheit. Der Schwabe habe andere Vorlieben als der Sachse, und am Ärzte-Stammtisch werden andere Sprüche geklopft als in der Ford-Kantine. „Doch gerade diese Vielseitigkeit macht für mich den deutschen Humor aus“, berichtet Cantz und meint ausdrücklich gesamtdeutschen, denn die grottendämlichen Häschenwitze kommen beispielsweise ursprünglich aus der DDR.

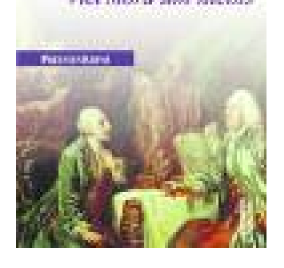
Kölner Karneval ist auch nicht jedermanns Sache, wofür der Autor zwei Hauptgründe nennt: Der Karneval sei zu männlich („Es gibt kaum weibliche Rednerinnen“) und zu altbacken („Man wird erst mit Mitte 40 ernst genommen“). Zu den Ü40 zählt Cantz – Jahrgang 1971 – mittlerweile selbst. Junge Kollegen bieten ihm herablassend an: „Guido, ich könnte dich als Gärtner anstellen.“ Für Cantz ist das sicherlich keine ernstzunehmende Alternative. Seine 2009 ererbte TV-Show „Verstehen Sie Spaß?“ machte ihn so populär, dass er auf Flügen Autogramme mitunter „auf Kotztüten“ kritzeln muss.

Kein Zweifel: Dieser Mann hat Witz und Gespür für ebendiesen. Die letzten 90 Buchseiten zeigen es. Was Cantz auf Schildern und Autorückscheiben („kein Balg mit Scheißnamen on Board“), selbst auf Grabsteinen entdeckt, ist erzkomisch, gekrönt vom Bild der Werbung eines Kölner Dentallabors: „Lache, bütze und verzälle mit Zäng us Kölle.“ Im Klartext: „Lachen, küssen, quatschen mit Zähnen aus Köln“. *Wolf Oschlies*

***Guido Cantz: „Wo ist der Witz? Meine Suche nach dem deutschen Humor“**, Bastei Lübbe, Köln 2015, broschiert, 304 Seiten, 9,99 Euro*

Dem Alten Fritz kommt das Geld abhanden

Gekonnt in die preußische Geschichte des 18. Jahrhunderts eingebettet sind die Kriminalromane von Tom Wolf



Erfreut hält der Leser mit „Nachtviolett“ den nunmehr 13. Preußen-Krimi um den Zweiten Hofküchenmeister Fried-richs des Großen in den Händen. Honoré Langustier wird vom König abermals vor die Aufgabe gestellt, ein Verbrechen aufzuklären. Irritiert hingegen ist der Leser von der Widmung: „In memoriam Honoré Langustier (2001–2015)“.

Ermittelt und kocht der von dem Schriftsteller Tom Wolf (51) so leicht und gelungen in die preußische Geschichte des 18. Jahrhunderts und das unmittelbare Umfeld Friedrichs des Großen hineinerfundene Detektiv-Koch wirklich zum letzten Mal? Er hat sich seit dem ersten Fall „Königsblau. Mord nach jeder Fasson“ eine treue Fangemeinde erobert. Inzwischen gibt es im Handel sogar ein Kochbuch mit den Rezepten Langustiers.

Dennoch: Im nunmehr 13. Fall sind die Protagonisten längst nicht mehr die Jüngsten. Dem Preußenkönig rufen die Kinder „Alter Fritz“ hinterher – was den Monarchen amüsiert, den ihm ergebenen Langustier aber gar nicht so recht schmeckt, ganz im Gegensatz zu den kulinarischen Höhepunkten, welche in gewohnter Ausführlichkeit beschrieben werden und für deren Zubereitung er verantwortlich zeichnet. Aber das ist nur die Hintergrundmusik der Geschichte. Ende April 1782 wird durch eine Diebesbande mittels eines gut geplanten Raubüberfalls eine Viertelmillion Taler aus dem Berliner Schloss entwendet. Der Fall erweist sich als äußerst schwierig, zumal die Bande auch nicht vor Mord an den eigenen Komplizen zurückschreckt, um sich gefährlicher Mitwisser zu entledigen.

Auch ein Kochbuch gibt es zu den Krimis

Langustier – eigentlich seit fünf Jahren im Ruhestand und mit Immanuel Kant und dem jungen Goethe korrespondierend – wird vom König nach Sanssouci beordert und mit den Ermittlungen betraut. Gewohnt plastisch stehen die durch den Autor Wolf geschilderten Figuren bei der Lektüre vor Augen, – sowohl die fiktiven als auch die historischen. Besonders schön – oder eben weniger schön – ist es, wenn er den doch etwas verwahrlosten alten Monarchen darstellt. Als Küchenmeister reaktiviert wird Langustier sozusagen nebenbei – etwa beim Festmahl, zu welchem der König ins Palais seiner Schwester Amalie, der „Schildkröte“, lädt.

Die Polizei, allen voran der Berliner Stadtpräsident Johann Albrecht Philippi, auch er eine historische Figur, sehen es nicht gern, den alten Koch vom König quasi „vorgesetzt“ zu bekommen. Friedrich jedoch vertraut ihm vollkommen, was er in einem in fragwürdigem Deutsch gehaltenen „Generall-Permiss“ klar zum Ausdruck bringt.

Langustier taucht verkleidet in die Berliner Unterwelt ab, um Informationen zu bekommen. Unterstützt wird er durch seine Urenkelin Gerardine sowie deren Verehrer – während seine Tochter Marie, Inhaberin einer bekannten Berliner Feinkosthandlung, deren Bestände auch immer wieder Gegenstand der Erzählung sind, gar nichts von dem Ganzen hält.

Die Zusammenhänge scheinen unübersichtlich. Der Kopf der Diebesbande, eine gescheiterte intellektuelle und zugleich gewissenlose Existenz, möchte ungern teilen und verfolgt eigene Pläne. Langustier muss sich als Goldmacher ausgeben und neben seinen Kochkünsten auch seine diesbezüglichen Fähigkeiten demonstrieren. Einbezogen in das Ganze sind sogar höhere Kreise, bis hin zum Kronprinzen, dem künftigen König Friedrich Wilhelm II. Dieser ist allerdings lediglich Opfer – ob seines Lebensstils permanent in finanziellen Nöten und so entsprechend empfänglich selbst für dubiose Versprechungen bezüglich großer Geldquellen.

Am Ende wird alles aufgelöst, dank dem Gespür Langustiers, einer großen Portion Glück und der gegenseitigen Missgunst der Diebe. Bleibt zu hoffen, dass „Nachtviolett“ vielleicht doch noch nicht der letzte Fall war, in dem Langustier sein kriminalistisches Können unter Beweis zu stellen hatte.

Erik Lommatzsch

***Tom Wolf: „Nachtviolett. Viel Mord um Nichts. Preußen-Krimi“**, be.bra verlag, Berlin 2015, broschiert, 263 Seiten, 9,95 Euro*



CD – Siegfried Lenz/Burghart Klaußner (Sprecher)

Ein Kriegsende

Anfang Mai 1945. Der erwartete Funkspruch trifft ein: Die Deutschen haben kapituliert. Der Krieg ist zu Ende. An Bord eines deutschen Minensuchers in der Ostsee wird der Kommandant von der Besatzung seines Kommandos enthoben und unter Arrest gestellt. Ist das Meuterei? Ein exemplarischer Fall beleuchtet das schwierige Verhältnis zwischen Gehorsam und Verantwortung, zwischen Kriegsrecht und humaner Moral. Laufzeit: 75 Minuten (1 CD)

Nr. P A0858 CD-Hörbuch 14,99 €



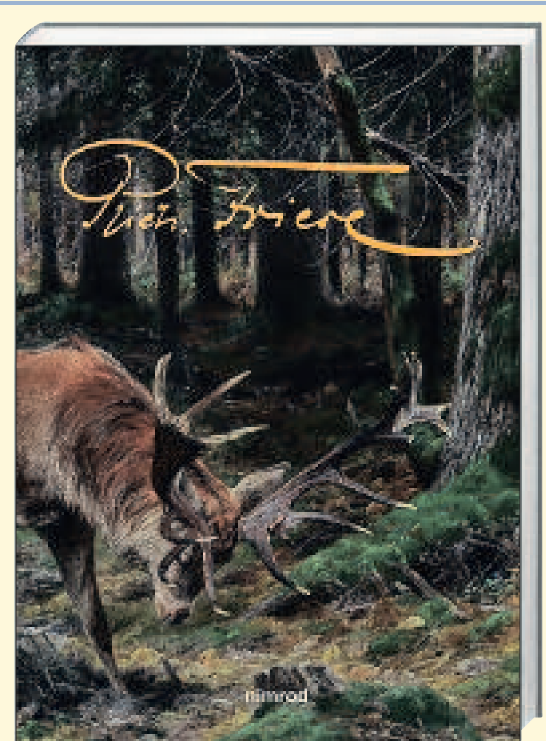
Hermann Pöking

Ostpreußen

Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948

Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthät 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".

Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €



Andreas Gautschi/Werner Siemers und andere

Richard Friese – sein Leben seine Kunst

Diese beachtenswerte Künstlerbiografie berichtet detailliert aus dem Leben Richard Frieses, der am 15. Dezember 1854 in Gumbinnen geboren wurde. Er war ein deutscher Tiermaler und Präparator. Intensiver Privatunterricht bei Meistern der Malkunst wie Paul Meyerheim und Karl Steffeck, späterhin Nachfolger von Ludwig Rosenfelder als Direktor der Königsberger Kunstakademie, rundete Frieses Ausbildung als Kunstmaler ab. 1892 wurde Friese in die Preußische Akademie der Künste berufen und 1896 zum Professor ernannt. Zahllose Abbildungen wurden von den Herausgebern zusammengetragen, die das Buch bereichern und unfangreich erweitern. Mehr als 700 Abbildungen. Hardcovereinband mit Schuber und Goldprägung. 584 Seiten

Nr. P A0757 Gebunden im Schmuckschuber 128,00 €



DVD - Spielfilm

Wolfskinder

Laufzeit: 98 Minuten

Nr. P A0860 DVD 16,99 €

Sommer 1946. Tausende elternlose Kinder kämpfen in Ostpreußen um ihr Überleben. Zu ihnen gehört auch der 14-jährige Hans (Levin Liam). Als seine Mutter (Jördis Triebel) im Sterben liegt, überträgt sie ihm eine letzte Aufgabe: Er soll sich mit seinem kleinen Bruder Fritzchen (Patrick Lorenczat) nach Litauen durchschlagen, wo es noch Bauern geben soll, die deutsche Kinder bei sich aufnehmen. Doch in der Wildnis geraten sie zwischen die Fronten und die beiden Brüder verlieren sich aus den Augen. Seine Suche nach Fritzchen wird zu einer Odyssee, und Hans muss in einem fremden Land gegen Hunger, Wetter und Krankheit kämpfen.



Dirk Schleinert und Heiko Wartenberg

Das alte Pommern

Leben und Arbeiten auf dem platten Land

Die preußische Provinz Pommern war ein klassisches Agrarland. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten und arbeiteten rund sechzig Prozent der Bevölkerung auf dem Land. Das Leben unterlag dem jahreszeitlichen Rhythmus, wie ihn die Landwirtschaft vorgab. Nicht nur die Arbeit mit ihren saisonalen Spitzen in der Saat- und Erntezeit, auch das Fest- und Brauchtum der Bevölkerung orientierte sich danach. Trotzdem war das Landleben nichts unverrückbar Statisches. Der technische Fortschritt hielt hier genauso Einzug, wie sich größere politische und wirtschaftliche Zusammenhänge bemerkbar machten. All dies ist bereits früh fotografisch dokumentiert worden. Dieser Band zeigt eine repräsentative Auswahl aus den fotografischen Sammlungen des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald. Großbildbandformat. 120 Seiten

Nr. P A0262 Gebunden 24,99 €



Silke Osman (Hrsg.)

Der redliche Ostpreuße 2016

Ein Kalenderbuch für 2016

Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2016, jetzt mit 144 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten wie Theodor Gottlieb von Hippel d. Ä., Ruth Geede, Ferdinand Gregorovius, Alfred Brust, Hermann Scherchen, Heinrich Bromm, Johann Christoph Gottsched, Waldemar Rösler sowie Erzählungen und Gedichten von: Charlotte Keyser, Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Hildegard Rauschenbach, Walter Scheffler, Ruth Geede, Willy Kramp, Eva Maria Sirowatka, Ermina von Olfers-Batocki, Theodor Gottlieb von Hippel, Annemarie in der Au, Robert Roberthin, Ruth Maria Wagner, Ferdinand Gregorovius, Frieda Jung, Agnes Harder, Johann Daniel Falk u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 144 S.

Nr. P 533174 Gebunden 9,95 €



Bernsteinsplitterkette 70 cm

Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.

Nr. P A0759 Bernsteinkette 49,90 €

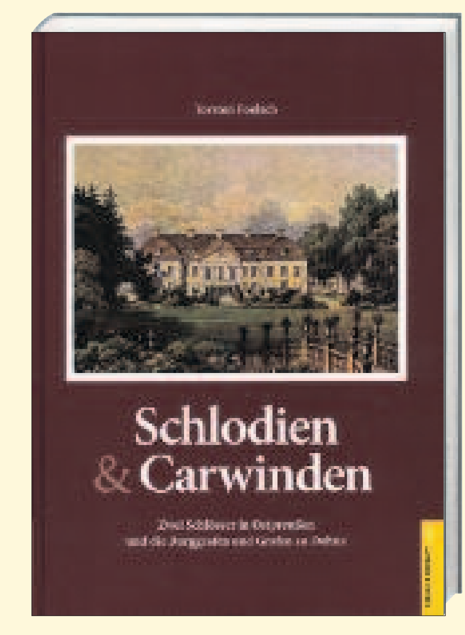


Matthias Claudius

Mich verlangt nach dir – Ein Lesebuch

„Der Mond ist aufgegangen, die goldnen Sternlein prangen am Himmel hell und klar …" Matthias Claudius war nicht nur der Verfasser des berühmten Abendlieds. Er schuf einige der innigsten und bewegendsten Verse in deutscher Sprache. Gerhard Henschel versammelt in diesem Band die schönsten Gedichte, Rezensionen, Briefe und Betrachtungen des Dichters und Herausgebers. Bibliophile Ausgabe. 96 Seiten/Gebunden

Nr. P A0828 12,00 €



Torsten Foelsch

Schlodien & Carwinden

Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna

Einzigartige Bilder und Geschichten aus der versunkenen Welt des ostpreußischen Adels und seiner Schlösser bietet die vorliegende Monographie über Schlodien und Carwinden im preußischen Oberland. Heute liegen diese Orte in der polnischen Wojewodschaft Ermland und Masuren und trotz der Kriegs- und Nachkriegszerstörungen finden immer wieder Touristen hierher und wandeln auf den Spuren verklungener Zeiten, auf der Suche nach den barocken Landschlössern und den Überresten ihres von Marion Gräfin Dönhoff vielfach beschriebenen patriarchalischen Mikrokosmos' „Gutshof". Eingebunden in die vielschichtige, sehr weitläufige Geschichte der berühmtesten ostpreußischen Adelsfamilie, der Burggrafen und Grafen zu Dohna, wird hier die Bau- und Nutzungsgeschichte zwei ihrer wichtigsten Schlösser auf Grundlage neuer archivalischer Forschungen dargestellt und ihr durch das Kriegsende und Vertreibung 1945 ausgelöschter Kulturgehalt dokumentiert. 412 Seiten

Nr. P A0861 Gebunden mit farbigem Überzug 69,80 €

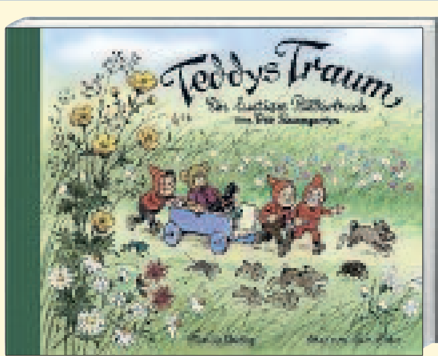


Siegfried Lenz (Autor und Sprecher)

So zärtlich war Suleyken

In „So zärtlich war Suleyken" spürt Siegfried Lenz gleichermaßen liebe- wie kunstvoll seinen Wurzeln nach. Masuren, dieser geschichtsträchtige Landstrich in Ostpreußen, seine Menschen, werden durch die unverwechselbare Stimme des Autors, seinen feinsinnigen, panoramahaften Erzählstil so plastisch, als ginge man dort mit ihnen spazieren oder auf die Jagd nach einem entlaufenen Hahn oder in die Krone eines Apfelbaums … Ein Buch über Erinnerung, über Heimat, über das, was bleibt. Laufzeit: 95 Minuten (2 CDs).

Nr. P A0859 CD-Hörbuch 14,99 €

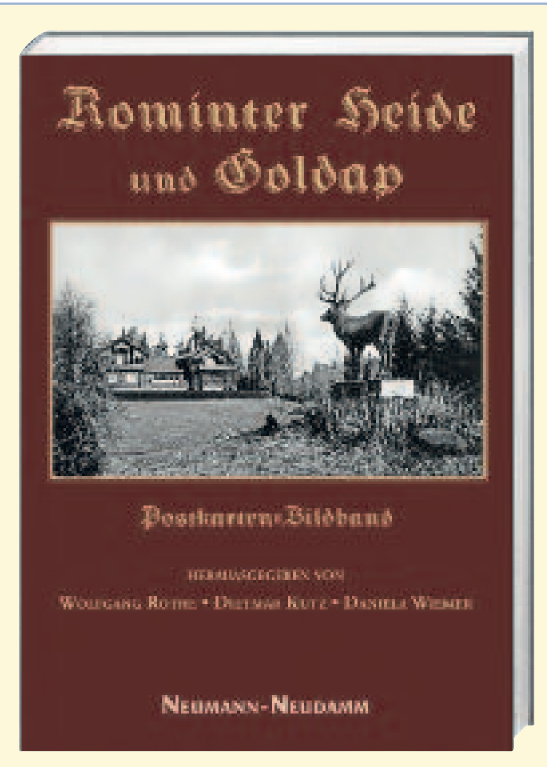


Fritz Baumgarten

Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)

Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.

Nr. P A0795 Gebunden 8,95 €



Wolfgang Rothe/Dietmar Kutz/Daniela Wiemer

Rominter Heide und Goldap

Ein Postkarten-Bildband

Der Rominter Heide sind schon viele bemerkenswerte literarische Denkmäler errichtet worden und darin nicht wenige bekannte historische Postkarten des 19. und 20. Jahrhunderts enthalten. Im Archiv der Verfasser haben sich nach drei Jahrzehnten regionalhistorischer Forschung ein Vielfaches weiterer Postkarten angesammelt, die hier nun erstmals veröffentlicht werden. Die Motive der jagdlichen und forstlichen Lebenswelt, ergänzt durch Wald- und Landschaftsbilder, durch Dorfansichten und Luftbilder, bilden ein authentisches Kaleidoskop der Region und liefern ein lebendiges Gesamtbild aus der Vergangenheit in diesem Landstrich. 277 Seiten.

Nr. P A0793 Gebunden 29,95 €



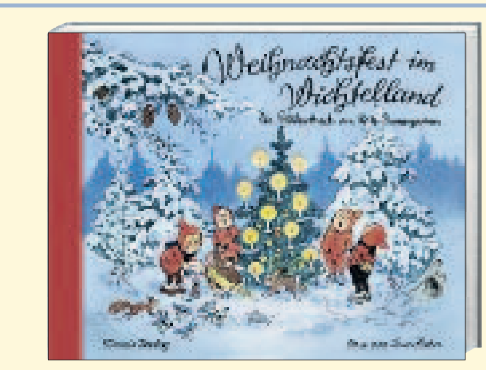
Martin Schmidtke

Königsberg in Preußen

Personen und Ereignisse 1255–1945 im Bild

Die Stadt Königsberg in Preußen blickt auf eine über siebenhundertjährige wechselvolle Geschichte zurück. Ins „wahre", 1945 untergegangene Königsberg führen heute nur noch vereinzelte Spuren, denn auf ihren Trümmern entstand eine andere Stadt. Martin Schmidtke folgt den Spuren und geht weit in die Geschichte zurück. Er hält das Königsberg unserer Erinnerungen im Bild fest, gedenkt Ereignissen, die in Königsberg stattfanden, und stellt Persönlichkeiten vor, die in den Mauern der Stadt lebten und die das Leben der Menschen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus prägten. Ein Personenverzeichnis sowie ein Sach- und Ereignisregister komplettieren den Band. Großbildbandformat 24 x 30 cm. 360 Seiten

Nr. A0690 Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €



Fritz Baumgarten

Weihnachtsfest im Wichtelland

Ein Bilderbuch für die Adventszeit. Die Vorbereitungen für das Weihnachtsfest sind in vollem Gange. Die Wichtel basteln, backen, zimmern und packen ganz eifrig, damit alles rechtzeitig fertig wird. Format 26,5 cm x 21 cm. 24 Seiten.

Nr. P A0797 Gebunden 8,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Orbán greift Soros an

Budapest – Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán wirft dem US-Milliardär George Soros vor, den Zuwandererstrom nach Europa aktiv zu fördern. Soros unternehme alles, um die europäischen Nationalstaaten zu schwächen, so Orbán laut dem US-Nachrichtendienst „Bloomberg". Er wolle so den europäischen Lebensstil unterminieren. Bloomberg zufolge finanziert Soros über seine Stiftungen Rechtsbeistände bei Asylverfahren. *H.H.*

Obdachlose abgewiesen

Berlin – Vertreter der Berliner Stadtmission beklagen, dass die 2000 bis 3000 Obdachlosen, die in der Hauptstadt im Freien schlafen, Opfer einer Konkurrenz mit den neu hereinströmenden Zuwanderern würden. Auf die Massen der Neuankömmlinge sei man nicht vorbereitet. Mitarbeiter berichten, dass sie bei der Vergabe von Schlafplätzen Obdachlose in bislang nicht gekannter Zahl abweisen müssten. *H.H.*

ZUR PERSON

Zur ehrlichen Haut geworden

Seine Berliner Schnodderigkeit ist wohl schuld am Mauerfall. Denn auf die Frage eines Journalisten, ab wann die neue Reiseregelung für DDR-Bürger in Kraft trete, stammelte **Günter Schabowski** auf der berühmten Ostberliner Pressekonferenz am 9. November 1989 den historischen Satz: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich."

Mit dem Satz war die Mauer praktisch gefallen. Der damalige SED-Regierungssprecher hatte Glück, viel Glück! An dem Abend fiel an der Grenze kein Schuss. Er hätte sich wohl zeitlebens große Vorwürfe gemacht, wenn wegen seines miserabel vorbereiteten Auftritts vor der internationalen Presse auch nur ein Grenzsoldat die Nerven verloren und auf die unkontrolliert in den Westen strömenden DDR-Bürger gezielt hätte.

Jetzt ist Schabowski tot. Gestorben mit 86 Jahren in einem Berliner Pflegeheim. Nach einigen Infarkten und Schlaganfällen war es schon lange ruhig um ihn geworden. Nach 1989 schien der in Anklam geborene Politfunktionär, der damals hinter SED-Chef Egon Krenz zweiter Mann im DDR-Staat war, nur noch Buße zu üben. Der frühere Chefredakteur des Parteiorgans „Neues Deutschland" büßte in der hessischen Provinz, wo er eine lokale Wochenzeitung herausgab. Er büßte stellvertretend für seine weniger reuigen Parteigenossen ein Jahr im Gefängnis, in das er 1997 wegen des Schießbefehls an der Mauer geschickt wurde, wobei er als einziger der ehemaligen SED-Größen seine moralische Schuld anerkannte. „Ich bitte die Angehörigen der Opfer um Verzeihung", sagte er aufrichtig und ehrlich.



Und schließlich büßte der mit einer Russin verheiratete Schabowski auch privat. Er warf seinen ideologischen Ballast ab, gab jede weitere Parteikarriere auf und lebte bescheiden von Rente und Bucheinkünften in einem Berliner Plattenbau. *Harald Tews*



Ganz hinten in der Reihe

Wozu Polizisten eine Waffe tragen, warum der Rechtsstaat aktiv wird, und wie wir uns in eine »lebendige Gesellschaft« verwandeln / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wozu tragen Polizeibeamte eigentlich eine Schusswaffe? Weil es so schick aussieht, richtig „cool"? Na, das wäre doch ziemlich kindisch. Nein, die Beamten haben eine Pistole, um sich selbst zu schützen und – wenn alle anderen Möglichkeiten komplett ausgeschöpft sind – um Recht und Gesetz schlimmstenfalls mit der Waffe durchzusetzen. Wenn etwa alle Belehrungen, alles Mahnen einen Täter nicht von einer Straftat abhalten, könnte der Beamte ihn vielleicht mit einem Schuss in die Luft zum Einlenken bewegen, nicht wahr?

So haben Sie sich das vielleicht vorgestellt, ich übrigens auch. Daher fragen Sie sich bestimmt, warum ich Sie mit diesen banalen Selbstverständlichkeiten langweile. Das tue ich, weil ich erfahren habe, dass wir total falsch liegen. Schlimmer noch: Mit dieser Einschätzung haben Sie und ich die Maske fallen lassen, haben wir unsere wahre, hässliche Fratze unverhüllt ins Schaufenster der Öffentlichkeit gehängt.

Wer nämlich meint, Polizisten dürften als allerletztes Mittel zur Durchsetzung von Recht und Gesetz auch die Waffe ziehen, der hat ein „rechtspopulistisches Menschenbild", das einen „erschaudern lässt", der ist „undemokratisch" und macht sich sogar zum „Steigbügelhalter der Nazis", der sich in „Gewaltphantasien aus der extremistischen Mottenkiste" suhlt.

Da sind Sie baff, was? War ich auch, daher will ich Ihnen kurz die Hintergründe erzählen. Der nordrhein-westfälische AfD-Chef Marcus Pretzell hat auf die Frage, ob Polizisten zur Abwehr eines illegalen Grenzübertritts (bekanntlich eine Straftat) auch von der Schusswaffe Gebrauch machen dürften, geantwortet: „Kein vernünftiger Mensch soll daran denken, auf Flüchtlinge zu schießen, weil sie die Grenze übertreten." Aber: „Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio (letztes Mittel) ist eine Selbstverständlichkeit." „Ultima Ratio" heiße, „es gibt keine andere Möglichkeit, das zu stoppen." Vorher müssten also alle anderen Möglichkeiten ausprobiert worden sein, dann wäre zuerst ein „Schuss in die Luft" in Erwägung zu ziehen. Doch, so Pretzell, zum Schießen auf Grenzübertreter werde es gar nicht kommen, weil die Leute vorher zurückwichen.

Daraus machte eine große Boulevardzeitung im Netz: „AfD will auf Flüchtlinge schießen lassen." Die Zitate mit „Nazi" und so sind fast alle von André Schulz, dem Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, nur das mit den „Gewaltphantasien" stammt von Rainer Wendt, dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft. Und die müssen es ja wissen. Sollten Sie eines Tages in Erwägung ziehen, einen Polizisten in einer brenzligen Situation dazu aufzufordern, seine Waffe zu ziehen, damit Recht und Gesetz gewahrt bleiben, kann ich nur sagen: Lassen Sie das! Der Beamte könnte Sie wegen Nazi-Verdachts der Überwachung durch die Geheimdienste empfehlen.

> Ist der gute Ruf des Flüchtlings wichtiger als der Schutz des Bürgers vor Diebstahl?

So fügt sich alles wieder zusammen. Unlängst hatte eine andere Polizeigewerkschaft ja gefordert, die illegale Einreise ganz straffrei zu machen. Begründung: Der gesetzeswidrige Grenzübertritt werde von der Justiz sowieso kaum verfolgt. Soll also jeder über die Grenze ins Land spazieren, wie er lustig ist.

Hat unser Rechtsstaat seine Zähne verloren? Nie im Leben, er beißt nur woanders hin, und das kraftvoll: Nicht bei Ausländern, die illegal hereinkommen, sondern im Falle von Deutschen, die nur innerhalb ihres Landes umziehen. Seit dem 1. November müssen sich Mieter innerhalb von zwei Wochen nach einem Umzug anmelden, sonst droht ein Bußgeld. Vermieter müssen das Mietverhältnis innerhalb der zwei Wochen bestätigen, sonst werden bis zu 1000 Euro fällig Buße werden.

Muss wohl so sein: Je großzügiger der deutsche Staat mit Ausländern umgeht, desto kleinkarierter verhält er sich gegenüber den Einheimischen. Irgendwo muss die Großzügigkeit ja wieder eingespart werden. Dagegen kann man eigentlich nichts haben. Wohl aber gegen eine weitere Verlagerung, die parallel dazu abläuft: Wenn die Leute meinen, dass die Polizei Recht und Gesetz nicht verteidigt, nehmen sie das selbst in die Hand.

In Deutschland schießen überall Bürgerwehren aus dem Boden, in Österreich, wir meldeten es, sind Jagdflinten fast ausverkauft. Das ist ein Trend, den wir gar nicht so gern sehen. Bedroht fühlen sich die Leute vor allem von ausländischen Räuberbanden, weshalb hier der Rechtsstaat dringend aktiv werden will.

Der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, sagt klar und deutlich, was anliegt: Die ausländischen Banden müssten „gezielt und konsequent" verfolgt werden. Dumme Frage: Warum? Na, weil diese Horden Hab und Gut der Bürger stehlen, weil es Verbrecher sind! Oder? Falsch! Münch verrät im „Focus", was das Hauptmotiv der „konsequenten Verfolgung" darstellt: „Weil sich durch solche Taten die Ressentiments gegenüber Flüchtlingen weiter verschärfen. Das gilt es zu verhindern." Aha, hätten wir uns denken können.

Warum nur hat man zunehmend den Verdacht, dass der deutsche Staatsbürger, der steuerzahlende insbesondere, in Deutschland immer ganz hinten in der Reihe steht und nur mal gnädig nach vorne gebeten wird, wenn's ums Bezahlen geht? Das hat der „Focus" den Herrn Münch leider nicht gefragt.

Ist auch egal. Hauptsache ist, dass wir das nicht „fühlen", denn Gefühle sind im modernen Deutschland viel wichtiger als kalte Fakten oder harte Verantwortung. Das ganz große Gefühlstheater hat uns die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt geliefert mit ihrem verheulten Auftritt mit syrischen Flüchtlingskindern auf der Insel Lesbos. Die Politikerin war schier überwältigt von ihrer menschlichen Güte und sendete eine unmissverständliche Botschaft an die engherzigen Deutschen: Wer jetzt noch von „Obergrenzen" faselt oder auf die Spätfolgen von unkontrollierter Massenzuwanderung hinweist, der ist ein Schwein, Punkt.

Das sollten sich die Sicherheitsexperten von BKA, BND, Bundespolizei und Verfassungsschutz hinter die Ohren schreiben, die gefühllos davor warnen, dass unser Land durch den hohen Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen instabil werde, dass die Integration dieser Massen angesichts schon bestehender Parallelgesellschaften gar nicht möglich sei. Stattdessen „importieren wir islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis".

So steht es in einem Papier dieser Dienste, wo sie außerdem zugeben: „Die deutschen Sicherheitsbehörden sind und werden nicht in der Lage sein, diese importierten Sicherheitsprobleme und die hierdurch entstehenden Reaktionen aufseiten der deutschen Bevölkerung zu lösen."

Na und? Das mit der „deutschen Bevölkerung" kriegen Parteien und Verbände, Kirchen und Medien mit ihrer vereinten Macht von Union bis „Antifa" schon alleine hin. In der DDR nannte man das die „Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte", und was die konnten ... Die AfD und derlei Gefichel werden solange kleingetrampelt, bis sich da keiner mehr hintraut. Das wird die „deutsche Bevölkerung" schon hinreichend einschüchtern, sodass niemand mehr wagt, eine Meinung zu haben, die nicht die der Kanzlerin ist.

Und die Integration? Dafür sei es am wichtigsten, dass unsere neuen Mitmenschen hurtig, hurtig in Arbeit kämen, sagt Ministerin Nahles. Geht das denn? Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) verfügen 81 Prozent der Zuwanderer über keinerlei formale Qualifikation. BA-Chef Frank Weise schwärmt angesichts solcher Zahlen von einer „Bereicherung unserer Arbeitswelt" auf dem Weg in eine „lebendige Gesellschaft". Ja, „lebendig" dürfte es werden, da würden ihm sogar die Geheimdienste recht geben.

MEINUNGEN

Ex-„Bild"-Chef ***Hans-Hermann Tiedje*** *wirft Kanzlerin* ***Merkel*** *in der „Neuen Zürcher Zeitung" (2. November) vor, den Deutschen die entscheidende* ***Antwort*** *zur Massenzuwanderung* ***schuldig zu bleiben****:*

„Diese würden gerne einmal hören, wie Deutschland 2020 aussehen soll oder 2025 oder 2030. Was ist das Ziel, was ist der Plan? Stattdessen hören sie, wie die Kanzlerin mit beleidigtem Unterton einer höflichen und ernsthaften Fragestellerin, die sich wegen des massenhaften Zuzugs von Muslimen sorgte, riet, es wäre gut, wenn die Christen wieder öfter in die Kirche gingen. Aha. Das haben die Christen in Syrien auch getan. Viele von ihnen leben nicht mehr."

Konrad Adam *sieht die deutsche Politik auf einen* ***Bürgerkrieg*** *zusteuern. Im Netzmagazin „Geolitico" (26. Oktober) warnt er:*

„Das Demonstrationsrecht wird eingeschränkt, das Recht auf Meinungs- und Gesinnungsfreiheit kastriert, die Unverletzlichkeit der Wohnung missachtet, indem die Behörden Mietern, die jahrzehntelang Steuern und Sozialabgaben entrichtet haben, zugunsten von Leuten die Wohnung kündigen, die nichts dergleichen vorzuweisen haben, auch für die Zukunft nichts erwarten lassen. Leistung auch ohne Gegenleistung heißt die Parole von Politikern, die es immer noch wagen, sich als Anwälte der sozialen Gerechtigkeit aufzuspielen. Unter der Führung der sogenannten Volkspartei bereitet sich das Land auf den Bürgerkrieg vor."

Antje Sievers *erklärt im Autorenportal „Achse des Guten" (28. Oktober) die* ***Integration*** *vieler Zuwanderer für* ***illusorisch****:*

„Das Entscheidende wird sein, dass sie (die Zuwanderer) die Werte der Aufklärung, die die Grundlage unserer Verfassung und unseres Grundgesetzes sind, übernehmen. Und da sehe ich schwarz. Es wird uns um die Ohren fliegen."

Österreichs Außenminister Sebastian Kurz *fordert in der „Kleinen Zeitung" (31. Oktober) ein* ***Ende der „Einladungspolitik"*** *für Zuwanderer:*

„Ich wünsche mir in ganz Europa eine ehrlichere Politik. Ich wünsche mir definitiv, dass wir in Europa, vor allem auch Deutschland, die Dinge endlich beim Namen nennen und klipp und klar sagen: Es braucht ein Ende der Einladungspolitik. Wir sind überfordert. Es kommen einfach zu viele Menschen."

Berthold Kohler*, Mitherausgeber der „FAZ", wirft Kanzlerin Merkel in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" (31. Oktober) vor, einen „verhängnisvollen Fehler" als die* ***Öffnung der deutschen Grenzen*** *„hätte sie kaum begehen können":*

„Bürger, die noch an den Sinn des Nationalstaats und damit an die Bedeutung des Dreiklangs von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt glauben, können das nur als bedingungslose Kapitulation, als politischen Offenbarungseid verstehen. Der deutsche Staat bestimmt derzeit faktisch nicht mehr, wer sein Gebiet betreten darf. Er toleriert – und unterstützt – die massenhafte Missachtung seiner Gesetze."